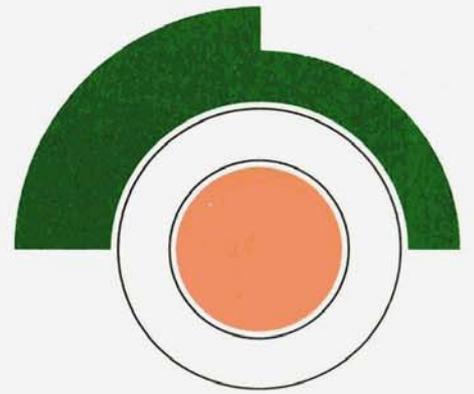


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 17



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 27. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 15. 10. 1996

WORT UND WIDERWORT

Wiegen Vorteile der Informations-Gesellschaft die Nachteile auf?

Die SPD-Fraktion wolle Nordrhein-Westfalen so attraktiv wie möglich für die wachsende Medien- und Telekommunikationsbranche machen, um die Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotentiale dieser Entwicklung für NRW auszuschöpfen. Gleichzeitig könnten Millionen von Menschen über schnell wachsende Netze Informationen abrufen und Verbindungen aufbauen. Deshalb gelte es, eine Teilhabe vieler an den neuen Informationsmöglichkeiten zu schaffen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Marc Jan Eumann**. Die CDU-Abgeordnete **Ruth Hieronymi** betont, „Multimedia“ — das sei einer der wichtigsten Schlüsselbegriffe für die Diskussion um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und Nordrhein-Westfalens. Die neue Technologie überschreite die einst starren Grenzen zwischen Computer, Telefon, Telefax und Fernsehen. Es entwickelten sich völlig neue Kooperationen zwischen den Unternehmen der bisher getrennten Kommunikationssektoren. Der GRÜNE-Abgeordnete **Roland Appel** meint, bei der diesjährigen Buchmesse präsentierten sich alte und neue Technik als gleichberechtigte Partner bei der Vermittlung kultureller Werte. Die neuen interaktiven Präsentationsformen von Texten, Daten und Bildern könnten dem Lesen neue Anreize hinzufügen, könnten mit Hilfe farbiger Animationen Wissen lebendiger vermitteln. Es bestehe daher kein Grund für Kulturpessimismus. (Seite 2)

Vesper kontert: CDU liest die falsche Sportzeitung

Beim Wohnungsbau absolute Spitze

Das Mietefamilienhaus für kinderreiche Familien werde nur etwas, aber bei weitem nicht so hoch gefördert wie ein Familienheim. Die Mietbelastung im Mietefamilienhaus sei in der Tat geringer als im Familienheim.

Darauf verwies der Minister für Bauen und Wohnen, Dr. Michael Vesper (GRÜNE), in der Fragestunde am 9. Oktober in seiner Antwort auf eine Mündliche Anfrage des CDU-Abgeordneten Bernhard Schemmer.

Im Wohnungsbauprogramm 1996 sei enthalten, daß die Landesregierung 450 Mietefamilienhäuser für kinderreiche Familien mit einem Mittelaufwand von 85 Millionen Mark fördere. Eigentumsmaßnahmen beliefen sich auf 8 052 Wohneinheiten und 884 Millionen Mark. Der Minister bezeichnete die Behauptung der Opposition, die Landesregierung fördere Mietefamilienhäuser, die Investoren für kinderreiche Familien errichteten, doppelt so hoch wie Familienheime, die kinderreiche Familien für sich selber bauten oder erwürben, als unzutreffend.

Vesper bestätigte ferner eine Aussage des SPD-Abgeordneten Gerd Peter Wolf, wonach die Zahl der fehlenden Wohnungen in NRW 1995 um die 350 000 Wohneinheiten heruntergegangen sei.

Der CDU-Abgeordnete Bernd Schulte nahm Fußballbegriffe zur Hilfe, als er fragte, wie der Minister den Abstieg in die Drittklassigkeit, in die Amateurliga verhindern wolle. Vesper hielt dagegen, Schulte lese die falsche Sportzeitung. Man sei absolute Spitze in der Bundesrepublik.



Haushaltsgespräch

Die Woche im Landtag

Festakt

In einem Festakt in der Düsseldorfer Tonhalle gedachte der Landtag seines ersten Zusammentretens vor 50 Jahren. (Seite 3)

Restprogramm

Fünf Sender aus Belgien und den Niederlanden waren im Raum Aachen empfangbar. Nur ein Programm ist geblieben. (Seite 6)

Wissenschaft

Im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen ist seit acht Jahren die Zukunft Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. (Seite 7)

Flüchtlinge

Über den Zeitpunkt der Rückführung der ersten bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge sind sich Regierungslager und Opposition nicht einig. (Seite 10)

Staatsvertrag

Die Fraktionen haben nach erster Lesung dem Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag an den Hauptausschuß überwiesen. (Seite 11)

Geburtstag

Unter dem Motto „Heut regiert die Musik“ feierten rund 2 500 ein Fest zum 50. Geburtstag des Landtags. (Seite 14)

Zeichnung: Bernd Gutzeit (Westfälische Rundschau)

WORT UND WIDERWORT

Neue Technologie überschreitet die Grenzen von heute

Von
Marc Jan Eumann

Stets wurde die Einführung neuer Medien von kontroversen Diskussionen begleitet. Das ist heute bei der Debatte um die Chancen und Risiken der Informationsgesellschaft nicht anders. Und dennoch unterscheidet sich die aktuelle Situation deutlich von früheren Auseinandersetzungen. Unsere Gesellschaft befindet sich bereits in einem tiefgreifenden Wandel. Das Zusammenwachsen von Fernsehen, Computer und Telefon ist längst Wirklichkeit. Es wird keinen Lebensbereich geben, der von den neuen technologischen Entwicklungen unberührt bleiben wird. Deshalb geht es nicht mehr um das „Ob“ der Informationsgesellschaft, wohl aber um das „Wie“. Die SPD-Landtagsfraktion will Nordrhein-Westfalen so attraktiv wie möglich für die wachsende Medien- und Telekommunikationsbranche machen, um die Wirtschafts- und Arbeitsplatzpotentiale dieser Entwicklung für NRW auszuschöpfen. Gleichzeitig können Mil-

SPD: Gesellschaftlicher Konsens minimiert die Nachteile

tionen von Menschen über schnell wachsende Netze Informationen abrufen und Verbindungen aufbauen. Deshalb gilt es, eine Teilhabe vieler an den neuen Informationsmöglichkeiten zu schaffen. Unsere Gesellschaft darf nicht in Informationsgewinner und Informationsverlierer gespalten werden. Kurz: Es geht um Chancengleichheit; alle müssen die Möglichkeit haben, an der Informationsgesellschaft teilzuhaben. Das gelingt in einem ersten Schritt nur über eine breite gesellschaftliche Debatte. Unter der Überschrift „Nordrhein-Westfalen in der Informationsgesellschaft – Perspektiven, Gestaltung und Herausforderungen von Multimedia“ hat die SPD-Landtagsfraktion vor wenigen Wochen eine Große Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Diese Große Anfrage ist ein Baustein einer solchen breiten Debatte über Chancen und Risiken von Multimedia in NRW. Darüber hinaus veranstaltet die SPD-Landtagsfraktion in den nächsten Wochen und Monaten eine Vielzahl von Veranstaltungen, um die aktuellen Fragen der Informationsgesellschaft zu erörtern. Den Anfang hat das Zukunftsforum „Multimedia – Nordrhein-Westfalens Weg in die Informationsgesellschaft“ gemacht. Den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in NRW ist klar: Nur über den gesellschaftlichen Konsens werden wir die Vorteile nutzen und mögliche Nachteile minimieren können.

Von
Ruth Hieronymi

„Multimedia“ — das ist einer der wichtigsten Schlüsselbegriffe für die Diskussion um die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und auch Nordrhein-Westfalens. Die neue Technologie überschreitet die einst starren Grenzen zwischen Computer, Telefon, Telefax und Fernsehen. Es entwickeln sich völlig neue Kooperationen zwischen den Unternehmen der bisher getrennten Kommunikationssektoren.

Durch diese radikalen Veränderungen erhält die traditionelle Medienpolitik eine noch stärkere wirtschafts- und industriepolitische Bedeutung. Dies erfordert eine schnelle und konsequente Öffnung der bisher regulierten Märkte der Telekommunikation für die multimedialen Entwicklungen.

Die CDU will soviel Wettbewerb und Angebotsvielfalt wie möglich und so wenig Regulierung wie nötig. Daher erwartet die CDU von Bund und Ländern eine rasche Umsetzung der vereinbarten gesetzlichen Grundlagen für die neuen Mediendienste. Hierzu gehört die Sicherung der Wettbewerbsfreiheit, aber ebenso die Sicherung des Jugendschutzes,

CDU: Schnelle Öffnung der regulierten Märkte

des Datenschutzes, des Verbraucher-schutzes und des Urheberrechtsschutzes. Die Informationsgesellschaft wird die Art und Weise, wie wir leben, lernen und arbeiten verändern. Viele Menschen haben Angst vor den damit verbundenen Veränderungen. Diese Sorgen nimmt die CDU ernst. Eine aufgeschlossene Grundeinstellung der Bevölkerung gegenüber der Informationsgesellschaft ist nur zu erreichen, wenn die vielfältigen Rechte und Interessen von Arbeitnehmern, Verbrauchern, Anbietern und Nutzern gewährleistet werden. Die CDU ist der festen Überzeugung, daß der Wandel zur Informationsgesellschaft vielfältige Chancen zu mehr Lebensqualität und zur Lösung bevorstehender Aufgaben eröffnet. Telearbeit verringert die räumliche Distanz zwischen Wohnen und Arbeit, verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und trägt zur Entlastung von Verkehr und Umwelt bei. Moderne Informationstechniken erlauben neue Lehr- und Lernprogramme, die die traditionellen Formen des Studierens, der Aus-, Weiter- und Fortbildung verändern werden. Durch Einsatz dieser Techniken bei allen Verkehrsträgern kann der Verkehrsfluß verbessert werden. Im medizinischen Bereich läßt sich die Information und Kommunikation zwischen Ärzten, Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen verbessern.

Der Markt der neuen Medien ist ein in seinen Ausmaßen kaum abzuschätzender Markt der Zukunft. Die Chancen, die er bietet, müssen wir nutzen und gestalten. Aufgabe der Politiker — auch der Medienpolitik in den Landtagen — ist es, hierfür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Von
Roland Appel

Mit Stichwörtern wie Multimedia, virtuelle Realität, Datenautobahn und Internet hat sich in der Bundesrepublik eine neue Zukunftstechnologie eingeführt, deren genauer Inhalt vielen Menschen bisher verborgen bleibt. Wer weiß schon die Unterscheidung von Mailbox und Internet, wer um die Funktionsweise von „Home-Banking“ und interaktiver elektronischer Bücher? Werden in Zukunft Menschen zu Hause vor ihren Computern versammeln? Viele Chancen, aber auch viele Risiken verbergen sich hinter dem Begriff der „neuen Medien“.

Während vor einiger Zeit noch der Abschied vom guten alten Buch befürchtet wurde, präsentierten sich bei der diesjährigen Buchmesse alte und neue Technik als gleichberechtigte Partner bei der Vermittlung kultureller Werte. Die neuen interaktiven Präsentationsformen von Texten, Daten und Bildern können dem Lesen neue Anreize hinzufügen, können mit Hilfe farbiger Animationen Wissen lebendiger vermitteln. Es besteht daher kein Grund für Kulturpessimismus, sondern die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Debatte von Chancen und Risiken der neuen Medien. Die neuen Medien nehmen auch ihren Einzug in

GRÜNE: Viele Chancen, aber auch viele Risiken

die Schulen. Das Land NRW fördert zur Zeit die Vermittlung der für die neuen Medien notwendigen Kenntnisse im Schulunterricht. Das bietet nicht nur die Chance zur Vorbereitung auf den Berufsalltag, sondern auch für den Umgang mit der Informationsflut, die den heutigen Alltag beherrscht. Schülerinnen und Schüler können so erfahren, wie sie Informationen bekommen, aber auch, wie eine sinnvolle Auswertung erfolgen kann.

Deutlich wird die benötigte Technikfolgenabschätzung am Beispiel des vieldiskutierten Internets. Einerseits eröffnet das Internet die einzigartige Möglichkeit einer weltumspannenden, demokratischen und gleichberechtigten Debatte, das Wissen der Menschheit wird für alle jederzeit und preiswert nutzbar. Andererseits muß der Datenschutz auch bei den neuen Medien durchgesetzt werden. Wenn Menschen weltweit kommunizieren, darf es nicht zu einer weltweiten Überwachung kommen. So ist es derzeit technisch möglich, beim „Surfen“ im WorldWideWeb zu kontrollieren, welche Informationsseiten von den jeweiligen Nutzerinnen und Nutzern angewählt wurden und wo sie besonders lange verweilen. Auch ist es problemlos von fremder Seite möglich, die verschickte elektronische Post, die sogenannten „E-Mails“, zu lesen und durch Computerprogramme auswerten zu lassen. Daher kommt die langjährige Forderung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach europa- und weltweiten Datenschutzrichtlinien bei den neuen Kommunikationstechnologien besonders zum Tragen.

Einfache Einschätzungen der Informationsgesellschaft verbieten sich bei einem derart komplexen Thema. Es gilt, Vor- und Nachteile in einer breiten und differenzierten gesellschaftlichen Debatte abzuwägen und neue, insbesondere auch rechtliche Regelungen zu diskutieren und zu beschließen.

Bundespräsident Herzog lobt deutschen Föderalismus und das Land als zentralen Stabilitätsfaktor unseres Staates

Es begann mit Opus 39 von Edward Elgar (eine musikalische Reminiszenz an die von britischer Seite in die Wege geleitete "operation marriage", der das Bundesland Nordrhein-Westfalen seine Entstehung verdankt) und endete mit der dritten Strophe des Deutschlandlieds, der Nationalhymne: Dies war der Rahmen für den Festakt „50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen“, zu der Landtagspräsident Ulrich Schmidt in die Düsseldorfer Tonhalle geladen hatte. 1600 Gäste lauschten den Festreden und dem musikalischen Programm, das vom Landesjugendorchester unter der Leitung von Welisar Gentscheff und vom Städtischen Musikverein zu Düsseldorf unter Leitung von Raimund Wippermann gestaltet wurde.

Zu Beginn begrüßte Landtagspräsident Ulrich Schmidt die zahlreich erschienenen Repräsentanten der Verfassungsorgane des Bundes und der Länder, hieß den Bundespräsidenten Roman Herzog und Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth sowie den Präsidenten des Europaparlaments, Klaus Hänsch, und den Ministerpräsidenten

wohl kaum möglich gewesen“. Es sei den Briten zu verdanken, daß durch ihre Entscheidung eine Zersplitterung Westdeutschlands verhindert worden sei; „es ist das Verdienst der Kumpel aus dem Ruhrgebiet, daß sie durch ihre Proteste die völlige Demontage der Industrieanlagen verhindert haben. Das Wirtschaftswunder, das



Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnete den Festakt zum 50jährigen Bestehen des Landtags in der Düsseldorfer Tonhalle.
Foto: Schälte

ten des Landes, Johannes Rau, willkommen. Unter dem Beifall der Anwesenden fügte er hinzu: „Eine ganz besondere Freude und Ehre ist es mir, Seine Königliche Hoheit, den Herzog von York, heute zu unseren Gästen zählen zu dürfen. Herzlich willkommen!“

Nach zwölf Jahren Nazidiktatur, Krieg und unvorstellbaren Verbrechen, in einer Zeit, in der der Kampf ums Überleben die Menschen mehr beschäftigte als das Entstehen eines neuen demokratischen Staates, sei der Neuanfang ohne die Briten nicht möglich gewesen, erklärte Schmidt: „Sie kamen als Sieger, lehrten uns Demokratie und gingen als Freunde.“ Man könne sich kaum vorstellen, was aus Westdeutschland geworden wäre, „wenn sich die Regierung in London nicht im Sommer 1946 entschieden hätte, aus Westfalen und dem nördlichen Teil der alten Rheinprovinz — die südliche war ja von Frankreich besetzt — ein Land Nordrhein-Westfalen zu bilden: Die Sowjetunion hatte eine Internationalisierung des Ruhrgebiets verlangt, Frankreich einen separaten Ruhrstaat. Ein späterer deutscher Bundesstaat wäre dann

ja von Rhein und Ruhr seinen Ausgang genommen hat, wäre ohne diese Entscheidung der Briten und ohne die Entschlossenheit der Kumpel nicht denkbar gewesen“.

Dann ging Schmidt auf Arbeitsbedingungen und -umfeld des ersten (noch ernannten) Landtags ein und begrüßte bei dieser Gelegenheit die früheren Abgeordneten Adolf Bex, Dr. Heinz Krekeler und Josef Rick. Sie hätten sich in ihrer parlamentarischen Arbeit nicht nur dem gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Wiederaufbau widmen müssen, sondern vor allem dem zentralen Thema, der Ernährungslage im Lande. Der Landtagspräsident: „Unsere Städte lagen in Schutt und Asche. Dem Hungerwinter folgte ein Dürrejahr. Lebensmittel waren rationiert wie Kohlen, Kleidung und nahezu alle Güter.“

Danach schlug der Präsident den bundespolitischen Bogen, indem er auf die engen Beziehungen zwischen Land und Bund hinwies. Schon in diesen schwierigen und chaotischen Zeiten hätten dem Parlament mit Konrad Adenauer der spätere erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland

und mit Heinrich Lübke und Gustav Heinemann gleich zwei spätere Bundespräsidenten angehört. Mit Walter Scheel sei später ein dritter Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags Bundespräsident geworden.

Heute dürfe sich die parlamentarische Demokratie nicht abschotten, sie brauche das Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger, sie benötige die möglichst enge Verbindung von Wählern und Gewählten. Ansprüche und Maßstäbe seien Offenheit, Transparenz und Dialogfähigkeit, was das neue Landtagsgebäude am Rhein auch architektonisch zum Ausdruck bringe. Dieses Gebäude, inzwischen Wahrzeichen des Landes und der Stadt Düsseldorf, sei der selbstbewußte Ausdruck eines Bundeslandes, „das den Föderalismus ernst nimmt und gewillt ist, seine Aufgaben in Deutschland und als starke Region innerhalb Europas wahrzunehmen“. Damit bekräftigte er die Entschlossenheit, die Zuständigkeiten der Länder zu wahren und zu nutzen und für sie zu streiten, betonte der Landtagspräsident und urteilte, ohne föderative Strukturen werde auch Europa ein abstraktes Gebilde bleiben. Man brauche ein demokratisch legitimes Europa der Regionen, das den Bürgerinnen und Bürgern zudem noch nahe sei.

„Nordrhein-Westfalen ist europäisches Kernland, ein Vorbild für einen schwierigen und schmerzhaften Strukturwandel, aber einen Strukturwandel, der dennoch sozialverträglich bewältigt wird. Es ist der Wandel vom Grau der Schwerindustrie zum Grün der Revierparks, von der Massenproduktion zur individualisierten Arbeitswelt, ein Land der Maloche mit Kopf, Hand und Herz. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor das größte und stärkste industrielle Ballungsgebiet — ein moderner Wirtschaftsstandort mit Kohle und Stahl, aber auch ein Medienland, eine Dienstleistungsgesellschaft.“ Der Landtagspräsident fuhr fort: „Aber was wäre ein Land ohne seine Menschen? Sie haben mit ihrer Kraft und ihrer Stärke die Trümmer beseitigt, das Land aufgebaut und zu einer starken Region in Deutschland und in Europa gemacht. Mit diesen Menschen werden wir auch die Zukunft meistern und die Probleme unserer Tage in den Griff bekommen.“ Der Präsident schloß mit den Worten: „Heute wird der Landtag Nordrhein-Westfalen 50. Wir feiern, und mit uns feiern die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Der heutige Festakt ist ihnen gewidmet.“

Es sei ihm eine außerordentliche Freude und Ehre, Großbritannien bei diesem Festakt vertreten zu dürfen, „wir Briten empfinden anlässlich des 50. Jahrestages der ersten Sitzung des nordrhein-westfälischen Landtages ein wirkliches Gefühl des Stolzes, da sich die Einschätzung, welche vor einem halben Jahrhundert angesichts der Nachwirkungen des Krieges und der Verwüstungen vorgenommen wurden, im großen und ganzen als richtig erwiesen haben“, erklärte Prinz Andrew, Herzog von York, in seiner Rede. Der Vertreter des britischen Königshauses schilderte die Aus-
(Fortsetzung nächste Seite)

gangslage, von der sich die damalige britische Regierung leiten ließ: Es galt ein industrielles Kernland, „dieses Herz an der Ruhr“, wiederaufzubauen — aber so, daß es nicht erneut zu einer Bedrohung für die Stabilität dieses Teils Europas werden konnte. Dann habe es den „kühnen Plan“ gegeben, „diese beiden einzigartigen Gebiete, nämlich den nördlichen Teil der Rheinprovinz und die Provinz Westfalen, zu vereinen“. Das aus diesen Plänen hervorgegangene Land Nordrhein-Westfalen habe schließlich einen erheblichen Beitrag zur Bewältigung der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik geleistet. Ein weiteres — und das vielleicht allerwichtigste — Element sei die Zuversicht gewesen, „daß ein demokratischer Rechtsstaat bereits funktionieren könnte, noch bevor ein Großteil des eigentlichen Wiederaufbaus begonnen hatte“. Man sei auch der Annahme gewesen, die auf den früheren demokratischen Traditionen beruhende Bürgerdemokratie auf kommunaler Ebene könnte wiederbelebt werden.

Der Prinz würdigte die Leistungen der politisch Verantwortlichen jener Zeit und betonte, sicher sei der eigentliche Grundstein damals von den Besatzungsmächten gelegt worden. Doch danach hätten sie sich langsam aus dem demokratisch-politischen Prozeß zurückziehen können. „Alles, was dann geschah, hat Deutschland aus eigener Kraft geschafft. Aber sicher gestatten Sie uns dennoch das Gefühl, Anteil an jenem Erfolg zu haben, den wir heute mit diesem 50jährigen Jubiläum feiern.“

Heute stelle Nordrhein-Westfalen für Großbritannien weltweit den achtgrößten Exportmarkt dar. In diesem Land würden mehr britische Investitionen getätigt als in jedem anderen Gebiet Deutschlands, und hier lebten mehr Briten als in jedem anderen Bundesland. Hier sei ein Großteil der britischen Soldaten und Angehörigen der Luftwaffe der British Forces stationiert. Unter lebhaftem Beifall beendete der Herzog von York sein Grußwort mit den Sät-



Repräsentierte mit „außerordentlicher Freude“ Großbritannien beim Festakt: Prinz Andrew, Herzog von York, zweiter Sohn der englischen Königin Elisabeth II.

zen: „Lassen Sie mich zum Schluß noch den Menschen in Nordrhein-Westfalen von ganzem Herzen dafür danken, daß sie so großzügige Gastgeber sind. Ich möchte Ihnen für Ihre Freundschaft danken, die wir sehr gerne erwidern. Ihnen, Herr Landtagspräsident, danke ich, daß Sie Großbritannien eingeladen haben, dieses so besondere Jubiläum mit Ihnen allen gemeinsam zu begehen.“

Ministerpräsident Johannes Rau bezeichnete das Landtagsjubiläum als einen ganz besonderen Tag: „Nach zwölf Jahren menschenverachtender Diktatur gab es endlich wieder ein Parlament, gab es endlich wieder eine Volksvertretung, die diesen Namen verdiente, auch wenn ihre Abgeordneten nicht gewählt, sondern ernannt worden waren.“ Die Frauen und Männer hätten die innere Legitimation des Widerstehens, des Leidens und der Verfolgung gehabt. Über den Abgrund der nationalsozialistischen Barbarei hinweg hatten sie die demokratischen Traditionen bewahrt und weitergereicht — von Weimar bis Bonn. „So konnten sie zu Trägern der Hoff-

nung eines Volkes werden in einer Zeit des Aufbruchs aus Trümmern und Not, aus Elend und Schuld.“

Sicherlich hätten die Menschen damals andere Sorgen gehabt als die Neugründung von Ländern. Aber schon damals habe sich angesichts von Not und Mangel gezeigt, daß es bei aller Vielfalt etwas gebe, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen gemeinsam hätten: „Es ist die Bereitschaft, in Krisen zusammenzustehen, und die Erfahrung, daß sie sich aufeinander verlassen können — in guten wie in schlechten Zeiten.“ Das habe ihnen Sicherheit gegeben, sich unaufgeregt und mit ruhiger Kraft immer wieder neuen Herausforderungen zu stellen. Heute, 50 Jahre nach der ersten Landtagssitzung könne man „mit Freude und Stolz“ sagen, die Entscheidung für Nordrhein-Westfalen habe sich gelohnt; die Entscheidung habe sich als segensreich erwiesen — für unser Land, für seine Bürgerinnen und Bürger und für die ganze Bundesrepublik Deutschland: „Nordrhein-Westfalen ist ein fester Anker der bundesstaatlichen Ordnung geworden. Von hier aus sind wichtige Impulse und entscheidende Weichenstellungen für das Ganze ausgegangen“.

Ohne die Bergleute und Stahlarbeiter an Rhein und Ruhr hätte es sicherlich kein deutsches Wirtschaftswunder gegeben; in Nordrhein-Westfalen wisse man, daß der Starke dem Schwachen helfen müsse — ein einfacher Grundsatz, „den wir in unserem Lande immer beherzigt haben“. Rau erinnerte dabei an das Wort des Ministerpräsidenten Karl Arnold von NRW als dem sozialen Gewissen der Bundesrepublik; das sei keine beliebige Zuschreibung, sondern eine spezifische Eigenschaft, auf die alle stolz seien. Es sei auch eine Forderung und Herausforderung, besonders sensibel zu sein, wenn es um Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit, um Toleranz und um Schutz und Hilfe für Schwächere gehe. Dieser Herausforderung fühle man sich verpflichtet.

Ministerpräsident Johannes Rau zeichnete den Wandel Nordrhein-Westfalens nach von einem Land von Kohle und Stahl zu einem Land mit breiter wirtschaftlicher Basis. Fotos: Schälte



Das Land habe viele regionale Identitäten und Mentalitäten, mit den oft verblüffenden Kontrasten könne man gut leben; diese Vielfalt mache die Menschen stolz und freundlich. Neben dem Alten gebe es viel Neues; das zeige den Wandel und sei Ausdruck der Erfahrung, daß dieser Wandel notwendig sei: „Wir in Nordrhein-Westfalen haben gelernt: Nur wer sich ändert, bleibt sich treu“.

Inzwischen sei das Land ein Land mit modernen Industrien und Dienstleistungen, mit hochqualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und mit der dichtesten Hochschul- und Forschungslandschaft Europas. „Wir wollen diese Vorteile nutzen. Wir wollen unsere Stärke gewinnen aus der Vielfalt der Regionen. Daß uns dafür die Kraft erhalten bleibt und daß sie uns weiter wächst, das ist mein Wunsch an diesem Geburtstag unseres Landes.“ Der Ministerpräsident beendete sein Grußwort mit der Feststellung: „Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind bereit und sind fähig, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen und sie zu gestalten. Lassen Sie uns mithelfen, damit alle zusammenfinden“.

Bundespräsident Roman Herzog beglückwünschte das Land Nordrhein-Westfalen im Namen aller Bürger unserer Bundesrepublik Deutschland. Das Land sei stets einer der zentralen Stabilitätsfaktoren unseres Staates gewesen; so habe man Grund, nicht nur zu gratulieren, sondern auch Dank zu sagen. Das Schicksal wolle es, daß fast alle deutschen Länder in diesen Monaten ihr 50jähriges Bestehen oder

Westfalen, sondern über den „ganzen deutschen Föderalismus“ in seinem Festvortrag reden, der vielen als einer unserer gängigsten verfassungspolitischen Exportartikel gelte.

Von der Länderseite her betrachtet, sei eine erstaunliche Entdeckung zu machen: In den vergangenen Jahrzehnten habe sich selbst in den erst nach 1945 von den Besatzungsmächten geschaffenen sogenannten „Bindestrich-Ländern“ ein Landesbewußtsein, „ja eine Liebe zum jeweiligen Land“ herausgebildet — und dies stehe im umgekehrten Verhältnis zu den üblich gewordenen und, wie der Bundespräsident anfügte, nicht völlig unberechtigten Klagen über die Auszehrung der Länderkompetenzen. Wenn man frage, woher das kommt, dann liege das zum einen sicherlich an der viel beschworenen größeren Bürgernähe der Länder. Wichtiger aber seien in seinen Augen die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in der Fläche, die im weitesten Sinne verstandene Strukturpolitik, die mangelnde Gesetzgebungskompetenzen wettmache. Der Bundespräsident nannte hier die Ansiedlung neuer Industrien und Wohngebiete, die gleichmäßige Erschließung aller Gebiete mit Straßen und Verkehrsmitteln, die Dislozierung der Theater, der Museen, der Forschungseinrichtungen, vor allem die gleichmäßige Verteilung der Bildungschancen durch ein engmaschiges Netz von weiterführenden Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Herzog: „Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß man von diesem Teil unserer Bildungsre-

sen sollten wir mit aller Kraft festhalten, auch gegenüber Attacken, die gerade gegen diese strukturpolitischen Zuständigkeiten unserer Bundesländer mitunter aus Brüssel geritten werden“. Der deutsche Föderalismus habe in der europäischen Einigung eine besondere Rolle, fuhr er fort. Unseren Partnern in der Europäischen Union wäre ein ungegliederter und nicht dezentralisierter Staat wie zur Weimarer und noch mehr zur NS-Zeit wenig geheuer gewesen; so gesehen, habe die innere Organisation unseres Landes erhebliches außenpolitisches Gewicht gehabt. Zum anderen dürfe man nicht übersehen, „daß die deutschen Bundesländer — bei allen Grenzverwischungen im einzelnen — stets auch die landsmannschaftliche Vielfalt unseres deutschen Volkes repräsentieren“. Dieser Umstand sei im zusammenwachsenden Europa ein nicht zu unterschätzendes Kapital. Die Regionen würden sicher eine „Quelle der europäischen Zusammenarbeit, ja des europäischen Zusammenlebens“ sein. Sie, die Regionen, „werden einen Kitt der europäischen Einigung und damit des europäischen Friedens bilden, den die schönsten Verträge und die arbeitsfreudigsten Gemeinschaftsorgane so nicht schaffen können“. Den letzten Teil seines Vortrags widmete der Bundespräsident dem Thema Neugliederung der Bundesländer. Er warnte vor dem weiterverbreiteten Argument, mit acht oder neun Bundesländern lasse sich Geld sparen: Diese Berechnungen beruhen entweder auf reiner Phantasie oder sie umfassten zugleich die angeblichen Effekte von Verwaltungsreformen, die man aber auch ohne Länderneugliederung durchführen könnte. Wirklich unabweisbar sei die Neugliederung dann, „wenn dadurch der Finanzausgleich überflüssig würde“. Herzog wörtlich: „Ergäbe eine Neugliederung wirklich Länder, die, wenn schon nicht nach Fläche und Bevölkerungszahl, so doch jedenfalls nach Finanzkraft und berechtigtem Finanzbedarf annähernd gleich wären, so daß kein horizontaler Finanzausgleich mehr nötig wäre, und ließe sich das überdies für die nächsten zwanzig oder dreißig Jahre voraussagen, so wäre das schon eine Reform, für die auch ich auf die Barrikaden gehen würde. Wenn aber alles beim alten bleibt — obgleich mit etwas kleineren Zahlen im Finanzausgleich —, dann können wir uns das Abenteuer gleich sparen“. Der Bundespräsident abschließend: „Mit einem Wort: Nur wenn der horizontale Finanzausgleich überflüssig würde, hätte für mich die Länderneugliederung Reiz — ganz abgesehen von der Frage, ob die Landesvölker, sie, wie ich schon sagte, inzwischen alle ihr spezielles Landesbewußtsein entwickelt haben, dieses Spiel mitspielen würden“.

Mit seinem Festvortrag zum 50jährigen Bestehen des Landtags Nordrhein-Westfalen habe er eine Menge Probleme ausgebreitet, ohne Lösungen anzubieten — „aber dafür, daß wir uns aus diesem Anlaß nur gegenseitig belobigen und nur gegenseitig auf die Schulter klopfen, sind mir Tage wie der heutige dann doch auch wieder zu schade“. Unter langanhaltendem, lebhaftem Beifall schloß Bundespräsident Roman Herzog mit den Worten: „Was hindert uns eigentlich, gelegentlich einmal außer uns selbst zu treten, uns von draußen zu betrachten und gerade daraus zu lernen?“



Nutzte meisterhaft das „scharfe Schwert der Festrede“ als Gestaltungsinstrument eines Bundespräsidenten: Professor Dr. Roman Herzog, der den Föderalismus in Deutschland in den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte.

Foto: Schälte

den 50. Jahrestag ihrer Verfassung feierten. Das sei für den Bundespräsidenten ein „böses“ Dilemma: „Entweder bleibt er allen Festlichkeiten fern und erregt damit bundesweites Kopfschütteln, oder er geht zu allen und eröffnet damit eine marathoneske Reihe von Reden“. Beides wäre keine Lösung, so sei er auf eine nicht minder bedenkliche Kompromißlösung verfallen, indem er als einzige die Einladung zur nordrhein-westfälischen Geburtstagsfeier angenommen habe. Er werde darum nicht nur über Nordrhein-

formen — der Erstreckung eines engmaschigen, fast gleichgearteten Netzes von Bildungschancen über die gesamte Staatsfläche — noch rühmend sprechen wird, wenn es über unsere leidenschaftlichen Debatten zur Schul- und Hochschulreform, zu Lehrerbildung und Lehrerbesehung eines gar nicht so fernen Tages nur noch ein verständnisloses Kopfschütteln geben wird“.

Es gebe also auch über die bildungspolitischen Segnungen hinaus noch durchaus Wirkungsfelder des Föderalismus; „an die-

Nur noch ein Programm aus den Nachbarländern im Raum Aachen empfangbar

Landesanstalt für Rundfunk sucht nach Ausweg

Der Ärger in der Region Aachen ist groß. Von den ursprünglich fünf empfangbaren Programmen aus den Nachbarländern ist nur ein niederländisches übrig geblieben. Auf Antrag der SPD-Fraktion hat sich der Hauptausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Klaus Matthiesen (SPD) deshalb des Problems einer Neuordnung der Belegung von Kabelanlagen mit Fernsehprogrammen im Raum Aachen angenommen. Der Direktor der Landesanstalt für Rundfunk hielt eine neue Vielfaltentscheidung für denkbar. Vorher müßten allerdings die Belgier einen Weiterverbreitungsantrag stellen.

Der Direktor der Landesanstalt für Rundfunk, Dr. Norbert Schneider, ging auf die Folge ein, die sich aus einem Beschluß der Rundfunkkommission vom März dieses Jahres ergeben habe. In diesem Beschluß sei die Einspeisung von etwa 50 Antragstellern in die 59 Kabelanlagen von NRW als ein Rangfolgebeschluß geklärt worden. Er wäre damals auch vollzogen worden, wenn nicht ein Veranstalter, der nicht berücksichtigt gewesen sei, Klage eingereicht hätte und sich die Angelegenheit dadurch bis September verschoben hätte. In diesem Beschluß, der die Einzelzuweisungen von Veranstaltern in die Kabelanlagen regelt, sei die Zuweisung der Veranstalter im Bereich Aachen, im Euregio-Bereich, besonders kompliziert, weil dort die Frage der grenzüberschreitenden Programme naturgemäß eine besondere Rolle spiele. Die Rundfunkkommission der Landesanstalt für Rundfunk habe nach dem Gesetz, insbesondere dem Paragraphen 41 für diesen Bereich von den bis dato fünf ausländischen Programmen aus dem Grenzgebiet, zwei belgischen und drei holländischen, nur noch ein holländisches Programm übrig behalten. Die belgischen Programme hätten aus zwei Gründen nicht berücksichtigt werden können. Schneider nannte als ersten Grund, weil sie so – jedenfalls gebe das Gesetz es vor – mit einem mittleren Antennenaufwand nicht empfangbar gewesen seien. Wären sie es gewesen, hätte man sie auch nur dann berücksichtigen können, „wenn sie einen Weiterverbreitungsantrag bei uns gestellt hätten, so daß wir sie bei der Rangfolge hätten berücksichtigen können“. Beide Voraussetzungen seien hier nicht gegeben gewesen.

Reichweiten beschnitten

Bei den holländischen Programmen sei die technische Empfangbarkeit kein Problem gewesen. „Wir hatten drei Programme im Kabel und haben mit den Holländern darüber gesprochen, daß wir dem Gesetz, wo es mindestens eins heißt, folgen wollen und sie bitten wollen, uns doch zu sagen, welches der drei bleiben soll. Da haben sie uns mitgeteilt, das sollen wir bitte entscheiden“, berichtete der Direktor. Man habe dann NOS 1 genommen. Dieser Beschluß sei jetzt realisiert worden und habe zu einer Reihe von Protesten geführt. Die Frage, die sich jetzt stelle, sei, ob man an diesem Beschluß etwas ändern könne. Das könne man sicher, wenn die Voraussetzungen dafür da seien, daß nach



In einer Aktuellen Viertelstunde erörtere der Hauptausschuß die Möglichkeiten, die zu einer verbesserten Versorgung des Raums Aachen mit Kabelprogrammen aus den Nachbarländern führen könnten: Vorsitzender Klaus Matthiesen (M.) und der Direktor der Landesanstalt für Rundfunk, Dr. Norbert Schneider (3. v. l.) sowie der Staatssekretär im Innenministerium Wolfgang Riotte (2. v. l.). Foto:

dem Gesetz verfahren werden könne. Das würde bedeuten, daß eine neue Vielfaltentscheidung für die speziellen Kabelanlagen in diesem Bereich Aachen/Heinsberg zu treffen wäre. Schneider schloß: „Das ist in absehbarer Zeit auch denkbar, aber nur wenn die Belgier uns einen Weiterverbreitungsantrag stellen.“ Er kündigte dazu an, daß die technischen Messungen wiederholt werden sollen, weil technische Messungen auch von aktuellen technischen Parametern abhängen, die sich vielleicht verändert hätten. „Das wissen wir nicht.“

Wenn diese Voraussetzungen geklärt seien, wolle er der Rundfunkkommission eine neue Vorlage machen. Er müsse dabei auf einen Punkt hinweisen. Er verstehe, daß die Bürgerinnen und Bürger in diesem Bereich einen Verlust hätten und darüber klagen würden. Auf der anderen Seite habe die Rundfunkkommission auch dem Gesichtspunkt von ausreichenden Reichweiten der Veranstalter Rechnung zu tragen. Fast keine Kabelanlage in NRW sei mit der anderen identisch. Im Kern sei es so, daß die Reichweiten für die kommerziellen Veranstalter, und das sei deren Geschäftsgrundlage, damit sie existieren könnten, in vielen Bereichen jetzt schon stark beschnitten seien. Man habe Veranstalter im Kabel, die nur 60 Prozent der Reichweite zugewiesen bekommen hätten aufgrund von internen Vereinbarungen mit anderen, „denen wir zugestimmt haben“. Schneider folgerte, er würde für den Aachener Fall die Abwägung von zwei in sich jeweils sehr plausiblen Positionen zur Diskussion stellen, nämlich ob dort der integrative Faktor von Rundfunk am Ende den Ausschlag geben oder ob die Zuweisung von Reichweiten für den Veranstalter den Ausschlag geben solle. „Das ist eine Abwägung, die aus ganz unterschiedlichen Argumentati-

onlinien zu einem bestimmten jeweils plausiblen Ergebnis führt“, schloß der Direktor der Landesanstalt für Rundfunk.

Bei der Diskussion meinte die GRÜNEN-Fraktionssprecherin Gisela Nacken, sie habe das so verstanden, daß die Knappheit der Plätze auch damit zusammenhänge, daß die Telekom für ihre digitalen Programme analoge Plätze reserviert habe. Sie stellte die Frage, wer von dieser Telekomentscheidung profitiere und ob NRW das beeinflussen könne. Zu den belgischen und niederländischen Sendern stellte Frau Nacken fest, für die Einwohner des Grenzbereichs sei das ein ganz anderes Thema als zentral im Land. Sie fragte, ob mit dem Thema offensiv umgegangen worden sei, ob man an die Belgier und Niederländer herantreten sei, weil jetzt in der Presse stehe, sie seien nie gefragt worden. Es hätte ja auch die Möglichkeit bestanden, daß man kostenpflichtig eingespeist hätte.

Für die SPD-Fraktion kam deren Sprecher Reinhard Grätz zu dem Schluß, daß es keiner Gesetzesänderung bedürfe. „Sondern es bestätigt sich das, was wir seit langem wissen, daß eben die Enge der Kabel in Nordrhein-Westfalen besonders groß ist.“ Das hänge nicht nur mit der Dichte der Besiedlung, sondern auch mit der Attraktivität des Rundfunkstandortes Nordrhein-Westfalen zusammen, und daß eben auch die Telekom nicht bereit sei, weitere Belegungsmöglichkeiten zu erschließen. Das habe man vorher gewußt, es habe sich in diesem Fall bestätigt. Zu dem Tatbestand, daß von vorher fünf nur noch ein Programm im Raum Aachen eingespeist wird, sagte Grätz: „Das war nicht von vornherein durch die Gesetzesänderung intendiert, obwohl wir ja hier einvernehmlich der Meinung waren, daß die Gesetzesänderung unter anderem bewirken sollte, daß die



Vor Beginn der letzten Hauptausschußsitzung: Vorsitzender Klaus Matthiesen (SPD, 2. v. l.) und stellvertretender Ausschußvorsitzender Lothar Hegemann (CDU, 2. v. r.) begrüßen den Präsidenten des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Gert Kaiser (r.) sowie den Präsidenten des Instituts Arbeit und Technik im Wissenschaftszentrum, Professor Dr. Franz Lehner (l.). Foto: Schälte

dritten Programme besser, als dies bis dahin möglich schien, bei der Belegung bedient werden.“ Der Abgeordnete riet, Schneider solle die belgischen Programme darauf hinweisen, daß zumindest ein Angebot aus diesem Nachbarland beantragt werden könnte. „Sie haben bestätigt, daß eine solche Lösung gangbar wäre.“

Die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi stellte fest, die Situation im Raum Aachen gebe es nur einmal. Darum wollte sie den Direktor der Landesanstalt für Rundfunk nachdrücklich darin bestätigen, alle Möglichkeiten ohne Gesetzesänderung auszuloten, um ein belgisches Programm mindestens in Ergänzung wieder einspeisen zu können und ihn zu bestärken, dem Hauptausschuß Bescheid zu sagen, wenn sie sich dazu nicht in der Lage sähen und man dann allerdings über eine gesetzliche Ergänzung nachdenken müsse, die dieser Sondersituation in Aachen Rechnung trage.

Der GRÜNEN-Fraktionssprecher Roland Appel schloß sich der Argumentation „in Richtung des Plädoyers von Frau Hieronymi“ an. Die Region Eupen sei innerhalb von Belgien diejenige Region, die eine Teilautonomie besitze, in der der belgische Staat in den letzten Jahren vermehrt Deutsch in den Schulen und auch die deutsche Rundfunkversorgung gefördert habe. Das sei nach der Geschichte, die die beiden Staaten miteinander gehabt hätten, nicht ganz einfach gewesen. Es gebe eine besondere Verpflichtung zur Sensibilität.

Norbert Schneider antwortete darauf, die Alternative sei nicht, Sensibilität oder Gesetz brechen. „Sondern wir müssen natürlich gucken, daß wir auf der Basis des Gesetzes sensibel sind.“ Mit der Telekom habe man jahrelang darüber gestritten, daß sie die digitalen vorgesehenen Kapazitäten für das Analoge frei mache. „Die Telekom hat es anders gewollt. Das ist jetzt auch gegessen.“ Er schloß, man habe jetzt bereits die Zuweisungen für die digitalen Veranstalter von der Landesregierung auf dem Tisch.

Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen

Das Wissenschaftszentrum sei in den wenigen Jahren seines Bestehens zu einer Zukunftswerkstatt, zu einem Ort geworden, an dem systematisch die Zukunft des Landes, darüber hinaus aber auch die Zukunft des Kontinents und sogar des Planeten zum Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit gemacht werde, sagte der Präsident des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen, Professor Dr. Gert Kaiser, bei der Vorstellung der Einrichtung im Hauptausschuß unter der Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU).

Die Zukunftsthemen des Wissenschaftszentrums seien in den Namen seiner Institute sichtbar: Arbeit und Technik in Gelsenkirchen, Kulturwissenschaften in Essen und Klima, Umwelt, Energie in Wuppertal. Hinzu kämen die Felder der Zentrale in Düsseldorf, nämlich neue Technologien, Bio- und Lebenswissenschaften sowie neue gesellschaftliche Entwicklungen. Das alles seien übergreifende Problemfelder.

Kaiser fuhr fort, mit diesem Auftrag habe das Land NRW vor acht Jahren ein sehr ehrgeiziges Unternehmen auf den Weg gebracht. Ehrgeizig an dieser Aufgabe sei auch, daß damit das europaweit einzige Wissenschaftszentrum mit dieser thematischen Breite geschaffen worden sei. Die vier Institutionen seien in meist zweijährigen Arbeitsprojekten, Verbundprojekte genannt, eng miteinander verbunden.

Das erste Verbundprojekt habe den Titel „Technologiebedarf im 21. Jahrhundert“. Die Federführung liege in Düsseldorf. Es werde gefragt, welche Bedarfe an Technologien sich ausmachen ließen. Das zweite größere Verbundprojekt habe das Thema „Zukunft von Arbeit“. Die Federführung liege in Gelsenkirchen. Das Projekt untersuche den Arbeitsmarkt anhand verschiedener Arbeitszeitmodelle. Das dritte Verbundprojekt heiße „Zu-

kunfts-fähige Wirtschaft“. Die Federführung liege in Wuppertal. Dieses Projekt setze bei der Beobachtung an, daß sich unter dem anhaltenden Druck internationalen Wettbewerbs ein Gegensatz von Ökonomie und Ökologie aufbaue. Das vierte große gemeinsame Projekt, für das die Federführung in Essen liege, habe den Titel „Europäische Integration“.

Der Präsident des Instituts „Arbeit und Technik“, Professor Dr. Franz Lehner, berichtete, die Palette der Aktivitäten seines Instituts reiche von Arbeitsmarktprojekten — man habe in Gelsenkirchen die erste gemeinnützige Arbeitsvermittlungseinrichtung geschaffen, die in Zusammenarbeit mit Unternehmen etwas für Langzeitarbeitslose tue — bis hin zu Projekten im Bereich der Telekommunikation, wobei man gemeinsam mit Unternehmen an der Frage arbeite, was getan werden könne, damit Telekommunikation nicht nur eine Verheißung der Zukunft, nicht nur ein System von Datenautobahnen sei, die niemand wirtschaftlich sinnvoll nutze, sondern daß daraus wirklich neue Märkte und Arbeitsplätze entstünden.

Der Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts, Professor Dr. Wilfried Loth, führte aus, gegenwärtig betreibe man die Erforschung bestimmter gesellschaftlicher Orientierungsprobleme in drei thematisch orientierten Studiengruppen. Die erste unter der Überschrift „Kulturgeschichte der Natur“ bemühe sich um eine Sensibilisierung für die kulturellen Prägungen des ökologischen Verhaltens. Die zweite Gruppe arbeite unter der Überschrift „Demokratie — Öffentlichkeit — Medien“ und beschäftige sich mit den Gefährdungen der demokratischen Ordnung durch die neuen Medien und ihre Implikationen. Die dritte Gruppe trage die Überschrift „Staatswerdung Europas?“ und befasse sich mit der Frage, wie die sozialstaatlichen und demokratischen Errungenschaften der Nationalstaaten in die entstehende und sich immer mehr ausbildende europäische Ordnung hinübergerettet werden könnten, wie eine europäische Ordnung aussehen könne. In das Institut involviert seien gut 40 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter.

Der Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie GmbH, Professor Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker, legte dar, das Institut habe sich in den ersten fünf Jahren seines Bestehens auf das Thema „Mehr für weniger“ konzentriert, mehr Energiedienstleistungen für weniger Kilowattstunden oder Fässer Öl, mehr Wohlstand mit weniger Stoffumsatz, mehr Mobilität im Sinne von Erreichbarkeit mit weniger Tonnen- und Personenkilometern. Daß dieses Thema auch im wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Raum eine wachsende Resonanz habe, könne man u. a. daran ablesen, daß das Wuppertal Institut einen steilen Anstieg seiner Drittmittelprojekte habe. Man habe regelmäßig etwa 100 Drittmittelprojekte. In diesem Jahr sei man bei acht Millionen Mark angelangt. Das Verdienst, in solchem Maße erfolgreich zu sein, liege bei den über 100 Mitarbeitern.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Grätz, stellte fest, als das Wissenschaftszentrum eingerichtet worden sei, sei dem Landtag bewußt gewesen, daß es hier um eine Aufgabenstellung gehe, die von den traditionellen Hochschulen so nicht erfüllt werden könne, nicht nur wegen der Überlast, mit der Hochschulen fast überall fahren müßten, sondern auch wegen der für eine solche Arbeit dort nicht vorhandenen Strukturen.

(Fortsetzung Seite 27)

Streit um „Fossil“ Gewerbesteuer: Abschaffen oder wiederbeleben?

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, sich den Plänen der Bundesregierung zu Abschaffung der Gewerbesteuer zu widersetzen und dafür zu sorgen, „daß die Gewerbesteuer als wirtschaftsbezogene kommunale Steuer in ihrem Kern gestärkt und durch die Erweiterung des Kreises der Steuerpflichtigen sowie die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage konjunkturunabhängig stabilisiert wird. Ziel dieser Revitalisierung soll die Entlastung der bisherigen Steuerpflichtigen sein“. Diesem Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 12/1369) stimmte die CDU-Fraktion in direkter Abstimmung am 9. Oktober nicht zu.

Jürgen Thulke (SPD) widersprach den Plänen der Bundesregierung, tiefe Einschnitte in das Steuersystem vorzunehmen, ohne für vollen Ersatz der anzunehmenden Ausfälle bei Land und Gemeinden zu sorgen. Auf keinen Fall reichten für eine Kompensation die Pläne aus, die Kommunen an der Umsatzsteuer mit 1,9 Punkten, das entspreche 4,7 Milliarden Mark, zu beteiligen, denn der Wegfall der Gewerbesteuer würde bundesweit zu Einnahmeausfällen für die Gemeinden in Höhe von etwa 8,7 Milliarden führen: „Das heißt, die Gemeinden werden vier Milliarden Mark verlieren, die nordrhein-westfälischen Gemeinden sind mit einer Milliarde Verlust dabei.“ Angesichts der Verschlechterung der kommunalen Finanzen treffe die Gemeinden diese Aushöhlung besonders hart; schon vor knapp zwei Jahren habe seine Fraktion darum gefordert, „daß die Gewerbesteuer als tragende Säule der kommunalen Finanzhoheit erhalten und gesichert bleiben muß“.

besserungen zahlen heute nur noch ganz wenige Unternehmen Gewerbesteuer- und ertragssteuer: 16 bei der einen, zwischen 30 und 40 Prozent bei der anderen Steuer; insgesamt 57 Prozent des Aufkommens würden nur noch von fünf Prozent der Unternehmen erbracht: „Damit hat sich diese Steuer zu einer Großbetriebssteuer entwickelt.“ Eine Abschaffung würde zu einer steuerlichen Entlastung von Großunternehmen führen, damit würde, zumindest tendenziell, die Konkurrenzsituation für kleinere und mittlere Betriebe noch verschärft, „das könnte beschäftigungspolitisch nach hinten losgehen und fatale Folgen entwickeln“. Das Fazit laute: Die kommunale Selbstverwaltung könne nur durch ihre Finanzautonomie gewährleistet werden, und die sei untrennbar mit dem Recht auf die Erhebung einer eigenen wichtigen Steuer verbunden. Die Bundesregierung wolle die Kommunen nur noch abhängiger von Zuweisungen machen.



SPD und GRÜNE wollen die Basis für die Kommunalfinanzen verbreitern, die CDU möchte eine in ihren Augen unzeitgemäße Steuer ganz abschaffen. Das wurde deutlich in den Beiträgen von (v.l.): Jürgen Thulke (SPD), Ewald Groth (GRÜNE), Dr. Helmut Linssen (CDU) und Finanzminister Heinz Schleißer (SPD). Fotos: Schälte

Man werde dem Versuch, den Kommunen dringend notwendige Einnahmen zu verkürzen, entschieden widersprechen, kündigte Thulke an. Mit ihren Plänen zeige sich die Bundesregierung als Gegner der kommunalen Selbstverwaltung, die sie schon durch andere Vorhaben unterminiert habe. Nur die Revitalisierung der Gewerbesteuer sichere den Kommunen die angemessene Finanzautonomie. Die müsse eingebettet sein in eine grundlegende Reform der öffentlichen Finanzen für alle Ebenen.

Ewald Groth (GRÜNE) nannte die Reihe der Abschaffungsversuche und Änderungen an der Gewerbesteuer „eine Aushöhlung ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik“. Dabei handele die Bundesregierung durchaus mit System, hohe Einkommen sollen entlastet und kleine Einkommen weiter belastet werden. Seit Jahr und Tag handele die Bundesregierung mit ihren Gewerbesteuerplänen gegen die erklärten Interessen der Kommunen; schon die Abschaffung der Lohnsummensteuer habe keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen und nicht einmal das Tempo der Arbeitsplatzvernichtung verlangsamt. Groth: „Infolge dieser Verschlimm-

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, erklärte als Ziel der CDU, die Gemeinden an der Umsatzsteuer zu beteiligen, „damit sie nicht mehr so konjunkturanfällig arbeiten müssen wie bisher“. Das sähen auch die kommunalen Spitzenverbände positiv. Auch die SPD sei längst auf diesem Dampter, sie kämpfe nur noch, ob die 1,9 Prozent richtig sind. Darum werde die Debatte hier wohl für das „Pokern“ in Bonn gebraucht. Nur in Deutschland gebe es international das Phänomen der Gewerbesteuer, sonst nirgendwo. Andere benachbarte Länder versuchten schon, Firmen unter Hinweis auf die hohe deutsche Steuerlast abzuwerben. Das könne nicht so weitergehen, betonte Linssen, was die rot-grüne Koalition hierzulande betriebe, sei im Grunde nichts anderes, als die Steuer, die in erster Linie große und mittel-

große Betriebe treffe, auf die kleinen und mittleren zu erweitern und das dann als „mittelstandsfreundliche“ Politik zu benennen. Wer mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen wolle, müsse die Gewerbesteuer abschaffen, „weil sie nicht mehr in die Landschaft paßt“. Der Fraktionsvorsitzende: „Wir wollen die Klein- und Mittelbetriebe entlasten, indem wir zum Beispiel die Freibeträge anheben und nicht senken oder die Staffelstufen spreizen.“ Das sei kein Geschenk an die Wirtschaft, vielmehr solle das durch die Senkung der Abschreibungssätze von 30 auf 25 Prozent bei der degressiven Abschreibung gegenfinanziert werden: „Es findet also keine Nettoentlastung der Unternehmen statt.“

Finanzminister Heinz Schleißer (SPD) stellte als Richtung einer Reform der Gewerbesteuer heraus, daß sie möglichst breite Auswirkungen auf eine möglichst große Zahl von Unternehmen, vor allem für mittlere und kleinere, haben müsse und gleichzeitig und auch gleichgewichtig das Gemeindefinanzierungssystem nachhaltig zu verbessern habe. Bei den genannten 16 Prozent der von der Gewerbesteuer betroffenen Unternehmen handele es sich nicht um kleine Handwerksbetriebe, sondern um große Industriekonzerne, Banken und Versicherungen, von denen man wisse, daß ihr Anteil Gewerbesteuer nicht einmal acht Prozent ihres Gewerbesteuers betrage. Die CDU mache den Fehler wie beim Spargesetz: Eine Entlastung in diesem Bereich werde keine positiven Auswirkungen auf Investitionen und Arbeitsplätze haben. Und für die Behauptung, die Unternehmen in Deutschland hätten im internationalen Vergleich wesentlich höhere Steuerlasten zu tragen, gebe es überhaupt keinen Beleg, betonte der Finanzminister: „Richtig ist, daß die Unternehmenssteuerbelastungen unstrittig die niedrigsten in der Geschichte dieser Republik sind.“ Das bestreite auch die Bundesregierung nicht. Es sei unbillig zu sagen, in diesem oder jenem Land gebe es keine Gewerbesteuer, denn es komme nicht darauf an, wie die Steuer heiße, sondern ob es eine kommunale Steuer gebe und wo sie ansetze. „Ich kenne kein Nachbarland, das ohne kommunale Steuern auskommt, und zwar teilweise mit wesentlich höheren Belastungen.“ Man wolle eine Entlastung der mittleren und kleinen Unternehmen; wenn der Kreis der Betroffenen ausgeweitet und die Bemessungsgrundlage geregelt werde, dann bedeute das nicht ein Steigen der Belastung heute Gewerbesteuer zahlender Unternehmen, sondern ein Sinken und eine stabilere Finanzierung von kommunalen Systemen — „und sie würde außerdem etwas Vordringliches erreichen, nämlich, daß das Bindeglied zwischen Kommunen und Wirtschaft erhalten bleibt“.

Winfried Schittges (CDU) qualifizierte die Gewerbesteuer europaweit als steuerrechtliches „Fossil“, da müsse man fragen, ob die Diskussion darüber bei uns noch zeitgemäß sei. Die Kommunen empfänden die Bonner Beschlüsse durchaus nicht nur als Belastung, bei der Begrenzung des Zuwachses der Sozialhilfekosten springe durchaus eine Entlastung heraus; das gelte auch für das neue Asylrecht. Bei allen Einsparungen blieben Verbesserungen auf der Einnahmeseite notwendig; dazu habe seine Partei einen besseren Vorschlag gemacht, den die SPD einmal aufgreifen sollte.

Aktuelle Stunde zur „Kürzung der Lohnfortzahlung“

In einer von der SPD beantragten Aktuelle Stunde debattierte der Landtag am 10. Oktober über das Thema „Die Kürzung der Lohnfortzahlung gefährdet den sozialen Frieden in NRW“.

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, sah das Thema als „ein düsteres Kapitel deutscher Sozialpolitik“ und sprach die Hoffnung aus, daß der Herbst 1996 nicht zum Wendepunkt für den sozialen Frieden werde. Über Jahrzehnte hätten Vertrauen und Vernunft bei Konflikten für stabile Verhältnisse gesorgt. Daß die Unternehmen mit der Brechstange versuchen würden, das neue Gesetz ohne Rücksicht auf Tarifverträge umzusetzen, erschrecke sogar die Befürworter der Kürzung. Er zitierte die Landtags-CDU, für die im Dezember 1995 die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nicht zu Disposition gestanden habe. Ihr Einfluß auf Bundesebene tendiere gegen Null. Der von der Bonner Koalition entfachte Flächenbrand sei außer Kontrolle geraten. Die CDU habe den Tarifbruch herbeigeführt. Die Lohnfortzahlung sei das Symbol für unseren Sozialstaat.

Hermann-Josef Arentz (CDU) hielt das Thema für überholt, da IG Metall und Gesamtmetall sich auf Verhandlungen verständigt hätten. Die CDU sei dankbar, daß die Vernunft in der Metallindustrie gesiegt habe. Die Eskalation sei durch die Verbandsführung von Gesamtmetall verursacht worden. Die Bonner Koalition habe nicht in Tarifverträge eingreifen wollen. Nicht das geänderte Gesetz gefährde den sozialen Frieden, sondern seine mißbräuchliche Nutzung durch einige Arbeitgeber. Die SPD wolle daraus Stimmung gegen geltendes Recht machen. Das sei genauso schlimm. Die CDU-Landtagsfraktion sei wie die CDA gegen die Änderung gewesen. Wer jetzt einen heißen Herbst herbeiwünsche, handele unverantwortlich und gefährde neue Arbeitsplätze. Wege zur Senkung des Krankenstandes müßten gesucht werden, das bleibe notwendig.

Daniel Kreutz (GRÜNE) sah in der Kürzung der gesetzlichen Lohnfortzahlung den Frontalangriff auf Tarifverträge. Die namhaftesten Konzerne der deutschen Metallindustrie kalkulierten kühl die Er-

Sozialer Frieden als Standortvorteil

pressung der Gewerkschaften am Verhandlungstisch als billigere Lösung. Die massive Reaktion der Metaller habe sie zum Einlenken gezwungen. Nach einer Kampagne gegen Blaumacher richte sich die Kürzung jetzt gegen die tatsächlich Kranken. Kapitalismus pur solle exekutiert und die Errungenschaft des längsten Arbeitskampfes zunichte gemacht werden. Jetzt dürfe kein gewerkschaftliches Kampfmittel mehr tabu sein.

Arbeitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) stellte fest, eine verhängnisvolle Politik sei durch zehntausendfachen Widerstand gestoppt worden. Solidarität sei noch kein Ladenaufhänger. Der Ellbogengesellschaft sei eine Abfuhr erteilt worden, in der sich die Starken durchsetzten und die Kranken ihrem Schicksal überlassen blieben. Die Mobilisierung der Kanzlermehrheit für das Sparpaket sei eine Aufforderung an die Arbeitgeber gewesen, ebenfalls die Machtfrage zu stellen. Das habe nachhaltigen Flurschaden angerichtet. Arbeitnehmerfamilien mit zwei Kindern müßten im Krankheitsfall bereits Sozialhilfe erhalten. Hart treffe es auch Frauen. Kaltschnäuzigkeit und Zynismus seien kaum zu überbieten.

Laurenz Meyer (CDU) hielt die Rede des Abgeordneten Kreutz für alte Schule aus Ostberlin. Bei diesen Stamokap-Theorien zeige sich, daß die GRÜNEN auch mit der PDS zusammengehen würden. Die SPD solle sich von solchen marxistischen Parolen distanzieren. Deutschland sei keine Insel, seine Arbeitsplätze dürften nicht der größte Exportschlager werden. Der Bürger sehe unpopuläre Lösungen ein. Die CDU wolle, daß strittige Tarifverträge in Verhandlungen geändert würden. 1957 habe man sich nach 16 Wochen Streik auf 90prozentige Lohnfortzahlung des Nettolohns und bei Kurzerkrankungen zwei Karenztage geeinigt. Damals habe es 20 Urlaubstage gegeben. Wenn jetzt der 20-prozentige Entgeltausfall durch Urlaubstage ersetzt werden könne, falle niemand ins Elend. Der soziale Frieden sei ein Standortvorteil.

Horst Vöge (SPD) warf der CDU Rückzug und der Bundesregierung Brandstiftung vor. Nach mehr als 100 gesetzlichen Einschnitten gebe es nicht weniger, sondern mehr Arbeitslosigkeit. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gehöre zu den wichtigsten Eckpunkten. Wenn Erpressermethoden sich nicht durchgesetzt hätten und das als Zeichen für Konsens gesehen werde, sei etwas gewonnen.

Marianne Hürten (GRÜNE) trug vor, bei einer alleinerziehenden Floristin bedeute die Kürzung 600 Mark Einkommensverlust. Selbst der hochgelobte Schutz des werdenden Lebens sei der CDU keine Ausnahme wert gewesen. Rund die Hälfte der Ausfalltage wegen Krankheit betreffe Langzeitkranke. Gerade 3,2 Prozent betrage der Anteil der Lohnfortzahlung an den Arbeitskosten. Für minimale Einsparung werde der soziale Frieden aufs Spiel gesetzt. Bei faulen Kompromissen werde sich die gewaltige Frustration und Wut der Beschäftigten in Motivationsverlust niederschlagen, der in keinem Verhältnis zur Einsparung stehe.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hielt die hohen Lohnzusatzkosten für den dramatischsten Punkt für den Standort Deutschland. Schlimmster Konstruktionsfehler seien die versicherungsfremden Leistungen im System, die endlich beseitigt werden müßten. Nach den drei Landtagswahlen habe es einen rapiden Kurswechsel vom Bündnis für Arbeit zum Bruch von Zusagen gegeben. Die Kosten des Konflikts seien schlimmer als Einsparungen. Durch Spitzengespräche solle zurück zur Vernunft von Lösungen der Tarifparteien gefunden werden.

Werner Bischoff (SPD) sah in den Betrieben durch Wegnahme sozialer Leistungen das Klima angeheizt. Die Gewerkschaften seien zur Senkung von Lohnnebenkosten bereit. Kahlschlagpolitik sei jedoch sehr gefährlich. Die Gestaltungskraft der Gewerkschaften dürfe nicht durch Reparaturregelungen für früher garantierte Sozialleistungen in Frage gestellt werden.



Gewerkschaftliche Gestaltungskraft beschworen die Redner der SPD, während die CDU marxistische Parolen bei Rednern der GRÜNEN hörte, v.l. Klaus Matthiesen (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU), Daniel Kreutz (GRÜNE), Arbeitsminister Dr. Axel Horstmann (SPD).
Fotos: Schälte

Harte Kontroverse um Rückkehr bosnischer Flüchtlinge in ihre Heimat

In einer streckenweise erregt geführten Aktuellen Stunde hat sich der Landtag auf Antrag der CDU-Fraktion am 9. Oktober mit der Rückführung von bosnischen Flüchtlingen befaßt. Die Regierung machte dabei deutlich, daß sie ab 1. April 1997 notfalls mit der zwangsweisen Rückführung von Bosniern beginnen will, die vor dem Bürgerkrieg in ihrem Land nach Nordrhein-Westfalen geflohen sind.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, warf dem Innenminister vor, nach früherer „wilder Entschlossenheit“ zur Abschiebung habe er sich nun, da ein Termin sich konkretisiert habe, auf die Seite der Bedenkenräger geschlagen und den Aufenthalt der Flüchtlinge auf den 1. April kommenden Jahres verlängert. „Wider besseres Wissen und Willen, Herr Innenminister, haben Sie in den vergangenen Monaten hier in Sachen Rückführung die Rolle des starken Mannes gespielt. Der Öffentlichkeit so ein Theater vorzuspielen, ist schon schlimm. Aber Ihre dahinterstehende Absicht, die Flüchtlinge in Wirklichkeit so lange wie möglich hierzubehalten, ist auch in der Sache falsch und zudem brisant“, hielt Linssen Kniola vor. Für die 320 000 bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge habe der Steuerzahler bisher fast 18 Milliarden Mark aufgebracht, das geschehe klaglos und zeige die große Hilfsbereitschaft und Gastfreundschaft der Deutschen: „Aber das Gastrecht ist nun mal ein Recht auf Zeit, und als Gast strapaziert man die Gastfreundschaft nicht mehr als nötig“, stellte er fest und verwies auf die Vielzahl sicherer Gebiete, in die die Flüchtlinge heimkehren könnten. Wer in Bosnien schon hart am Wiederaufbau arbeite, der könne nicht verstehen, „daß Landsleute hier über den menschenunwürdigen Aufenthalt im Heimatland klagen, sich gleichzeitig aber für ein weiteres halbes Jahr — ich sage einmal — zurücklehnen wollen und sich ihrer Aufbauaufgabe in ihrer Heimat entziehen“. Bei unterschiedlicher Vorgehensweise der Länder bestehe die Gefahr von Wanderungsbewegungen der Flüchtlinge innerhalb Deutschlands.

Edgar Moron (SPD) reagierte darauf mit den Worten: „Sie sind wieder einmal in die Rolle desjenigen gefallen, der versucht, auseinanderzutreiben, Menschen gegeneinander aufzubringen, Gruppen gegeneinander auszuspielen, statt zusammenzuführen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.“ Man sei sich einig gewesen, daß erst die Voraussetzungen für die Rückkehr gegeben sein müßten und daß dann,

„Die Menschen werden dort zum Aufbau gebraucht“

wenn die freiwillige Rückkehr dazu führt, daß nicht alle zurückgehen, auch eine nicht freiwillige Rückkehr möglich sein müsse. NRW habe in der Bundesrepublik mit etwa 70 000 die meisten Flüchtlinge aufgenommen, man könne stolz darauf sein, daß das Land, seine Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger so stark geholfen haben. Und jetzt werde versucht, den Menschen ein schlechtes Image anzuhängen, die hier Obdach gefunden hätten. Das sei nicht in Ordnung und auch ein bißchen schäbig und verwerflich, betonte Moron.

Jamal Karsli (GRÜNE) sagte, der Innenminister des Landes habe die volle Unterstützung seiner Fraktion, wenn er alle Abschiebungspläne bis zum 1. April nächsten Jahres ausgesetzt habe. Es wäre bedauerlich, wenn die Bundesrepublik die internationale Anerkennung, die sie durch die großzügige Aufnahme bosnischer Flüchtlinge erworben habe, durch übereilte Aktionen wieder zerstörte. Die CDU im Lande versuche, Stimmung gegen eine in Unsicherheit lebende Bevölkerungsgruppe zu schüren, da werde man nicht mitspielen.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) wies die Unterstellung zurück, er und die Landesregierung hätten ein Interesse daran, die Flüchtlinge möglichst lange hier zu halten: Bürgerkriegsflüchtlinge seien Gäste auf Zeit. Er machte auf die Kompetenz des Bundes im Ausländerrecht aufmerksam; es sei der Bundesinnenminister gewesen, der den Termin 1. Juli 1996 aufgehoben habe. Die Landesregierung sei keinesfalls untätig gewesen, wie die Opposition das behauptete, sie habe die Vorbereitung zur gestaffelten Rückkehr getroffen; zudem habe der Bundesinnenminister ausdrücklich gebilligt, „daß es eine Differenzierung des Rückführungsbeginns nach Ländern gibt“. Binnenwanderungen seien völlig ausgeschlossen, denn der betreffende Flüchtling verliere seine ausländerrechtlichen Duldungen. Zudem fehlten vor Ort noch die Voraussetzungen, etwa ein Rück-

führungsabkommen mit Bosnien. Auch hierzulande müßten entsprechende Kapazitäten geschaffen werden: „Ich kann doch nicht die Menschen mit dem Fallschirm aus dem Flugzeug abwerfen.“

Heinz Paus (CDU) betonte, es müsse jetzt konsequent mit der Rückführung begonnen werden. „Wir wollen keine neuen Fristen, denen immer neue Fristen folgen, sondern mit der Rückführung mit einem Teil der Flüchtlinge in einen Teil der Gebiete anfangen.“ Das müsse klargemacht werden, damit sich die Bürgerkriegsflüchtlinge auf die Rückkehr vorbereiteten.

Stefan Frechen (SPD) erklärte, es könne überhaupt nicht darum gehen, die bosnischen Flüchtlinge auf Dauer hier zu halten, „sondern wir müssen sie in Würde und unter menschenwürdigen Umständen in ihre Heimatländer zurückkehren lassen. Und diese Möglichkeiten sind zur Zeit nur in sehr eingeschränktem Umfang gegeben“.

Heinrich Meyers (CDU), der sich als Kronzeuge einer anderen Einstellung in der CDU angeführt sah, die von der Haltung seiner Fraktionskollegen in der Aktuellen Stunde abweiche, meinte, nach dem Datum des 4. September, bis zu dem große Übereinstimmung geherrscht habe, habe sich etwas geändert: Der Minister halte sich nicht mehr an das, was er vorher verkündet habe — ob er vor dem Begehren des grünen Koalitionspartners „zusammengebrochen“ sei?

Roland Appel (GRÜNE) bezeichnete die Reden der CDU als „christlich verbrämte Heuchelei“. Hier würden Kriegsoffer zu „Geiseln“ einer üblen Polemik genommen, die den Eindruck erwecken wolle, Ausländer und vor allem Flüchtlinge müßten raus aus Deutschland.

Minister Franz-Josef Kniola (SPD) qualifizierte die Erwartung, ab 1. Oktober könne tatsächlich in großer Zahl abgeschoben als „Popanz“, der den nötigen Verwaltungsvorlauf völlig unberücksichtigt lasse.

Dr. Helmut Linssen (CDU) machte die Koalition „mit einem ganz schwierigen Partner“ dafür verantwortlich, daß die Zusagen vom 4. September nicht eingehalten würden. Die Menschen würden zum Aufbau in ihrer Heimat gebraucht. Wenn der grüne Abgeordnete von einer „Atempause“ bis zum 1. April kommenden Jahres spreche, dann sei genau das der Dissens. Die GRÜNEN wollten das ganze Elend dieser Welt von deutschen Sozialkassen abwickeln — „das ist nicht unsere Haltung“.

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, erklärte, der Innenminister habe mit seinen Aussagen die volle Rückendeckung der SPD-Fraktion. Bis zum 1. April werde nach dem Prinzip der freiwilligen Rückkehr verfahren, danach werde „mit aller Konsequenz unter Würdigung der rechtlichen Grundlagen auch mit der zwangsweisen Rückführung aus Nordrhein-Westfalen heraus begonnen“. Da suggeriere das Wort „Atempause“ einen falschen Tatbestand, betonte er: „Es wird, was die zwangsweise Rückführung betrifft, ab 1. April nächsten Jahres keine Atempause geben.“

Meinungsunterschiede in Sachen Rückführung von bosnischen Flüchtlingen (v.l.): Dr. Helmut Linssen (CDU), Edgar Moron (SPD), Jamal Karsli (GRÜNE) und Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD).
Fotos: Schälte



Nach erster Lesung Zustimmung zum Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Sichere Planungsgrundlage für nächste Gebührenperiode

Der Landtag hat nach erster Lesung einstimmig den Dritten Rundfunkänderungsstaatsvertrag an den Hauptausschuß überwiesen. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sagte zu den Verhandlungen auf Länderebene, das Ergebnis sei mit Erleichterung aufgenommen worden, weil sich die Länder im Kompromißwege auf neue Regeln für das Fernsehen in Deutschland verständigt hätten. Oppositionssprecherin Ruth Hieronymi begrüßte den Staatsvertrag, hielt es indessen für unbefriedigend, daß es für das Parlament nur ein Ja oder Nein, aber keine differenzierte Beschlußfassung bei Staatsverträgen gebe.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) gab unumwunden zu, dieser Rundfunkstaatsvertrag trage Kompromißcharakter. Zu weit hätten die unterschiedlichen Positionen auseinander gelegen. Aber der erzielte Kompromiß sei tragfähig und vernünftig. Mit den Neuregelungen erfülle man die Forderungen eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1994. Das Verfassungsgericht habe damals gerügt, daß das bisherige Gebührenfestsetzungsverfahren zu politikhah sei und zuviel Raum für politische Einflußnahme lasse. Durch Gesetz müsse ein gestuftes und kooperatives Verfahren eingeführt werden. Diesem Urteil trage der Vertrag Rechnung, indem er eine gesetzliche Grundlage für das Verfahren der Gebührenfestsetzung und für die Aufgaben, Befugnisse und Zusammensetzung der aus sechzehn unabhängigen Sachverständigen bestehenden KEF einführe, indem er die Pflichten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter beschreibe und indem er schließlich eine Kooperationspflicht zwischen den Akteuren auf den verschiedenen Stufen der Gebührenfestsetzung normiere. Der Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag sehe auf der Grundlage des zehnten KEF-Berichtes auch eine Erhöhung der Rundfunkgebühr zum 1. Januar 1997 um 4,45 Mark auf 28,25 Mark vor. Diese Gebührenerhöhung sei notwendig. Sie gebe dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk eine sichere finanzielle Planungsgrundlage für die nächste Gebührenperiode, die am 31. Dezember des Jahres 2000 ende. Der Ministerpräsident fuhr fort, eine wichtige Neuregelung ermächtige ARD und ZDF, zwei zusätzliche Fernsehspartenprogramme über Satellit zu veranstalten. Die Versuche einiger privater Veranstalter, mit Auftragsgutachten nachzuweisen, daß es der ARD und dem ZDF verfassungsrechtlich verwehrt wäre, Spartenprogramme zu veranstalten, seien nach seiner Überzeugung zum Scheitern verurteilt. Rau begrüßte ferner den Europäischen Ereignis- und Dokumentationskanal, der seinen endgültigen Standort in Bonn nehmen wolle.

Marc Jan Eumann (SPD) schnürte Pakete. Zum ersten Paket, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, führte er aus, insgesamt sichere der Dritte Rundfunkänderungsstaatsvertrag ARD und ZDF den Weg ins neue Jahrtausend. Für die SPD sei der öffentlich-rechtliche Rundfunk unverzichtbar. Ohne eine umfassende Bestands- und Entwicklungsgarantie könne es in der Bundesrepu-



Auf einen Kompromiß geeinigt: v. l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), Marc Jan Eumann (SPD), stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi (CDU), Fraktionssprecher Roland Appel (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).
Fotos: Schälte

blik keinen Medienpluralismus geben. Zum unverzichtbaren Bestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gehöre das ARD-Gemeinschaftsprogramm, gehörten die Dritten Fernsehprogramme, die neuen Spartenprogramme, das ZDF, 3sat, ARTE, das Deutschlandradio sowie ein vielfältiges Hörfunkangebot der Landesrundfunkanstalten. Unter dem Begriff „Grundversorgung“ sah Eumann eine Vollversorgung, nicht etwa nur eine Mindestreserve. Zum zweiten Paket, den Regelungen im privaten Rundfunk, führte er aus, sie räumten den Medienkonzernen große Handlungsfreiheit ein. Sie seien zugleich ein großer Vertrauensbeweis. Ein Prozeß habe sich abgezeichnet: Weltweit fänden unter Einsatz von zahllosen Milliarden Mark und Dollar bislang ungeahnte Konzentrationsprozesse statt. Daraus ergäben sich Gefahren für die Meinungsvielfalt. Der Abgeordnete wies darauf hin, es bleibe Regelungsbedarf. Man brauche Regelungen für den diskriminierungsfreien und chancengleichen Zugang der Veranstalter zu den Nutzern. Man brauche Ausfallrechte des Nutzers. Man brauche die Überwachung der Preisgestaltung und man brauche Navigationssysteme, die Anbietern wie Nutzern wirklich helfen. Die Debatte über die Übertragungsrechte für sportliche Großereignisse habe hier eine Vorreiterfunktion.

Ruth Hieronymi (CDU) unterstrich, insgesamt sei dieser Staatsvertrag besonders dringlich gewesen, weil zentrale Fragen der Medienpolitik im Lande seit Jahren nicht geklärt gewesen seien und damit die Zukunft des Medienstandortes Deutschland ernsthaft gefährdet gewesen sei. Dies gelte für die drei Problembereiche Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Wettbewerbsfähigkeit des privaten Fernsehens in Deutschland, Klärung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern für die neuen Mediendienste. In all diesen wichtigen Fragen habe die SPD über Jahre hinweg notwendige Änderungen blockiert: durch ihr Nein zur Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, durch ihr Nein zur grundlegenden Änderung des Konzentrationsrechts beim privaten Fernsehen und schließlich durch ihr Nein zur schnellen, wirksamen und möglichst wenig komplizierten Regelung der Öffnung der Märkte für neue Mediendienste. Zu den Vorschriften für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk sagte Frau Hieronymi, die CDU begrüße, daß sich außer Hessen alle Länder selbst zur Strukturreform bei den ARD-Anstalten verabredet

hätten. Die finanziellen Voraussetzungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk seien gut. Zehn Milliarden Mark Gebühreneinnahmen pro Jahr seien in der Tat eine Grundlage, auf der sich qualitätsvolles und wettbewerbsfähiges Fernsehen gestalten lasse.

Roland Appel (GRÜNE) erklärte, er habe bei der CDU in der Vergangenheit eher herausgehört, daß sie auf der einen Seite Strukturreform der ARD sage, in Wirklichkeit aber Zerschlagung von einzelnen Einheiten oder auch von politisch nicht so besonders freundlich eingeschätzten Sendern meinte. Deswegen habe die CDU ja auch am Anfang, als es um die Herstellung des sogenannten dualen Rundfunksystems gegangen sei, kein Hehl daraus gemacht, daß sie sich von den Privatsendern versprochen habe, daß sie ein bißchen konservativer berichteten. Die CDU sei dann ganz erstaunt gewesen, daß das inhaltlich nicht passiert sei, und habe später hier und anderswo Krokodilstränen darüber geweint, daß es die Vielfalt, die sie gemeint habe, so eigentlich nicht gebe. Appel hielt der CDU entgegen, es habe, seit es den Privatsender gebe, seit es SAT 1, Pro 7, Kabel 1 und andere Sender gebe, in diesem Land noch nie so viele Wiederholungen im Fernsehen gegeben. „Das ist so, weil der Kirch die von ihm gekauften alten amerikanischen Filme immer wieder abspielen läßt“, folgerte der Abgeordnete.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) unterstellte, daß alle wüßten, daß die Beteiligung des Parlamentes am Zustandekommen solcher Staatsverträge unbefriedigend sei. Man habe versucht, das Parlament permanent auf dem laufenden zu halten und damit dieser Schwäche abzuwehren. Der Minister rief in Erinnerung, mit diesem Staatsvertrag sei es gelungen, die notwendige Parallellität oder den Dualismus von Öffentlich-Rechtlichen und Privaten zu erhalten und zu sichern. Man sei aber keinesfalls am Ende. Man habe beispielsweise ausdrücklich vorgesehen, daß über die Frage des Pay-TV durch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk weiterhin gesprochen werden müsse. Die Entwicklungschance des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müsse jedenfalls unter allen Aspekten erhalten werden. Clement betonte die erhebliche Leistung des Westdeutschen Rundfunks für das Land Nordrhein-Westfalen als der vielleicht wichtigste kulturelle Faktor dieses Landes. Die Gebührenzahler zahlten tatsächlich für einen sehr lebendigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk.



Der SPD-Abgeordnete und Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger (r.) ist mit dem Großen Bundesverdienstkreuz mit Stern ausgezeichnet worden. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden und würdigte Burgers Einsatz für Staat und Gesellschaft. „Oberbürgermeister der größten Stadt über eine so lange Zeit zu sein, als Landespolitiker zu wirken und die Kommunen bundesweit zu vertreten, das ist wahrlich eine Leistung, die hohe Anerkennung verdient“, sagte der Ministerpräsident. Norbert Burger ist auch im Deutschen Städtetag führend tätig. Rau hob ferner das Eintreten Burgers für Kunst, Kultur und Brauchtum hervor. So sei er Gründungsmitglied des Fördervereins romanischer Kirchen und habe maßgeblich dazu beigetragen, den „Deutschen Kamerapreis Köln“ ins Leben zu rufen. Darüber hinaus engagiere sich Norbert Burger seit Jahrzehnten im sozialen und karitativen Bereich. 1996 wurde der Politiker Burger durch Beschluß des Landtags zum Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas im Europarat benannt.

Foto: Nagel

Ausbildungskonsens

Lebensperspektive junger Menschen steht im Vordergrund

SPD-Fraktionsvorsitzender Klaus Matthiesen bat bei der Aussprache über den CDU-Antrag, den Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen umzusetzen, darum, ideologische Grabenkämpfe und Grundsatzstreits zu beenden. Bei der Debatte waren Differenzen innerhalb der Regierungskoalition deutlich geworden. Die CDU machte sich Sorgen, daß in Bereichen der Bundes-SPD anders gedacht werde, als im Konsens festgezurrt sei.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagte, die Ausbildungsplatzabgabe, so, wie sie den GRÜNEN und Teilen der SPD vorschwebt, die Umlagefinanzierung auf Kammerebene, sei mit diesem Ausbildungskonsens vom Tisch. Die CDU wäre sehr dankbar, wenn die SPD noch einmal klarstellen würde und damit einer Forderung der Kammern nachkäme, daß zum Beispiel die Initiative der Bundes-SPD nicht gelte. Denn dort werde an einem Finanzausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben festgehalten.

Bodo Hombach (SPD) dankte der nordrhein-westfälischen SPD, deren Landesvorstand und alle vier Bezirksvorstände diesen Ausbildungskonsens einstimmig angenommen hätten: Hombach bekräftigte: „Sie haben auch beschlossen, in den Bonner Gremien dafür zu kämpfen, daß wir in Nordrhein-Westfalen

unseren Weg mit voller Zustimmung und Unterstützung der Bundesgremien gehen können.“

Daniel Kreutz (GRÜNE) betonte, der Ausbildungskonsens sei von Politikern der SPD herbeigeführt worden. Seine Fraktion sei vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Nach Prüfung der Vereinbarung sei man zu der Auffassung gelangt, daß mit diesem Konsens keineswegs das Recht junger Menschen auf Berufsausbildung gesichert werde. Vielmehr gewinne man den Eindruck, daß die SPD hier Arbeitgeberforderungen zum Durchbruch ver helfe.

Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) machte „aus seinem Herzen keine Mördergrube“, als er feststellte, eine solche Diskussion, wie sie hier stattgefunden habe, von zwei Seiten, in diesem Falle „von Herrn Dr. Linssen wie von Herrn Kreutz“, sei so schrecklich strategisch, daß man sich frage: Was mögen wohl junge Leute denken, die

sich eine solche Zusammenführung anhören sollen? Dabei gehe es um nichts anderes, als schlicht und ergreifend Ausbildungsplätze zu besorgen.

Brigitte Schumann (GRÜNE) meinte, die SPD sei leider Gottes anfällig geworden für die Dauerparolen, mit der die Wirtschaft die Standortdebatte in alle gesellschaftlichen Bereiche hineintrage. Richtig sei: Im Ausbildungskonsens seien Dämme gebrochen.

Manfred Degen (SPD) vertrat die Ansicht, wer die Vereinbarung werte, der müsse feststellen, daß die Bildungspolitik gegenüber der Wirtschaft nicht eingeknickt sei, sondern daß man in diesen Konsens Dinge habe hineinschreiben können, „die uns auch auf lange Frist großen Handlungsspielraum geben“.

Schulministerin Gabriele Behler (CDU) sagte, in dem Konsens werde deutlich, daß der Umfang des Berufsschulunterrichts von keinem der Partner in Frage gestellt werde. Sie würde sich freuen, wenn sie dazu auch von der Bundes-CDU verbindliche Aussagen bekäme. Zur Verbesserung der Ausbildungszeiten im Betrieb fügte sie an, eine vernünftige und auf die Region und die Bedürfnisse aller Betroffenen abgestimmte Organisation vor Ort liege gerade auch im Interesse der Auszubildenden.

Laurenz Meyer (CDU) sagte zu den Kernpunkten: „Es soll keine Abgabelösung geben. Das unterstützen wir nachdrücklich.“ Zum Thema „Berufsschule“ merkte er an: „Hier werden die rot-grünen Papiere in den Orkus gesteckt und durch eine gemeinsame Vereinbarung mit der Wirtschaft ersetzt.“

Gisela Nacken (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte, der Lösungsvorschlag der GRÜNEN sei nicht vom Tisch. Denn die Umlagefinanzierung sei nichts, was fahrlässig entstanden sei. Frau Nacken betonte: „Nein, die Frage der Ausbildungsplätze ist ein uns seit Jahren, und zwar in zunehmendem Maße, beschäftigendes Problem.“

Klaus Matthiesen, SPD-Fraktionsvorsitzender, bekräftigte, es gehe im Ziel darum, „daß wir kurzfristig, das heißt im Jahre 1996, durch eine große gemeinsame Kraftanstrengung jungen Menschen, die ausgebildet werden sollen, eine Ausbildungsmöglichkeit geben. Das, was wir in Nordrhein-Westfalen modellhaft mit Wirkung über unser Land hinaus betreiben, ist bisher einmalig in Deutschland“. Der Fraktionschef bat ferner darum, daß Schluß gemacht werde, wenn man sich um junge Menschen bemühe, „mit diesen elenden ideologischen Grabenkämpfen und diesen jahrelangen Grundsatzstreits“.



Ausbildungskonsens und die Zukunft junger Leute: v. l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Bodo Hombach (SPD), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Gabriele Behler (SPD).
Fotos: Schälte

Projekt „Kulturhauptstadt Europas“ hat in Kopenhagen große Wirkung entfaltet

In der dänischen Metropole Kopenhagen, der Kulturhauptstadt Europas '96, hat sich eine Kommission des Kulturausschusses unter Leitung seines Vorsitzenden Leonhard Kuckart (CDU) vor allem über die mit der Ausrichtung und Finanzierung des Kulturhauptstadtprojekts gemachten Erfahrungen informiert. Die bei dieser Reise gewonnenen Erkenntnisse sind für die nordrhein-westfälischen Parlamentarier vor dem Hintergrund der im Landtag gemeinsam entwickelten „Initiative Kulturregionen Europas“ zur Bewerbung aus Nordrhein-Westfalen um die Auszeichnung „Kulturregion Europas“ oder „Kulturhauptstadt Europas“ ab dem Jahre 2001 von Bedeutung (Drs. 12/1075 - Neudruck).

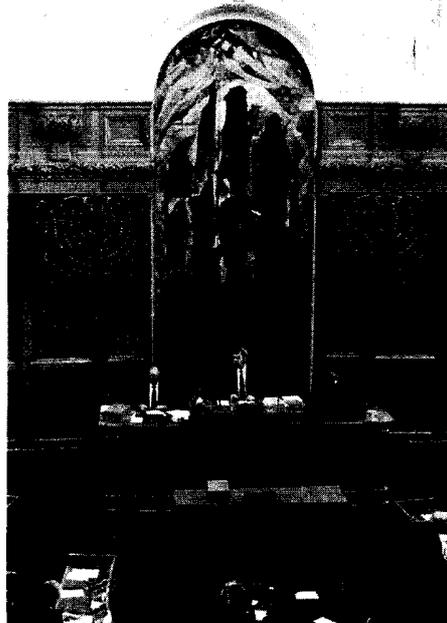
Kopenhagen ist die zwölfte europäische Stadt, die mit dem Titel „Kulturhauptstadt Europas“ geehrt wird. Dieses Konzept wurde 1985 in und mit Athen ins Leben gerufen; es folgten Florenz 1986, Amsterdam 1987, Berlin 1988, Paris 1989, Glasgow 1990, Dublin 1991, Madrid 1992, Antwerpen 1993, Lissabon 1994 sowie Luxemburg 1995. Als diesjährige Kulturhauptstadt Europas richtet Kopenhagen das größte kulturelle Projekt in der Geschichte Dänemarks aus. Eine Besonderheit im Kopenhagener Konzept liegt in der bewußten Einbindung des regionalen Umfelds. So haben nicht nur die Stadt Kopenhagen, sondern auch 42 (von insgesamt 273) Gemeinden und fünf (der insgesamt 14) Regionalbehörden/Ämter sowie das dänische Kulturministerium und etliche private Stiftungen und Firmen das Projekt unterstützt. Das anspruchsvolle und vielfältige Programm, das im Laufe einer vierjährigen Zeitspanne im Zusammenspiel der Beteiligten entwickelt wurde, umfaßt die beachtliche Zahl von rund 600 Projekten. Neben kulturellen Bauvorhaben, Umweltinitiativen, architektonischen und städtebaulichen Projekten beinhaltet es ein immenses Kunstprogramm, das Gebiete und Gattungen wie Kunsthandwerk, Design, bildende Kunst, Literatur, Fotografie und Film, Theater, Musik, Oper und Ballett jeweils mit internationaler Beteiligung abdeckt.

Wie der nordrhein-westfälische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), bereits erklärt hat, ist Nordrhein-Westfalen im Kulturhauptstadtprogramm Kopenhagen so stark vertreten wie sonst keine andere europäische Region; dabei wurde nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Spitzenstellung der Kunstszene Nordrhein-Westfalen hervorgehoben. So sind Künstlerinnen und Künstler wie Pina Bausch, Karlheinz Stockhausen, Roberto Ciulli, Klaus Schönig und Nam June Paik beteiligt.

Zur Vorbereitung und Durchführung des ganzjährigen Kulturprojekts wurde eine gemeinnützige, eigenständige Stiftung „Kopenhagen 96“ gegründet, der Politiker aus der Stadt und den beteiligten Ämtern angehören. Der Generalsekretär von Kopenhagen 96, Trevor Davies, bezifferte im Gespräch mit den Gästen aus NRW den für das Kulturhauptstadtprogramm zur Verfügung stehenden Haushalt auf rund 250 Millionen Mark. Der von der EU für die Ausrichtung des Kulturhauptstadtprogramms gewährte Unterstützungsbeitrag von 200 000 ECU habe eher symbolischen Charakter. Obwohl Kultursponsoring der Wirtschaft für Dänemark noch völlig untypisch sei, sei es gelungen, 200 Firmen zu beteiligen, die Geld-, Service- oder Sachleistungen erbracht haben. An direkten Finanzbeiträgen hätten die Firmen 150 Millionen Dänische Kronen, das sind gut 40 Millionen Mark, beigesteuert.

ert. Dies sei die höchste Summe, die der Kultur in Dänemark jemals aus der Wirtschaft zugeflossen sei. Bisher sei, so Davies, das Verhältnis der Wirtschaft zur Kultur in Dänemark traditionell nicht gut entwickelt. Der kulturelle Bereich sei vielmehr immer als ein Anliegen der öffentlichen Hand verstanden worden.

Nach Auffassung des Generalsekretärs kann es für ein Kulturhauptstadtprojekt, das grundsätzlich individuell zu entwickeln sei, kein bestimmtes Modell geben. Auch komme es, wie sich an den Beispielen Paris und Berlin gezeigt habe, nicht nur auf die



Aus einem tausendjährigen Eichenstamm ist das Podium des dänischen Folketings gefertigt. Der Wandteppich hinter dem Präsidium trägt den Titel „Wie eine reiselustige Flotte“. Rechts und links davon die Tafeln, auf denen die Abstimmungsergebnisse angezeigt werden. Beides, Podium und Teppich, ist von dänischen Künstlerinnen hergestellt worden.

Auswahl einer richtigen Stadt, sondern auch auf das richtige Jahr an. Eine ausreichende Vorlauf- und Planungszeit (Kopenhagen hat 1991 mit der Organisation begonnen) sei unerlässlich. Noch bedeutender als eine gute, aber vielleicht zu spät bekannte Finanzausstattung sei die frühzeitige Klarheit über den zur Verfügung stehenden Haushalt, den man möglichst schon zwei bis drei Jahre vor dem Ereignis kennen sollte. Kopenhagen habe keine, lediglich auf die Stadt zugeschnittene Entwicklung mit Festival-Charakter gewollt, sondern sich für einen integrierten Prozeß „von unten“ entschieden, der sich auch nicht nur auf das Ausrichtungsjahr beschränken sollte. Auch

für die Zukunft sollte eine Plattform geschaffen werden. Den Begriff der Kultur habe Kopenhagen nicht nur mit Kunst gleichgesetzt, sondern ihn auf eine sehr viel breitere Grundlage gestellt. Für die Dauer des Kulturjahres 1996 wurden drei Zeitregionen festgelegt, die ihre Programme nach verschiedenen thematischen Konzeptionen ausgerichtet haben. So waren Schwerpunkt des ersten Teils, der Frühjahrssaison, Programme zur historischen Stadt und Reflexionen über Musik, Film und Design des 20. Jahrhunderts. Im zweiten Teil, der Sommersaison, stand ein Programm mit internationalen Festivals, globalen Ausstellungen und Nord-Süd-Dialogen auf der Tagesordnung. Der dritte Teil, das Herbstprogramm, ist mit Medienprojekten, Art-Technologieinitiativen, zeitgenössischer Musik, experimentellem Theater und Kinder- und Jugendprogrammen auf die Zukunft ausgerichtet.

Vor der Konzeptentwicklung seien, so Davies, 30 Arbeitstagungen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen mit den verschiedensten Interessengruppen durchgeführt worden. Danach sei ein entsprechendes Weißbuch als Entscheidungsgrundlage für die Politik ausgearbeitet worden. Bis zur Umsetzung seien Hunderte von Gesprächen geführt worden. Von über 4 000 in den eingesetzten Gremien entwickelten Vorschlägen seien schließlich rund 600 Projekte ausgewählt worden. Kommunale Förderzusagen seien von seiten des Staates in der Regel mit Mittelbereitstellungen in doppelter Höhe unterstützt worden, wie dies im übrigen auch mit anderen regionalen und örtlichen Projekten häufige Praxis ist. Zum Gelingen der Planung und Durchführung des Großereignisses beigetragen habe auch, daß die Umwelt von vornherein eingebunden gewesen sei und von Anfang an ein großes Interesse in der Öffentlichkeit bestanden habe.

Die bisherige Bilanz der Veranstaltung sei als durchaus erfolgreich zu werten. Das Kulturhauptstadtprojekt habe zur Einleitung von 50 neuen Infrastrukturmaßnahmen beigetragen. Von den geplanten Veranstaltungen, zu denen sich acht Millionen Besucher eingefunden hätten, seien 99 Prozent umgesetzt worden. Es seien neue Arbeitsplätze entstanden, und der Fremdenverkehr habe erhebliche Zuwächse erhalten. Zu den Auswirkungen im einzelnen werde zur Zeit noch eine wissenschaftliche Untersuchung durchgeführt.

Für das Sekretariat Kopenhagen 96, das sich auf eine große Organisation mit zeitweise 200 überwiegend befristet eingestellten Mitarbeitern und auf eine gute Finanzausstattung stützen konnte, stellte sich nun die Frage, wie es im nächsten Jahr weitergeht. Wichtig sei es nun sicherzustellen, daß man nicht in ein Vakuum komme und daß das Erreichte weiter aufgebaut und fortentwickelt werde, zumal eine Weiterentwicklung sich nicht automatisch einstelle. Die erfolgreiche Beteiligung von Künstlern aus anderen Ländern sei zur integrativen Einbindung in das Kopenhagener Programm und nicht zur Präsentation der Länder gedacht gewesen. Im Vordergrund habe nicht die nationale Identität, sondern vor allem der Europa-Gedanke und die praktische Zusammenarbeit mit anderen Städten gestanden. Die Zusammenarbeit mit dem deutschen Goethe-Institut in Kopenhagen (mit dessen Leiter, Dr. Schmelter, die Landtagsdelegation ebenfalls zusammentraf) wurde als außerordentlich positiv bezeichnet.

(Fortsetzung Seite 22)

Höhepunkt der Gala: Heino und Ulrich Schmidt singen im Duo „Einer von uns“

Musik „regierte“ beim Geburtstagsfest des Landtags

Unter dem Motto „Heut regiert die Musik“ feierten am Abend des 1. Oktober rund 2500 Politiker, Prominente sowie Bürgerinnen und Bürger aus Nordrhein-Westfalen den 50. Geburtstag des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die bürgernahe Gala zum Geburtstag des Parlaments in allen Räumen der Düsseldorfer Rheinterrassen dauerte über fünf Stunden, zeichnete sich durch ein buntes Musikprogramm aus und endete mit einem Feuerwerk, dem letztlich auch der Dauerregen nichts anhaben konnte. Höhepunkt des Abends aber war ohne Zweifel der Auftritt von Landtagspräsident Ulrich Schmidt zusammen mit dem Barden Heino. „Einer von uns“, die Kohlenpott-Hymne, sangen sie im Duett. Karsten Speck, der Moderator des Abends, bescheinigte dem im Revier, in Wetter an der Ruhr, beheimateten Präsidenten denn auch ein großes Showtalent. Da das Wohlbefinden bei einem Fest und nachher vor allem die gute Erinnerung daran mit Essen und Trinken verbunden sind, war auf Buffettischen großzügig aufgefahren worden. Es gab Spezialitäten aus allen Landesteilen, von denen viele Besucherinnen und Besucher zum Teil noch nie etwas gehört hatten.



Das Duett des Abends: Landtagspräsident Ulrich Schmidt und Heino (v. r.).

Fotos: Schälte

Lange schon vor der offiziellen Eröffnung des Festabends füllten sich die Räumlichkeiten, die mit Blumenarrangements in herblichen Farben geschmückt waren. Alte Bekannte trafen sich zu einem Schwatz vor der Musik. Viele ehemalige und im Amt befindliche Landtagsabgeordnete begrüßten sich unter Hallo. Sogar aus dem fernen Nottingham war der ehemalige Kultusminister Jürgen Girgensohn gekommen. Es ging locker zu an den Stehtischen. Für Getränke wurde reichlich gesorgt. Radschlägersaal, Rheingoldsaal, Silbersaal und Gelber Salon, alle geöffnet: Wer wollte, konnte, zumindest am Anfang noch, nach Herzenslust flanieren. Nur das Kurfürstenzimmer war tabu. Dort hatten die sogenannten VIP's ihr Unterkommen gefunden.

Kurz vor 20 Uhr trat Landtagspräsident Ulrich Schmidt dann ans Mikrophon und hieß die Gäste herzlich willkommen. „Wir tun heute abend etwas, was sehr beliebt ist: Wir feiern in einen Geburtstag hinein“, sagte der Präsident. Das „Geburtskind“ sei allerdings keine Person, sondern eine Institution, genauer gesagt — das höchste Verfassungsorgan des Landes: der Landtag Nordrhein-Westfalen. Denn am 2. Oktober 1946 habe sich der von der britischen Militärregierung ernannte Landtag im Düsseldorfer Opernhaus konstituiert.



Moderierte die Gala: Entertainer Karsten Speck.

Erinnerungen an den Sound der Jugendzeit weckten.

Ulrich Schmidt betonte allerdings auch, daß es ein Abend der Gespräche und Begegnungen sein sollte. Er war sich sicher, daß es dazu viele Gelegenheiten geben würde. „Denn unter uns sind der Ministerpräsident unseres Landes, Dr. Johannes Rau, mit einigen Kabinettskolleginnen und -kollegen, Landtagsabgeordnete von heute ebenso wie ehemalige, viele Menschen, die in Verbänden und Organisationen ehrenamtlich arbeiten, und schließlich Prominente aus Sport und Kultur“, sagte der Präsident. Ganz besonders freute er sich darüber, daß auch die Landtagspräsidenten aus Hessen und Mecklenburg-Vorpommern, der Präsident des Berli-

ner Abgeordnetenhauses sowie aus Bremen der Präsident der Bürgerschaft und der Bürgermeister dabei waren.

Er vergaß nicht, die vielen kulinarischen Köstlichkeiten aus den verschiedenen Regionen des Landes zu empfehlen. Er erinnerte noch einmal an die Überschrift des Abends „Heut regiert die Musik“. „Ja, in der Politik ist es manchmal wirklich wie in einem Orchester. Einer gibt den Ton an, ein anderer spielt die erste Geige, und zuweilen haut auch mal jemand auf die Pauke“, sagte Ulrich Schmidt. Das wichtigste sei jedoch, daß am Schluß — trotz aller Miß- und Zwischentöne — die Melodie stimme. Zuvor hatte der Präsident darauf hingewiesen, daß inzwischen bereits 1363 Landtagsabgeordnete seit jenem Gründungstag im Düsseldorfer Opernhaus ihr Mandat wahrgenommen hätten. Er erachtete es als wichtig, daß sich der Verfassungsgeber Landtag rückerinnere. Deshalb solle der Abend im wesentlichen auch ein Abend der Gespräche sein. Er entbot abschließend dem Ministerpräsidenten und dessen Kabinettskolleginnen und -kollegen, den Fraktionsvorsitzenden, den Abgeordneten sowie den Verbänden und Institutionen des Bindestrichlandes, „das sich verbunden hat“, einen besonderen Gruß.

Schmidt hatte schon das Podium verlassen, als ihm das für viele Hungrige Wichtigste einfiel. Er kehrte um und tat kund, das Buffet sei eröffnet. Das setzte die Menge in Bewegung. Tatsächlich war es möglich, das Land an Rhein, Ruhr und Weser auch kulinarisch kennenzulernen. Die Speisekarte reichte von der Rheinischen Zwiebelsuppe, über Kölsche Kaviar mit Schmalz, Möhrengemüse mit Panhas, Heringsstipp Rheinische Art, Sauerbraten und Gebutterte Kartoffelklöße bis zum Pflaumenkuchen. All das hatte das Rheinland zu bieten.

Der Landesteil Westfalen stand dem nicht nach. Es gab Westfälisches Blindhuhn, Weißkohlsalat mit Speck, Kalten Schweinebauch

Abend der Gespräche

Der Präsident machte indessen darauf aufmerksam, daß beim heutigen Abend vor allem die Unterhaltung im Mittelpunkt stehen sollte. Im Radschlägersaal finde das Showprogramm mit bekannten Künstlerinnen und Künstlern statt. Aus jedem Bundesland gebe es einen musikalischen Gruß. Wer tanzen wolle, sei im Rheingoldsaal bestens aufgehoben. Tatsächlich sorgten dort die Cool Cats aus Berlin mit Rock und Boogie aus den 50er und 60er Jahren für eine Atmosphäre, die vor allem bei den Älteren

mit gestoßenem Pfeffer und Zwiebeln, Gekochtes Rindfleisch, Vietzebohnen, Lippischen Pikert, Münsterländer Altbiersuppe, Gurken Doll Salat, Himmel und Erde, Westfälischen Pfefferpotthast, Pumpernickelcreme und den berühmten Bettelmann.

Gegen 21 Uhr begann dann das Musikprogramm. Jedes der 16 deutschen Bundesländer stellte Interpretinnen und Interpreten. Vereinzelt gaben auch Akrobaten ihr Bestes. Den Beginn machte Godewind aus Schleswig-Holstein mit dem Lied „Wikingen“. Es folgte Rheinland-Pfalz mit der Formation „Six was nine“ mit Searching for a Soul“. Cindy und Bert aus dem Saarland trugen ein Medley vor, früher hätte man Potpourri gesagt. Den Auftritt des „Schauorchesters Ungelenk“ aus Brandenburg, dessen Leadsänger den Vogel nicht woanders, sondern an der Brille hatte, kündigte ZDF-Entertainer Karsten Speck mit der Bemerkung an: „Jetzt wird es etwas unruhig“ und sprach von einem „Naturereignis aus Brandenburg“. Die Skala von „Ungelenk“ reichte von dem beeindruckenden Titel „Da da da“ bis zum altehrwürdigen Ohrwurm: „Jetzt wird in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt“, der in der augenblicklichen politischen Situation in Deutschland wieder Aktualität gewinnt.

Speck kündigte dann einen „ganz lieben Kollegen“ aus dem Bundesland Sachsen an, der dort viele Jahre an der Dresdner Semperoper gesungen habe; Gunter Emerlich, der gefühlvoll den Klassiker aus dem Musical „Showboat“ mit Namen „Old man river“ interpretierte. Es folgte das Land mit den vielen Seen, „eine unentdeckte Region“ nach den Worten des Moderators: Mecklenburg-Vorpommern. „De Plattfööt“ sangen „Wir aus dem Norden“ und zogen den Schluß: „Mit Ruhe und Besonnenheit bringt man es noch mal so weit.“ Dafür ertete das nordische Duo herzlichen Beifall.

Der musikalische Reigen wurde nun von einem Akrobaten unterbrochen. Ein Varietékünstler aus Altenburg gab für das Bundesland Thüringen ein Beispiel seines Könnens. Zehn Teller brachte er auf Stangen zum Rotieren, ein Teller ging absichtlich kaputt, einen weiteren Teller durfte eine Dame im Publikum halten.



Trotz des Regens gelungen: Das Feuerwerk.



Vertrat das Land Berlin und damit die Hauptstadt: Luciletric.

Fotos: Schälte

Vor dem Beitrag aus Sachsen-Anhalt zitierte Speck den Dichter Novalis mit der Zeile, „Wer ein holdes Weib errungen ...“ Da kamen bei dem einen oder anderen Zweifel auf, und sich an die eigene Schulzeit erinnernd, tippte mancher eher auf Schiller. Doch das machte nichts. Mit den Worten „Wir haben gleich vier errungen“ präsentierte Speck vier sehr amerikanisch anmutende Sängerinnen, die als Gruppe „Finesse“ den Titel „Summertime“ interpretierten, und die deutlich machten, daß Sachsen-Anhalt zumindest an den Pop des Westens Anschluß gefunden hat.

Hymne der Wiedervereinigung

Viele sagten, die Hauptstadt Baden-Württembergs heiße „Daimler Benz“, aber es sei immer noch Stuttgart, meinte der Moderator. Von dort kam Tony Marshall, der mit „Sierra Madre“ lautstarke Emotionen bei der Zuhö-

erschaft freisetzte. „Die eigentliche Hymne der Wiedervereinigung“, so Karsten Speck, brachten „Fury in the slaughterhouse“ aus dem niedersächsischen Hannover mit „Wings of Change“.

„Sogar im fernen Feuerland kennt man Hein Mück von der Waterkant“, sang der Shanty-Chor aus Bremerhaven, der das kleinste Bundesland, den Freistaat Bremen, vertrat. „Hein Mück“ hieß die Weise, die die Nordlichter zum besten gaben. Daß die Bremer kühl seien, wollte Speck nicht wahrhaben. Solch ein Temperament gebe es nicht einmal in Neapel, meinte der Entertainer auf die Stimmung beim Bremer Sechstagerennen eingehend.

Wirklich schön und zu Herzen gehend danach Rolf Zuckowski und die Kinder von Finkenwader Speeldeel mit dem alten Volkslied „Winde wehn, Schiffe gehn, fern ins fremde Land“. Da zeigte sich mancher im Radschlägersaal ergriffen.

Ihre „rotlackierten Fühler“, so der Originalton, streckte Margot Werner, die Unverwüßliche, für das Bundesland Bayern aus. Für eine angenehme Unterbrechung des musikalischen Reigens sorgten Ingo und Frank aus Hessen, die Handakrobatik in Vollendung vorführten, wobei Ingo den Frank stemmte oder umgekehrt. Endlich komme das Bundesland, wo er eigentlich herkomme, stellte der Wahl-Düsseldorfer Karsten Speck dann fest: Berlin, die Stadt, die den Humor gepachtet habe. Der Moderator stellte die „erfolgreichste Popformation“ vor: Luciletric. „Meine Bildung hab' ich aus dem Fernsehen“, sang Luci, der die blonden Haare buchstäblich zu Berge standen.

Zum Abschluß der Clou: Für das gastgebende Bundesland traten Heino und Ulrich Schmidt gemeinsam auf. Moderator Speck berichtete, als der Landtagspräsident von dem Lied erstmals gehört habe, habe er entschieden, da mache er mit. „Einer von uns“ sang, freundlich umschlungen, das ungewöhnliche Duo: „Mein Zuhause ist der Kohlenpott.“ „Hier kannst Du heißen, wie Du willst, hier kannst Du aussehen, wie Du willst, hier kannst Du glauben, was Du willst ... Du bist einer von uns.“ Nach dieser Gala stand fest: Das begeisterte Publikum war sich in puncto Ulrich Schmidt einig: Du bist einer von uns. e.h.

Anhörung zur Währungsunion (II)

Stabiler Euro vorteilhaft für NRW

Bei der Anhörung des Europa-, des Wirtschafts- und des Haushaltsausschusses am 23. September nahmen Experten zur Währungsunion und den Auswirkungen auf NRW Stellung. Während Landesbank-Präsident Professor Jochimsen vor Aufweichungen der „Konvergenzkriterien“ warnte, sah die Vorsitzende des Währungsausschusses des Europäischen Parlaments, Christa Randzio-Plath (SPD), Spielräume bei den „Finanzkriterien“, wollte jedoch bei Überschreitung die Formeln „ausnahmsweise“ und „vorübergehend“ ausgefüllt wissen. Weiter führte sie aus (Fortsetzung des Berichts aus der vorigen Ausgabe):

Das Europäische Parlament (EP) beurteile den von Deutschland vorgeschlagenen „Stabilitätspakt“ sehr kritisch, lasse aber am neuen Wechselkurssystem und dem Euro mit Interventionspflicht keinen Zweifel. Im übrigen werde im EP eine Währungsunion mit 18 Millionen Beschäftigungslosen nicht akzeptiert.

Professor Renate Ohr (Universität Hohenheim) hielt nichts davon, einige zur Zeit stabile Währungen durch eine neue unsichere Währung zu ersetzen. Der Termindruck sei ungeeignet für eine dauerhafte Stabilität. Das Zustandekommen der Europäischen Notenbank sei positiv. Vertrauen in den Euro werde es nicht geben, wenn kein Staat dahinterstehe. Eine kleine Währungsunion sei nicht sinnvoll, sondern spalte Europa und zwingt dazu, einige Mitgliedstaaten zu disqualifizieren. Risikoprämien würden sich investitionsbehemmend und arbeitsplatzschädlich auswirken. Die deutschen Arbeitsmarktprobleme seien nicht lösbar, wenn die starke D-Mark durch einen schwachen Euro ersetzt werde. Die Währungsunion solle bis zum Vorankommen der politischen Union verschoben werden. Das solle rasch entschieden und der Wirtschaft schon jetzt gesagt werden. Professor Manfred Feldsieper (Universität Köln) hielt Verschieben für Scheitern und legte besonderen Wert auf die ersten vier Kriterien, während die Begrenzung der Staatsverschuldung nicht so wichtig sei. Das Primat der Stabilitätskonvergenz deute auf einen guten Start. Der Euro könnte zur wichtigsten Leit- und Reservewährung werden wie das Gold in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Ute Koczy (GRÜNE) erkundigte sich nach Folgen von Preis- und Lohntransparenz für Arbeitsplätze. Prof. Ohr vermutete für den Fall der Lohnangleichung in produktivitätsschwachen Ländern mögliche Transferzahlungen von stärkeren zu schwächeren Ländern oder Abwanderung von Arbeitskräften. Professor Feldsieper hielt Euro-Löhne und Sanktionen des Marktes für wahrscheinlich. Volkmar Klein (CDU) wies auf die unterschiedliche Wirtschaftsstruktur deutscher Regionen und den regulierenden Finanzausgleich hin. Professor Ohr folgerte, ein Finanzausgleich wie in Deutschland und USA funktioniere nur bei einer europäischen politischen Union. Vertreter von Mitgliedstaaten, die sich von der Dominanz der Deutschen Bundesbank und der internationalen Geldpolitik be-

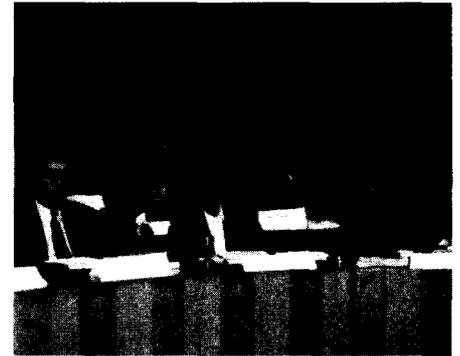
freien wollten, säßen nun in der Europäischen Notenbank. Professor Feldsieper meinte, auch falsche Motive könnten richtiges Tun zur Folge haben.

Bei einer Terminverschiebung, nach deren Auswirkungen auf den Finanzmärkten Reinhold Trinius (SPD) fragte, hielt Prof. Ohr für bedeutsam, ob EWU als Ziel bleibe. Die Bandbreite der Abweichungen müsse wieder enger gemacht werden. Prof. Feldsieper sah bereits bedeutsame Geld-Kooperationen in Europa und hielt größere Bandbreiten für weiter entfernte Länder für vertretbar.

Kostensteigerungen ohne die Währungsunion, nach denen Hans Kern (SPD) gefragt hatte, hielt Professor Ohr für unbewiesen und kaum nachvollziehbar. Sinkender Akzeptanz der Bürger müsse nachgekommen werden, alles andere sei undemokratisch. Professor Feldsieper vertraute dagegen auf Sicherheit durch die Zentralbank. Dr. Rudolf Alberg (Verbindung der NRW-Industrie und Handelskammern) sah unterschiedliche Nutzer der Währungsunion. Zu den Gewinnern zählte er Großunternehmen mit hohem Exportanteil innerhalb der Gemeinschaft, die die Kosten der Umstellung durch Wettbewerbsgewinne ausgleichen könnten. Dies dürfe den exportorientierten Unternehmen des Mittelstandes schwerer fallen. Für Unternehmen, deren Aktivitäten im nationalen Binnenmarkt liegen, wie Einzelhandel, Handwerk und Dienstleister, sieht die Kammer keine geldwerten Vorteile. Durch mehr Mobilität der Arbeitskräfte werde es in den Abwanderungs- und Zuwanderungsgebieten neue Probleme geben. Die weitere Absenkung sozialpolitischer Ausgaben sei notwendig.

Das NRW-Handwerk sieht Planungsunsicherheit, die zur Skepsis gegenüber der Währungsunion führt. Zwar, so Geschäftsführer Dr. Thomas Köster, gebe es positive Erwartungen bei Klein- und Mittelbetrieben wegen mehr Markttransparenz und durch Abbau von Hemmschwelle für den Markteintritt, doch beständen Unsicherheiten bei der künftigen Buchführung mit zwei Währungen in der Übergangsphase sowie die Befürchtung, daß die Banken die Umstellungskosten an den Mittelstand weitergeben werden. Kreishandwerksmeister Hans-Dieter Waidner erwartet von der Politik wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, damit insbesondere das grenznahe Handwerk im Baubereich nicht durch hohe Personalzusatzkosten benachteiligt werde. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund ist die Arbeitslosigkeit das zentrale Problem. Da die meisten Länder der EU die währungspolitischen „Königskriterien“ (Fixe Wechselkurse, Teuerungsrate und Zinshöhe) erfüllten und damit eine homogene De-facto-Währungsunion bildeten, sollten die finanzpolitischen Kriterien vertragsgemäß und elastisch interpretiert werden, so Dr. Hans-Georg Wehner. Allerdings müsse die europäische Beschäftigungspolitik koordiniert und die Tarifpolitik europäisiert werden.

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft befürchtet den Verlust



Pro und Kontra von Experten, v.l. Professor Feldsieper, Professor Ohr, EP-Mitglied Randzio-Plath.

der währungspolitischen Stabilität, wenn die Kriterien der Konvergenz aufgeweicht würden. Für die Stabilitätsgemeinschaft sei deshalb die strikte Einhaltung aller Kriterien notwendig. In der Währungsunion sieht Dr. Claus-Michael Dill für die Versicherungswirtschaft den Vorteil eines größeren und liquideren Kapitalmarktes; ein Vorteil, der jedoch für die einzelnen Unternehmen unterschiedlich zu beurteilen sei.

Die Verbraucherzentrale NRW beklagt ein Informationsdefizit und fordert einen runden Tisch „EURO in NRW“ unter Beteiligung von Unternehmen, öffentlicher Verwaltung, Verbrauchern und Bürgern. Die privaten Verbraucher warnt Rainer Metz vor allzu großen Erwartungen. Zwar würde die Preis- und Kostentransparenz grenzüberschreitend verbessert, doch hätte die Währungsumstellung auf kaufentscheidende Fragen der Garantie und des Service keinen Einfluß. Mit Preiserhöhungen sei außer in wettbewerbsintensiven Sektoren zu rechnen.

Die Bankenvereinigung NRW will den Starttermin der Währungsunion im Jahr 1999, auch mit einer begrenzten Anzahl an Teilnehmerländern, nicht in Frage stellen. Vorteile sieht Jürgen Stein bei Sorten-, Devisen- und Kurssicherungsgeschäften. Für ihre Mitglieder bedeute dies jedoch zunächst Einnahmeausfälle und zusätzliche Umstellungskosten. Ein stabiler EURO werde in einem größeren Markt auf den internationalen Finanzmärkten eine stärkere Rolle spielen können als die Summe aller Teilnehmerwährungen. NRW werde von der Währungsunion besonders profitieren. Johannes Fröhlings vom Rheinischen Sparkassen- und Giroverband erwartet für Private und Unternehmen, besonders in NRW, zahlreiche Vorteile, Erfolg für die Währungsunion jedoch nur, wenn fiskalpolitische Solidität beim Eintritt und im Verlauf der Union gesichert sei. Einen härteren Wettbewerb durch die veränderte Struktur der Kapitalmärkte würden dann alle Kreditinstitute, insbesondere im grenznahen Raum, zu spüren bekommen. Die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank eG sieht in der heutigen Währungsvielfalt einen kostspieligen Luxus, der das Leistungspotential des Europäischen Binnenmarktes behindert. Ihr Sprecher, Eberhard Heinke, begrüßt daher eine frühe Währungsunion mit einem stabilen Teilnehmerkreis. Für die Banken fordert die WGZ den Erhalt des Offenmarktgeschäfts mit der Zentralbank, da nur dadurch ihre Wettbewerbsneutralität und die Marktgleichheit für die großen und die kleinen Banken gewährleistet würde.

Haushaltsausschuß-Klausur in Solingen

„Wer die Musik bestellt, muß zahlen“

Die Einzelpläne 12 (Finanzministerium, Ausgabevolumen 1997 2,4 Milliarden Mark) und 20 (Allgemeine Finanzverwaltung, Volumen 26,5 Milliarden Mark) sowie der Text des Haushaltsgesetzes 1997 standen im Mittelpunkt der Klausurtagung des Haushalts- und Finanzausschusses am 26./27. September in Solingen. An den Beratungen nahmen zeitweise als örtlich zuständige Abgeordnete auch Georg Gregull (CDU) aus Remscheid und Sylvia Löhrmann (GRÜNE) aus Solingen teil. Dr. Karlheinz Bentele stand dem Ausschuß zum letzten Mal in seiner Funktion als Staatssekretär zur Verfügung. Finanzminister Heinz Schleußer nahm am zweiten Tag an der Klausursitzung teil und stellte sich zusammen mit Vorsitzendem Leo Dautzenberg (CDU) und dem Solinger SPD-Abgeordneten Ernst-Martin Walsken der örtlichen Presse.

Bei der Beratung der Einzelpläne kündigte Staatssekretär Bentele zwei Ergänzungsvorlagen an. Die 1. Ergänzung (inzwischen als Drs. 12/1390 verteilt) regele Verschiebungen im Schulhaushalt zur Sicherung der Unterrichtsversorgung. Mit der 2. Ergänzung Anfang November werde das Organisationsgutachten für die Finanzverwaltung quantitativ umgesetzt. Personaleinsparungen im Innendienst durch verstärkten EDV-Einsatz sollten zu Verstärkungen bei der Steuerfahndung führen. Nach Fragen von Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE), Helmut Diegel (CDU), Reinhold Trinius (SPD) und Peter Bensmann (CDU) über personelle Engpässe aufgrund der Steuerfahndung bei Großbanken, vor allem durch die Aktion Anfang September bei der WestLB, versicherte Bentele, außer am ersten Tag der Aktion gehe die laufende Arbeit der Ermittler ihren normalen Gang.

Mit Folgen aus dem Versorgungsbericht der Bundesregierung für die Versorgungslasten im Landeshaushalt und den geplanten Änderungen im Bereich von Besoldung und Versorgung wird sich der Ausschuß auf Vorschlag von Stefan Frechen (SPD) im November eingehend befassen.

Zur Beratung des Haushaltsgesetzes lag den Abgeordneten eine Übersicht über Änderungen gegenüber 1996 vor. Das gesamte Haushaltsvolumen beträgt im Entwurf für 1997 89,9 Milliarden Mark gegenüber 87,8 in diesem Jahr. Im Haushaltsgesetz 1997 ist die Nettoneuverschuldung auf rund 7,34 Milliarden Mark festgelegt. Außerdem werden Umfang und Zwecke aller Landesbürgschaften in einer Gesamthöhe von mehr als zwei Milliarden Mark geregelt, ferner die Ausnahmen von der Stellenbesetzungssperre. Eine neue Bestimmung im Bereich der Personalwirtschaft ermöglicht

eine erleichterte Umsetzung von Stellen in eine andere Verwaltung, wenn k.w.-Vermerke dadurch zügiger realisiert werden können.

Bei einzelnen Änderungen im Haushaltsgesetz 1997 gab es Nachfragen. Zum Beispiel wollte Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) wissen, warum Ausnahmen bei der Übernahme von Bürgschaften an die Wirtschaft, die freien Berufe und die Landwirtschaft nicht mehr der Zustimmung des Haushaltsausschusses unterworfen seien, sondern dieser nachträglich unterrichtet werde. Die Verantwortlichkeiten sollten damit klargestellt werden, antwortete der Staatssekretär. Zum Thema Übernahme von Rückbürgschaften in Höhe von zehn Millionen Mark zugunsten der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft schlug Reinhold Trinius (SPD) vor, analog zu dem üblichen Verfahren die Einwilligung des Finanzministers vorzusehen. Auch bei Verpflichtungen zur Abdeckung von Ersatzansprüchen aus der Dauerleihgabe von Kunstwerken bis zu 77 Millionen Mark vermißten die Abgeordneten das Einvernehmen des Finanzministers neben der Ermächtigung des zuständigen Ressorts. Die Richtlinien für Kreditgarantien bis zu einer Milliarde Mark für Vorhaben von NRW-Unternehmen in Ungarn, Polen, Tschechien, der Slowakei und Slowenien würden, erklärte der Staatssekretär auf die Frage von Volkmar Klein (CDU), im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Verfügung gestellt.

Beim Verkauf landeseigener Wohnungen, bevorzugt an einkommensschwache Gruppen, an Mieter mit Einkommen bis zu 60 Prozent über der Einkommensgrenze nach dem 2. Wohnungsbaugesetz seien Fehlsubventionierungen zu vermeiden, wurde auf eine Frage von Helmut Diegel (CDU) geantwortet.



HFA-Klausur hinter dicken Mauern, Schloß Burg/Solingen.

Am Abend des ersten Tages stand auch die Haushaltssituation der Stadt Solingen auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende des Finanz- und Vermögensausschusses der Stadt Solingen, Manfred Schückes (CDU), trug den Kollegen vom Landesparlament vor, der Gestaltungsspielraum der Kommune sei bei einem Fehlbetrag von 35,5 Millionen Mark gleich Null, und es bestehe die Gefahr, daß die laufenden Ausgaben (1996 641 Millionen Mark) nicht mehr gedeckt werden könnten. Schon seit einigen Jahren würden Haushaltssicherungskonzepte umgesetzt. Zur Haushaltssicherung würden der städtische Wohnungsbesitz, RWE-Aktien und Verbandsanteile im Wert von zusammen 117 Millionen Mark veräußert. Ausgaben in Höhe von 50 Millionen Mark seien auch damit nicht zu decken. Unpopuläre Maßnahmen stünden an. Zwischen den Interessen der Großstädte und der Lobby der Landkreise sehe Solingen als mittlere Großstadt (166 000 Einwohner) die Gefahr, zerrieben zu werden. Es fehlten verlässliche Grundlagen für die Finanzplanung und für die kommunale Wirtschaftstätigkeit.

Beigeordneter Bernd-Ulrich Drost stellte sich vor als Verantwortlicher für zwei Drittel der Ausgaben, nämlich für Soziales, Schule, Jugend, Sport und Kultur. Nach 15 Jahren der Konsolidierungsmaßnahmen sei kein Licht am Ende des Tunnels. Seit zehn Jah-

(Fortsetzung nächste Seite)



Verteilungskämpfe früher und heute; im Finanzausschuß ringen die Abgeordneten von SPD, CDU und GRÜNEN um die vom Ministerium veranschlagten Ausgaben im Landeshaushalt 1997, hier bei der Klausurtagung in der Kemenate von Schloß Burg (l.). Vor genau 500 Jahren wurden die Grafschaften Cleve, Mark, Jülich und Berg durch Verlobung der fünfjährigen Maria mit dem sechsjährigen Johann vereinigt (r.).

ren würden Haushaltssperren verhängt. Damit sei es jetzt zu Ende, die Haushaltsprobleme seien so nicht zu lösen, die Möglichkeiten ausgereizt. Das Krankenhaus schreibe seit über 20 Jahren schwarze Zahlen. Straßenreinigung, Abwasser- und Abfallbeseitigung seien unter Mitnahme der Schulden in einen Eigenbetrieb verwandelt worden. Zum 1. 1. 1997 gehe das gesamte städtische Vermögen in einen 1,5 Milliarden-Mark-Eigenbetrieb ein.

Reinhold Trinius (SPD) stimmte zu, privates Geldvermögen müsse für kommunale Aufgaben mobilisiert werden, nachdem Schückes vom Glückfall berichtet hatte, der die Unterbringung des städtischen Museums im Rathaus von Gräfrath ermögliche. Über neue Steuerungsmodelle und das Leitbild vom „Konzern Stadt“ entspann sich eine längere Aussprache der Landtagsabgeordneten mit den beiden Kommunalvertretern. Helmut Diegel (CDU) fragte, wie sich dieses Leitbild mit der Abschaffung der „Doppelspitze“ verträge. Beigeordneter Drost antwortete, „als gelernter Manager“ sei er zweimal wiedergewählt worden. Es gebe fähiges Personal bei den Kommunen. Abgeordnete Sylvia Löhrmann berichtete aus ihrer Tätigkeit als Fraktionssprecherin der GRÜNEN im Stadtrat von Solingen von positiven Erfahrungen bei gemeinsamen Anliegen. Sie sei auch stolz darauf, daß trotz der Haushaltszwänge einige soziale und ökologische Dienstleistungen aufrecht erhalten worden seien. Sehr erfolgreich sei die Einübung neuer Verhaltensweisen bei städtischen Bediensteten verlaufen. Ausschußvorsitzender Schückes meinte, den Bürger interessiere das neue Steuerungsmodell nicht, sondern nur die preiswerte Serviceleistung. Wer die Musik bestelle, solle zahlen. Beigeordneter Drost ergänzte, eine Kosten- und Leistungsrechnung spare keinen Pfennig, bringe aber erhebliche Vorteile. Betriebsabrechnungen böten mehr Transparenz und legten die Auftragsbeziehung klar. Wenn der Beigeordnete als Verantwortlicher für die Sozialausgaben 100 Millionen Mark ausgeben, müsse er in der

Lage sein zu berechnen, wie sich etwa Änderungen bei der Arbeitsförderung auswirkten. Bei dem vom Städtetag propagierten reinen Dienstleistungsunternehmen „Konzern Stadt“ gehe die kommunale Selbstverwaltung verloren. Die Solinger Verwaltung habe ihr Steuerungskonzept fertig. Es müsse nun umgesetzt werden. Der Rat habe verstanden, daß das für ihn ein völlig neues Rollenverständnis bedeute. Er müsse sich künftig als Vorstand eines Unternehmens verstehen.

Ernst-Martin Walsken (SPD) sprach sich als Solinger Abgeordneter für einen behutsamen Umgang mit dem Bürger aus, zumal es noch viel schlimmer weitergehen werde, wenn hohe Verluste bei den Landeseinnahmen durch die Abschaffung von Vermögen- und Gewerbesteuer einträten.

Nach ihren Forderungen an die Landespolitik gefragt, nachdem die Stadt ihre Klage gegen die Umsetzung des IFO-Gutachtens (wegen der Sprungstelle von 150 000 Einwohnern bei den Realsteuern, der Bemessung der Zweckzuweisungen nach der Steuerkraft und der Ausgestaltung der zusätzlichen Schlüsselmasse der Kreise) aus formalen Gründen verloren habe, forderte Beigeordneter Drost: „Nehmen Sie die Zweckzuweisungen zurück!“ und „Keine Gesetze, die die Kommunen belasten!“. Finanzfachmann Schückes ergänzte („für mich persönlich“): „Abschaffen der Mittelinstanzen!“ Sie hätten ihre Daseinsberechtigung verloren.

Am Abend nutzten auch Oberbürgermeister Gerd Kaimer und die Direktoren der Stadtparkasse Brombach und Heinemann die Gelegenheit zum Gespräch mit den Finanzpolitikern aus dem Landtag. Am nächsten Tag wurden der Einzelplan 20, die Entsperrung von Mitteln für die Privatuniversität Witten-Herdecke, die Kooperation der Börse Düsseldorf mit der Deutschen Börse und anderen Regionalbörsen beraten. Im abschließenden Pressegespräch erinnerte Finanzminister Heinz Schleußer daran, daß er 1968 in Solingen zum Juso-Bezirksvorsitzenden gewählt worden sei. Er sicherte den

Kommunen faire Behandlung bei den kommenden Haushaltsberatungen zu. Das erste Halbjahr 1996 zeige gewisse Entlastung für die kommunalen Haushalte, die Dramatik bei den Sozialausgaben scheine gestoppt. Beim Erproben neuer Wege, ergänzte Ernst-Martin Walsken (SPD) als Mitglied des Haushaltsausschusses aus Solingen, sei die Stadt auf einem guten Weg. Sie habe bereits Erfahrungen mit sinnvollen Sparmaßnahmen. Als erfreuliche Nachricht teilte Walsken mit, das Landeszentrum für Zuwanderung komme nach Solingen. Ausschußvorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) faßte zusammen, die (verlorene) Verfassungsklage Solingens gegen das IFO-Gutachten habe sich nicht nachteilig für die Stadt, sondern zugunsten aller kleineren Städte mit Einwohnerzahlen zwischen 150 000 bis 200 000 ausgewirkt.

Fragestunde

Krimineller Mißbrauch von Datennetzen

Aufklärung über die Koordination von Maßnahmen gegen den kriminellen Mißbrauch von Datennetzen wünschte Ruth Hieronymi (CDU) in der Fragestunde am 12. September. In Zusatzfragen wollte Antonius Rüsberg (CDU) wissen, wie Richter und Staatsanwälte in diesem Bereich der Kriminalität, insbesondere der Kinderpornographie, geschult werden und welche präventiven Maßnahmen im Jugendschutz geplant sind. Ob die bestehenden Sanktionsmöglichkeiten ausgeschöpft würden, fragte Maria Theresia Opladen.

Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) unterschied, eine Arbeitsgemeinschaft Kripo, in der die Leiter der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamtes zusammenarbeiten und den Arbeitsbereich des Landeskriminalamtes. Zu dessen Tätigkeiten gehören Ermittlungen zur Kinderpornographie und die Koordination der Kreispolizeibehörden. Aufgabe der Kreispolizei sei es, gegen Taten und die Verbreitung von Kinderpornographie vorzugehen. Dabei sei man mit einer Aufklärungsquote von fast 95 Prozent sehr erfolgreich. Nicht zur Aufgabe der Kreispolizei gehöre es jedoch, im Internet zu surfen und auf Zufallsfunde zu hoffen. Problematisch sei auch die virtuelle Darstellung von Kinderpornographie, da der Bundesgesetzgeber diese Lücke im Strafrecht schließen müsse.

Flughafen Düsseldorf

Wann die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft zur Brandkatastrophe am Flughafen Düsseldorf abgeschlossen sein werden, wollte Heinz Hardt (CDU) wissen.

Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) antwortete, die Staatsanwaltschaft arbeite weiterhin mit Hochdruck, allerdings lägen erst Teilarbeiten der hinzugezogenen Gutachter vor. Der Justizminister bedauerte die Äußerungen der Staatsanwaltschaft in der Presse, einen festen Termin für den Abschluß der Ermittlungen wollte er nicht nennen.



Finanzstaatssekretär (und Hobby-Koch) Dr. Karlheinz Bentele (l.) erhielt als Abschiedsgeschenk vom Haushalts- und Finanzausschuß ein Lachsmesser, überreicht vom Vorsitzenden Leo Dautzenberg. Der künftige Vorstandsvorsteher des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbands bedankte sich für fünfeinhalbjährige gute Zusammenarbeit und sagte, die Haushälter seien immer dann am erfolgreichsten, wenn sie ein gemeinsames Interesse erkannt hätten. Haushaltsausschußmitglieder seien stets umstellt von Einzelinteressen. Beim Landesetat gehe es ihnen jedoch, neben den 32 000 Bediensteten der Finanzverwaltung, um die Gesamtverantwortung.

2. Weiterbildungskonferenz

Pro und contra der Betroffenen zu Ergebnissen der Evaluationsvorstudie

Auf großes Interesse gestoßen ist die Vorstudie zur Evaluation der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen, deren Entstehen auf der ersten Weiterbildungskonferenz vor einem Jahr angekündigt worden war, und die jetzt seit etwa zwei Monaten vorliegt. So war dann die Teilnahme von seiten der Weiterbildungseinrichtungen und der Kommunalverbände groß, als der Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter seinem Vorsitzenden Heinrich Meyers (CDU) für den 25. September zur zweiten Weiterbildungskonferenz geladen hatte. Zu Beginn der Sitzung führte die zuständige Ministerin, Gabriele Behler (SPD), in die breit angelegte Studie ein, die nach ihren Worten eine vollständige Beschreibung der für die Weiterbildung wichtigen Fragestellungen enthält.

Die Ministerin zeichnete den politischen Kontext nach: Es sei Ziel der Koalition im Lande, die Weiterbildung zukunftsfähig zu erhalten. In der Koalitionsvereinbarung sei festgehalten, die Qualität der Weiterbildung zu sichern, die Struktur des Angebots zu optimieren und dabei seine Pluralität zu erhalten. Die dafür notwendigen Entscheidungsgrundlagen solle eine umfassende Evaluation der Weiterbildungslandschaft liefern. Diese Evaluation solle spätestens im Herbst kommenden Jahres abgeschlossen sein. Sie werde von unabhängigen Sachverständigen aus externer Sicht als „critical friends“ vorgenommen (sogenanntes Peer-Review-Verfahren). Nach Darstellung der Ministerin ermögliche ein solches Vorgehen „unkonventionelle Einblicke und punktuelle Bewertungen, die aber für ein Gesamturteil von Bedeutung sind“.

Als erster Teilnehmer erhielt für die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes, Günther Barenhoff, das Wort. Er befürchtete schon in der Vorstudie Einseitigkeiten, weil das beauftragte Landesinstitut für Schule und Weiterbildung zur Unterstützung der Weiterbildung aufgerufen sei; solche Studien sollten aber in dem Ziel der mannigfachen, auch nicht unberechtigten Aufgabenkritik zu einer Minderung des Einsatzes öffentlicher Mittel führen. Die Weiterbildungsangebote der Freien Wohlfahrtspflege zeichne ein „niederschwelliger“ Zugang aus, ihr Ziel sei es in erster Linie, benachteiligte Personengruppen in die Weiterbildung einzubeziehen. Inzwischen werde das Angebot der Eltern- und Familienbildung fast ausschließlich von freien Trägern erbracht. Barenhoff: Die Struktur des Weiterbildungsgesetzes habe sich zwar bewährt, die Mittelausstattung entspreche aber nicht der „Gesetzesintention einer vierten Säule des Bildungswesens“. Evaluation müsse im Verständnis seiner Organisation in erster Linie eine Selbstevaluation sein und dürfe nicht zu einer „Außensteuerung“ führen. Der Aus-



schuß sollte die Federführung für diesen Evaluationsprozeß nicht delegieren.

Dr. Ulrich Jung von der Landesarbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben (DGB/VHS) erinnerte an das Recht auf Weiterbildung für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger, das sich an folgenden Bedingungen orientiere: entsprechendes Angebot, leichte Zugänglichkeit, Flächendeckung auf der Grundlage der kommunalen Pflichtaufgabe, Pluralität in der Trägerschaft und — besonders wichtig — die Gewährung von Zeit zum Lernen (Bildungsurlaub). Die in der Studie angesprochene Umschichtung der Landesmittel auf Kosten von Veranstaltungen nach Teilnehmertagen hätte für die politische Weiterbildung fatale Folgen, erklärte Jung, weil dann die Teilnehmerkosten verdoppelt werden müßten — und das bei der gegenwärtigen Einkommenssituation und den sozialpolitischen Einschnitten. Auch diesen Zusammenhang sollte die Evaluation deutlich machen.

Mit Blick auf die Heimvolkshochschulen sei die Vorstudie lückenhaft, stellte Professor Dr. Günter Ebbrecht vom Arbeitskreis der Bildungsstätten und Akademien fest. Nur eher beiläufig als grundsätzlich habe die Vorstudie diese Heimvolkshochschulen erwähnt, ausführlicher werde auf sie im Finanzierungskapitel eingegangen, „wo sie aber eigentlich zunächst nicht hingehören“. Der Sprecher: „Das ist pädagogisch dünnbrüstig und zeigt die Einseitigkeit der Fragestellung.“ Man wünsche sich eine Evaluation der Lernkonzepte nach Unterrichtsstunden und nach Teilnehmertagen, dazu habe man in den Tagungshäusern Vorarbeit geleistet. Der Sprecher schlug vor, zur Erhellung der betriebswirtschaftlichen Seite innerhalb eines Jahres vier bis sechs Weiterbildungseinrichtungen zu evaluieren: Zwei Tagungshäuser, zwei kommunale Volkshochschulen zum einen mit Eigenbetrieb mit betriebswirtschaftlicher Führung, zum anderen kameralistisch geführt. Man scheue nicht die Offenlegung der Finanzierung der Heimvolkshochschulen, „wir brauchen aber modellhafte Berechnungen, die auch Werbungskosten, Investitionsmittel und Innovationskosten enthalten“.

Eberhard Kundoch, Bildungswerk des Landessportbunds NRW, schloß sich der Warnung an, die Evaluation inhaltlich nur auf den finanzpolitischen Teil zu beschränken. Auch er hielt die Parteilichkeit des dem Schulministerium nachgeordneten Instituts für Schule und Weiterbildung gegeben, was

Die Zukunft der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen war Thema der 2. Weiterbildungskonferenz im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Schulausschusses. Foto: Schälte

sich an den Fragen zum Aspekt „Struktur und Finanzen“ zeige.

Für nützlich und wünschenswert halte das DGB-Bildungswerk des Landes eine Evaluation der Weiterbildung, urteilte sein Sprecher Walter Haas. Die Vorstudie halte man „für eine zutreffende Zusammenstellung der wichtigsten Fragen, die für die Entwicklung der Weiterbildung gestellt werden müssen. Sie dokumentiert gleichzeitig die fachliche Kompetenz dieses Instituts“. Durch einen Rückzug des Landes und den damit verbundenen Verzicht auf politische Gestaltungsmöglichkeit gerate das zentrale Recht der Jedermann-Zugänglichkeit in Gefahr; es sei der Einbruch von Marktmechanismen zu befürchten, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern neben mehr Verantwortung auch zusätzliche finanzielle Lasten aufbürdeten, die von ihnen nicht zu tragen seien. Das bewirke vor allem für Bildungsgewohnte eine Zugangsbeschränkung zur politischen Bildung. „Wir plädieren nachdrücklich für die öffentliche Verantwortung für die Weiterbildung, die sich in der Zuweisung und Förderung der Pflichtaufgabe an die Gemeinden und der weiteren Angebote der pluralistisch gestalteten Weiterbildung ausdrückt“, erklärte Haas, der im weiteren anfügte, daß die Förderung der Teilnehmertage nach dem Weiterbildungsgesetz ganz wesentlich zur Entwicklung und Stabilisierung der Angebote der politischen Bildung beitrage.

Für die Weiterbildungseinrichtungen in Trägerschaft der Evangelischen Kirche machte Pfarrer Albert Stutte deutlich, daß sich viele Einrichtungen der Weiterbildung längst den kritischen Herausforderungen stellen und selbst Evaluationsprozesse eingeleitet hätten. Die Förderungssystematik der Eltern- und Familienbildung müsse wegen der sozialgestalterischen und sozialpolitischen Funktion dieses Arbeitsfeldes in der Weiterbildung erhalten bleiben, verlangte der Sprecher und verlangte von der Evaluation Aussagen zur Passung von Angebots- und Bedarfsentwicklung. Während sich seit 1980 der Anteil der Förderungs- mittel nach dem Weiterbildungsgesetz am Gesamthaushalt des Landes halbiert habe,

(Fortsetzung Seite 22)

Pflegegutachten fallen in Westfalen und Rheinland unterschiedlich aus

Die Ergebnisse der Begutachtungen (Feststellung der Pflegestufe) seien im stationären Bereich weiterhin stark unterschiedlich, stellte Staatssekretär Dr. Bodenbender vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) fest. Diese Erkenntnis beziehe sich aber nicht ausschließlich auf die beiden Landesteile Nordrhein und Westfalen-Lippe (deren hochrangige Vertreter von den Medizinischen Diensten der Krankenkassen — MDK — den Ausschlußmitgliedern nach Statements Rede und Antwort standen), auch bundesweit seien signifikante Unterschiede zwischen den Ergebnissen einzelner MDK zu konstatieren. Im Bereich des MDK Nordrhein seien 36,6, im Bereich des MDK Westfalen-Lippe lediglich 15,8 Prozent, in Pflegestufe III eingestuft. Die Politik dürfe nicht untätig sein; bei einheitlichen Begutachtungsrichtlinien und gesetzlichen Grundlagen seien die aufgetretenen Unterschiede bei den Einstufungsergebnissen nicht akzeptabel.

Dieses sollte nach Ansicht der Ausschlußmitglieder aller Fraktionen erst recht innerhalb eines Bundeslandes, in NRW, gelten. Der Ausschlußvorsitzende Bodo Champignon (SPD) konnte den anwesenden Vertretern der MDK schon während der Sitzung ein Schreiben avisieren, in dem er die beiden MDK — in Übereinstimmung mit allen Fraktionen — entschieden um Prüfung der Möglichkeiten zu einer Angleichung/Harmonisierung der Herangehensweise mit dem Ziel weniger großer Ergebnisunterschiede bei der Einstufung Pflegebedürftiger bitten werde.

Wilhelm Krömer (CDU) kritisierte, daß die Ergebnisse der Begutachtungen in ihm bekannten Einzelfällen oft nicht nachvollziehbar seien. Auch vorhandene Pflegedokumentationen würden oft gar nicht oder nur am Rande berücksichtigt. Der Mensch stehe im Mittelpunkt dieser Problematik, er fordere klare Beurteilungsrichtlinien, die die aufgetretenen Interpretationsdiskrepanzen zu Lasten der psychisch Kranken nicht zuließen. Horst Radtke (SPD) erläuterte am Beispiel eines Heimes in Trägerschaft der AWO, in dem von 99 Belegungen jetzt mehr als 40 in die Kategorie „nicht pflegebedürftig“ eingeordnet seien, die problematische Situation im Bereich der Gerontopsychiatrie. Die Rückführung dieser Menschen in eine Landesanstalt sei wohl keine anstrebende Lösung. Die Gutachter hätten keinen Sinn für die Härtefallregelung und seien in der Regel hier nicht kompetent. Pflegedokumentationen würden auch hier nicht eingesehen. Hermann-Josef Arentz (CDU) unterstrich, daß er es neben inhaltlicher Übereinstimmung in großen Teilen der Kritikpunkte seiner Vorredner/innen für völlig unverständlich halte, daß die beiden MDK in NRW noch keinen Weg der Annäherung gefunden hätten. Marianne Hürten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte zu dieser Thematik eine selten vorkommende, übereinstimmende Empörung aller drei Fraktionen fest. Antragszahlen sagten nichts über den Anteil der tatsächlich Pflegebedürftigen aus. Rudolf Henke (CDU) riet dringend zu einer Heranziehung von vorliegenden Diagnosen und Anamnesen bei der Begutachtung. Er äußere den Verdacht, die Be-

Der Ausschluß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge befaßte sich am 25. September schwerpunktmäßig mit dem Thema „Gutachterergebnisse der Medizinischen Dienste der Krankenkassen im Rheinland und in Westfalen-Lippe“. Im Anschluß daran wurde beschlossen, zu dem brisanten Thema „Maßregelvollzug“ eine öffentliche Anhörung am 6. November durchzuführen.

gutachtungsrichtlinien würden fundamental unterschiedlich angewendet. Nach Meinung von Ina Meise-Laukamp (SPD) sei auch das Ministerium gefragt, um zu einer einheitlichen Auslegung und Anwendung zu kommen. Wolfram Kusche (SPD) sprach von einer „Erprobungsphase“, die zu Lasten der betroffenen Menschen gehe und so nicht hinnehmbar sei.

Von Interesse für die Ausschlußmitglieder werden die Ergebnisse der explorativen Studie „Unterschiede in der Begutachtungspraxis bei der Feststellung der Pflegebedürftigkeit von Heimbewohnern in NRW“ sein, die das MAGS beim Institut für Pflegewissenschaft an der Universität Bielefeld zum Beginn des kommenden Jahres in Auftrag gegeben hat.

Zum brisanten Thema „Maßregelvollzug“ wurde die Durchführung einer öffentlichen Anhörung am 6. November im Landtag beschlossen. Eine Durchführung in Herten sei nach Ansicht von Hermann-Josef Arentz (CDU) nicht ratsam und mit der CDU „nicht zu machen“. Der Vorsitzende stellte fest, daß der Ausschluß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge keine Kompetenzen in bezug auf die Standortfrage habe, dies sei Angelegenheit des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL).



Auf der Tagesordnung der vergangenen Sitzung stand die Einführung zum Einzelplan 07 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales — MAGS — durch Minister Dr. Axel Horstmann (SPD), der dabei betonte, daß der MAGS-Haushalt mit einem Gesamtvolumen von über 6,6 Milliarden Mark gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent steige. Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setze die Landesregierung auf drei Strategien: Ökonomische Modernisierung im Sinne einer präventiv ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik, Flankierung des Strukturwandels, Integration bestimmter Zielgruppen des Arbeitsmarktes. (Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Berufsrückkehrerinnen, Behinderte) Insgesamt sollen mit diesen Strategien über 50 000 bisher arbeitslose Personen erreicht werden. Auch die Altenpolitik bleibe ein Schwerpunkt. Mit der Übernahme eines großen Teils der Kosten für die ambulante pflegerische Versorgung alter Menschen durch die Pflegeversicherung sei es möglich, die bisher im Bereich der Förderung der Sozialstationen gebundenen Haushaltsmittel einer neuen Zweckbindung zuzuführen. Mit dem neuen Programm zur Förderung komplementärer (vorpflegerischer und pflegeergänzender) Hilfen sollen insbesondere Angebote zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit, zur Entlastung pfe-

gender Angehöriger und zur psycho-sozialen Betreuung und Begleitung Pflege- und Hilfsbedürftiger gefördert werden. Mit der Bereitstellung von 58,3 Millionen Mark leiste das Land zu einer Weiterentwicklung einen erheblichen Beitrag. Mit dem Landesinvestitionsprogramm werde das Land darüber hinaus in 1997 insgesamt 140 Millionen Mark gemäß Paragraph 19 Pflegegesetz NW vorrangig für die Förderung von Angeboten der Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege sowie für Modernisierungsmaßnahmen im Bestand der stationären Pflegeeinrichtung zur Verfügung stellen. Der Minister machte darauf aufmerksam, daß die Landesregierung in Kürze einen Entwurf eines Aktionsprogramms zur Integration behinderter Menschen in NRW vorlegen und zur Diskussion stellen werde. Durch eine ganzheitliche, alle Lebensbereiche und alle Altersgruppen erfassende, an einheitlichen Leitbildern orientierte Bearbeitung der Themen würden Synergieeffekte erwartet.

In der Gesundheitspolitik gehe es bei einem Modellprojekt der „Ortsnahen Koordination“ darum, über „runde Tische“ in den Kreisen und kreisfreien Städten vor Ort eine Abstimmung und Zusammenarbeit der verschiedenen gesundheitlichen Dienste und Einrichtungen zu erreichen. Im Rahmen eines Investitionsprogramms für den Krankenhausbereich werde im Jahr 1997 ein Finanzrahmen von rund 250 Millionen Mark zur Verfügung stehen. Der Minister wies darauf hin, daß in 1997 für diesen Bereich — einschließlich der Verpflichtungsermächtigungen und der GFG Mittel — 1,373 Milliarden Mark zur Verfügung stünden, was die Fortsetzung des hohen Engagements der Landesregierung zeige.

Die Bekämpfung der Suchtgefahren gehöre weiterhin zu den vorrangigen sozialmedizinischen Anliegen der Landesregierung. Die drei Säulen (Prävention, Drogenhilfe, Bekämpfung des Drogenhandels) werden auch in 1997 verstärkt und ausgebaut und die Bereiche Prävention und Hilfe finanziell unterstützt. Als wichtig bezeichnete der Minister in diesem Zusammenhang auch die Weiterentwicklung der Methadonsubstitution.

Ein weiteres zentrales Thema dieser Ausschlußsitzung war die Umsetzung der Strukturgespräche im Krankenhausbereich. Hierzu gab MAGS-Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender einen Zwischenbericht. Nach dem bisherigen Stand dieser Strukturverhandlungen habe sich in einem ersten Schritt bereits einvernehmlich mit den Krankenhausträgern eine Reduzierung von landesweit 5 200 Betten ergeben. Im Falle von 30 einzelnen Krankenhäusern aber seien weitere Verhandlungen notwendig. Der gesamte Prozeß der Strukturvereinbarung solle spätestens zum Ende des ersten Quartals 1997 abgeschlossen sein. Dies sei zwingend geboten, da die tendenziell sinkende Auslastung der Krankenhäuser anhalte und zu befürchten sei, daß sich die Überhänge noch erheblich erhöhen würden. Vom MAGS wurde ein Gesamtbericht für das Ende des ersten Quartals 1997 angekündigt.

Zu Beginn der Sitzung konnte die Vorsitzende des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten, Christiane Bainski (GRÜNE), Frank Sichau (SPD) als neues ordentliches Mitglied in diesem Ausschuß begrüßen. Im Anschluß wurde Erika Rothstein (SPD) einstimmig zur neuen stellvertretenden Ausschußvorsitzenden gewählt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Landeszentrum für Zuwanderung nahm der Ausschuß einen Sachstandsbericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) entgegen. Staatssekretär Dr. Bodenbender führte aus, daß dieses Landeszentrum (Standort Solingen) die Arbeit der Landesregierung in den Bereichen Integration und Zuwanderung und die Kommunen bei der Umsetzung praktischer Migrations- und Integrationskonzepte unterstützen, Forschungsprojekte Dritter initiieren, vergeben und begleiten sowie vorhandene wissenschaftliche Arbeiten praxisorientiert auswerten solle. Daneben solle die Dokumentation tatsächlicher und rechtlicher Diskriminierungen und die Publikation der konzeptionellen Vielfalt praktischer Integrationsarbeit erfolgen. Das Landeszentrum werde als fachlich selbständige Einheit in die Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge eingegliedert. Insgesamt sei bis 1998 eine Ausstattung mit 13 Stellen vorgesehen; bereits für das laufende Haushaltsjahr seien vier Stellen, einschließlich der Leitungsstelle, bewilligt. Die bauliche Fertigstellung des Zentrums könne Mittel 1997 erfolgen.

Auf Wunsch der CDU-Fraktion berichtete das Ministerium zum Thema Ausländische Jugendliche und Fundamentalismus ausführlich vor dem Hintergrund des erschreckenden Ergebnisses der entsprechenden Befragung türkischer Jugendlicher unter der Leitung von Professor Heitmeyer (Universität Bielefeld). Es sei falsch, solch ein brisantes Thema den Stammischen zu überlassen. Gleichzeitig dürften die Ergebnisse aber auch nicht emotionalisiert und skandalisiert werden. Es gelte, einen richtigen Weg zwischen einer blauäugigen Unterschätzung und einem unangemessenen Aufputzen des Themas zu finden. Nach der Studie bringe mehr als die Hälfte der befragten 1 220 Jugendlichen (im Alter zwischen 15 und 21 Jahren) einen islamischen Überlegenheitsanspruch zum Ausdruck. Gut 28 Prozent ließen Sympathie für religiös motivierte Gewaltbereitschaft erkennen. Die Zustimmung hierzu sei um so höher, je geringer die schulische Qualifikation der Befragten sei. Relativierend vermerkte der Staatssekretär, daß zwischen der Befürwortung eines entsprechenden Statements und dem tatsächlichen Verhalten in der Regel ein großer Unterschied bestehe. Tatsache sei, daß sich insgesamt Zweidrittel der Befragten mehr Kontakt mit deutschen Jugendlichen wünschten, was mit einer strikten Ablehnung der nichtislamischen Gesellschaft im Widerspruch stehe. Wichtigste Feststellung sei, daß sich die jungen Menschen zu einem großen Teil desintegriert fühlten und häufig Diskriminierungen erfahren hätten. Hier müsse ein zum Ausdruck gebrachtes allgemeines Protestverhalten bei der Befragung zugewilligt werden.

Das Landeszentrum für Zuwanderung kann bald sein Gebäude in Solingen beziehen

Willi Zylajew (CDU) dankte dem MAGS für die ausgewogene Darstellung und sah möglicherweise Sprengstoff hinter den Ergebnissen der Studie. Vera Dedanwala (SPD) kündigte eine weitere Auswertung in ihrer Fraktion an. Es seien zu diesem Themenkomplex erhebliche Anstrengungen erforderlich, um Schwierigkeiten auszuschließen. So sollten die demokratischen Kräfte in dieser Bevölkerungsgruppe mit einbezogen werden. Schulen allein könnten nicht auf allen gesellschaftlichen Problemfeldern gefragt sein. Dr. Hisham Hammad (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sprach von einem sensiblen Feld, das nicht für parteipolitische Profilierungen erhalten sollte. Seine Forderung seien zeitgemäße Einbürgerungspolitik und Anstrengungen bei partizipatorischen Maßnahmen. Oliver Wittke (CDU) stellte klar, alle Fraktionen hätten mittlerweile erkannt, wie wichtig diese Thematik sei. Auch der CDU sei an einem sensiblen Umgang gelegen. Bezugnehmend auf die Darstellung des MAGS halte er eine zweite Untersuchung, die über das tatsächliche Verhalten ausländischer Jugendlicher Aufschluß geben solle, für wünschenswert. Integrationspolitik müsse bei einem gesicherten Aufenthaltsstatus — auch ohne Doppelstaatsbürgerschaft — und bei einer ordentlichen schulischen und beruflichen Ausbildung ansetzen. Zylajew (CDU) hielt die Forderungen, die Dr. Hisham Hammad aufstellte, für überzogen und schädlich für die Sache. Er unterstellte ihm gute Absichten, mit denen aber das Gegenteil erreicht werde. Die Vorsitzende Christiane Bainski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) griff vermittelnd ein und forderte, die vielfältigen Forderungen in einem fairen Dialog zu behandeln. Unterschiedliche Herangehensweisen und Positionen sollten, auch im Hinblick auf unterschiedliche Ebenen der Betroffenheit, toleriert werden. Sie selbst halte das Ergebnis der Befragung für ein Indiz für eine mangelnde Integration.

Zu dem Aspekt „Schule“ innerhalb des Komplexes Problematik der Berufsfindung und Ausbildung junger Migrantinnen und Migranten erfolgte die Fortsetzung der Aussprache zu der öffentlichen Anhörung vom 3. Juni. Das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW) legte vor der Sitzung einen schriftlichen Bericht (Vorlage 12/859) vor. Oliver Wittke (CDU) dankte für die Feststellung, daß die Gruppe der ausländischen Schüler keine homogene Gruppe sei. Es gebe eben nicht „den“ Ausländer. Die Aussage, spezielle Hilfen nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen könnten eine Integration auch erschweren, finde ebenfalls seine Zustimmung. So nehme auch der Wortschatz deutscher Erstkläßler immer mehr ab. Solche gemeinsamen Defizite sollten unabhängig von der Zuordnung zu Bevölkerungsgruppen angegangen werden. Die Vorsitzende Christiane Bainski (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verwies auf den Umstand, daß ausländische Jugendliche meist schlechtere Schulabschlüsse erreichten. Auch die Verteilung auf die vorhandenen Schulformen sei ungleichgewichtig. Sie sprach sich deutlich für eine Erweiterung des muttersprachlichen Unterrichts aus, da es sich hier um die ursprüngliche Sozialisationssprache der Kinder und Jugendlichen handle. Auch sei eine Weiterentwicklung der Unterrichtsinhalte erforderlich. Vera Dedanwala (SPD) hielt den Bericht des MSW in Teilen lediglich für eine Zusammenstellung der bestehenden Regelungen. Inhaltlich könne sie der Feststellung, spezielle Regelungen für ausländische Schüler könnten eine Integration erschweren, nicht folgen. Diese Regelungen müßten aber nicht schädlich sein, sondern könnten zu einer Chancengerechtigkeit führen. Dr. Hisham Hammad (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte fest, er habe nach der Anhörung am 3. Juni deutlich mehr erwartet. Der Handlungsbedarf sei bislang nicht erkannt worden.



Der neue Befehlshaber im Wehrbereich III (Nordrhein-Westfalen) und Kommandeur der 7. Panzerdivision, Brigadegeneral Gert Gudera, hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt einen Antrittsbesuch abgestattet.

Foto: Schälte

Kulturhauptstadt ...

(Fortsetzung von Seite 13)

Im Gespräch, das die nordrhein-westfälischen Parlamentarier mit der Ministerin für Kultur, Jytte Hilden (Sozialdemokratische Partei), führte, standen Fragen der dänischen Kulturpolitik im Vordergrund. Nach Darstellung der Ministerin ist die Kulturförderung in Dänemark in zunehmendem Maße dezentralisiert. Das in der dänischen Kulturpolitik vorhandene „Prinzip der Armlänge“, das ein Einmischen in die Verteilung öffentlicher Kulturbeiträge vermeiden soll, gewährleiste den Abstand zwischen der Politik und der Kunst und schütze sie somit vor der Abhängigkeit von politischen Interessen. Die Verwaltung der staatlichen Gelder soll überwiegend durch eingesetzte Fachorgane (Kulturkommissionen) erfolgen. Der Kulturetat des Landes mit seinen etwa 5,2 Millionen Einwohnern beträgt knapp drei Milliarden Dänische Kronen (rund 800 Millionen Mark), was einem Anteil von 1,5 Prozent am dänischen Gesamthaushalt entspricht. Während der Anteil des Kultusministeriums etwa ein Zehntel ausmache, entfielen auf die kommunale Förderung etwa sechs Zehntel. Den übrigen Anteil stelle das regionale Budget der 14 Ämter. Die nationale Kulturförderung bestehe aus drei Ebenen: der Direktförderung der an die 50 staatseigenen, kulturellen Institutionen, der Förderung der kulturellen Fachkommissionen, die selbst über die Verwendung der Mittel entscheiden, sowie der Förderung kommunaler Projekte.

In diesem Jahr hat die Ministerin ein gesetzlich definiertes regionales Kulturförderungsexperiment auf lokaler und auf Ämterebene begonnen, mit der die bisherige Zuwendungspraxis ersetzt werden soll. Daß im übrigen in Dänemark viele Kulturbereiche durch Gesetz geregelt sind, erfuhren die nordrhein-westfälischen Kulturpolitiker auch bei ihren Kontakten mit Vertretern des Kulturausschusses des dänischen Parlaments im Folketing und mit dem Kulturbürgermeister Kopenhagens im Rathaus der Stadt. So sind in einem eigenen Theatergesetz, Museums-gesetz, Bibliotheksgesetz, Musikgesetz, Archivgesetz und Mediengesetz Regelungen über grundsätzliche Aufgabenstellungen und Zielsetzungen getroffen. Das Bibliotheksgesetz zum Beispiel sieht den kostenlosen Zugang aller Bürger zu allen gedruckten Materialien in allen Bibliotheken vor (jede Gemeinde Dänemarks verfügt über eine Bibliothek). In der Kulturförderung der Stadt Kopenhagen (gut 470 000 Einwohner) stellt der Bibliotheksbereich, was den Ausbau und auch die Finanzierung anbetrifft, im übrigen einen besonderen Förderschwerpunkt dar. Neben einer Hauptbibliothek hält Kopenhagen 20 Bibliotheksabteilungen, eine Fahrbücherei, drei Spezialbüchereien (eine für moderne Kommunikationsmittel, eine für das Rathaus und eine für Comic-Werke) sowie 100 sogenannte Service-Stellen (etwa für Krankenhäuser, Seniorenheime, Gefängnisse) vor. Mit 6,5 Millionen Leihheiten pro Jahr entfallen durchschnittlich etwa 14 auf jeden Kopenhagener Einwohner. Der Medienbestand von 2,2 Millionen Einheiten wird mit jährlichen Neuanschaffungen von etwa 170 000 Einheiten ergänzt.



Als einen kleinen, wenngleich wichtigen Beitrag wertete Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Ausstellung „Wohin?“ mit Werken israelischer und palästinensischer Künstlerinnen und Künstler, die er am 9. Oktober eröffnete. Nach seinen Worten ist die Ausstellung anlässlich der Israelisch-Palästinensischen Deutschen Kulturtag entstanden. Der Präsident dankte Astrid Ruhrmann vom Kulturamt der Stadt Münster, die die Veranstaltergemeinschaft „Give Peace A Chance“ vertrat. Laut Schmidt stellen die vierzehn teilnehmenden Kunstschaffenden zum Teil schon seit einigen Jahren gemeinsam aus. „Sie wollen auf diesem Weg ein Zeichen für Dialog und für Frieden zwischen Israel und Palästina setzen“, sagte der Präsident. Die Kuratorin der Ausstellung, Gabriele Heins, gab eine Einführung in die Werke. Das Bild zeigt v.l. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, den GRÜNE-Abgeordneten Jamal Karli sowie Frau Heins.

Foto: Schälte

Weiterbildung ...

(Fortsetzung von Seite 19)

sei die Angebotsleistung in den Weiterbildungseinrichtungen demgegenüber nicht gesunken. „Bei der Finanzierung bleibt das Land am Zuge, nicht die Weiterbildungseinrichtungen“, betonte Stutte und drückte seine Erwartung aus, daß die Personalkostenpauschale auf 65 000 Mark angehoben werde — „dies wäre ein deutliches und klares Zeichen für Erhalt und Stärkung des Herzstücks unserer Arbeit, nämlich der Hauptberuflichkeit“.

Während sich Sigmar Fischer von der Landesarbeitsgemeinschaft demokratischer Bildungswerke der Stellungnahme von Professor Ebbrecht anschloß, wandte sich Arno Klare (Landesarbeitsgemeinschaft der Arbeiterwohlfahrt) dem Evaluationsverfahren zu. Dazu machte er zwei Bemerkungen: Zum einen seien zentralstaatliche Steuerungsverfahren in die Sackgasse geraten, da sie einen hohen Einsatz von Finanzressourcen erforderlich machten und vor Ort oft Unmut hervorriefen. Zum anderen müsse die Entscheidungskompetenz der Menschen vor Ort gestärkt werden, am besten in einem konsensualen Abwägungsprozeß unter Einbeziehung unterschiedlicher Interessen. Wenn es gelänge, in einem Verfahren von „management by delegation“ die Weiterbildungseinrichtun-

gen auf den Weg zur lernenden Organisation zu bringen, würde dies eine nachhaltige und langfristige Effektivitätssteigerung in den Weiterbildungseinrichtungen ermöglichen. Ohne langfristige Prozesse der Selbstevaluation gerate das Prospekt leicht in den Verdacht, „eine reine Alibiveranstaltung zu sein“.

Die Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung hatte Birgit Meyer-Ehlert in die Konferenz entsandt. Sie urteilte, „Grundtenor der Vorstudie ist der Glaube an ein am grünen Tisch für das Land, für die Region zu planendes Weiterbildungsangebot und eine zentrale dirigistische Steuerung. Diesen Vorstellungen setzen wir ein lebendiges und flexibles und auch auf Sonderwünsche einzelner Teilnehmer abhebendes System der Weiterbildung entgegen“. Ihr Ideal sei nicht ein starres Weiterbildungssystem, das gesellschaftlichen Entwicklungen hinterherlaufe und jeweils angepaßt werden müsse, sondern ein Angebot, das attraktiv für die Teilnehmer sei, „am Puls der Zeit aktuell und jeweils angemessen agiert“. Die Weiterbildungswerke der Arbeitsgemeinschaft in Essen, Dortmund und Herford seien wirklich an der Spitze der zumutbaren Teilnehmerbeiträge gelangt. Die von den kommunalen Spitzenverbänden erhobene Forderung nach Umschichtung nannte sie „dreist“. Man fürchte keinen Effektivitätsvergleich mit anderen Trägern.

Erwin Müller-Ruckwitt von der Landesarbeitsgemeinschaft für katholische Erwachsenenbildung kritisierte, „zu einem Zeitpunkt, in der unsere Gesellschaft weiß Gott die Innovationskraft der Weiterbildung als Querschnittsaufgabe braucht, fangen wir an, uns mit uns selber zu beschäftigen — rund um die Uhr“. Das erinnere an die fatale Diskussion der letzten Jahrzehnte in Gremien- und Sitzungsdiskussionen, fuhr er fort. Die Einrichtungen der Weiterbildung hätten eine ständige Evaluation (Müller-Ruckwitt: „Die Teilnehmer stimmen bei uns mit den Füßen ab“), dazu brauche man keinen Landesauftrag, die Einrichtungen müßten zusehen, mit weniger Finanzen auszukommen. Der Sprecher regte zur „begrenzten Selbstevaluation“ an, den seit langer Zeit im Gespräch befindlichen Beirat der Weiterbildung zu etablieren.

Für die Landesarbeitsgemeinschaft gewerkschaftlicher Weiterbildung schloß sich Udo Göbel weitgehend der Stellungnahme des DGB-Bildungswerks an und betonte für seinen Part ein weiteres Mal die Bedeutung der politischen Bildung gerade in der heutigen Zeit. Peter Schliebeck (Landeseinrichtung NRW des Bildungswerkes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft) vermißte in der Evaluation politische Vorgaben und — damit ging er über seinen Vorredner hinaus — „wir vermissen überhaupt eine erkennbare Weiterbildungspolitik in diesem Lande“, hier dränge sich das Schlagwort von der „lose verkoppelten Anarchie“ auf, das in einem anderen Zusammenhang geprägt worden sei. Als Beispiel nenne er hier das Gerangel um die AMWG-Finanzierung, das nun schon seit über sieben Jahren sich hinziehe. Mit der Frage, welche Rolle die Weiterbildung für das Ministerium überhaupt spiele, gehöre der Gesichtspunkt Finanzierung, wie viele Landesmittel für Weiterbildung insgesamt eingesetzt würden.

(wird fortgesetzt)

Polizeipräsidium

Am Neubau in Köln wird festgehalten

Der Einzelplan 03 — Innenministerium (IM) — stand Mitte September im Mittelpunkt der Beratungen des Ausschusses für Innere Verwaltung unter Leitung seines Vorsitzenden, Klaus Stallmann (CDU).

Stefan Frechen, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, bat das Ministerium um Auskunft über die Hintergründe für den Stellenzugang bei der Polizei, die Abgabe von 78 Stellen zugunsten der Einzelpläne 05/06, den Anstieg der sächlichen Verwaltungsausgaben (vor allem in der Hauptgruppe 5), den verringerten Mittelansatz für Entschädigung und Unterstützung von NS-Opfern, den starken Anstieg der Zuweisungen und Zuschüsse an die Gemeinden zur Erstattung der Kosten der Asylbewerber, das Stocken der Baumaßnahmen bei der Polizei in Köln und Siegburg sowie nach den Aus- und Folgewirkungen von Flexibilisierungsmaßnahmen, besonders der Einführung des neuen Steuermodells bei der Polizei. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heinz Paus, erbat Erläuterungen zur Stellenentwicklung — vor allem bei Neueinstellungen der Polizei — in den Folgejahren, zum Stopp bereits anfinanzierter Baumaßnahmen, zu Einsparungen als Auswirkung der Organisationsuntersuchung des Ministeriums, zur Zahlenentwicklung der Asylbewerber und zur Entwicklung von Beihilfe und freier Heilfürsorge mit einer Bewertung des Systems.

Staatssekretär Wolfgang Riotte (Innenministerium) räumte ein, die Ausgabensteigerung im IM-Etat liege mit etwa vier Prozent deutlich über der Steigerung des Gesamtetats (+ 2,4). Diese habe im wesentlichen — von der Entwicklung der Personalausgaben abgesehen — zwei Ursachen. Durch den Übergang vom Netto- zum Bruttoprinzip bei der Veranschlagung von Haushaltsmitteln steigen die Verwaltungsausgaben statt um ein um 8,6 Prozent. Durch das Zusammenfallen von Spitzabrechnungen und Pauschalen an die Gemeinden zur Erstattung der Kosten für Asylbewerber fallen 1996 und 1997 mehr Ausgaben an, vor allem, weil sich viel mehr Gemeinden als erwartet für die Kostenpauschale entschieden hätten. Das Zusammentreffen von Spitzabrechnung und Pauschale führe insgesamt zu einem Anstieg um 140 Millionen Mark in der Hauptgruppe 6. Erst 1997 sei eine Wahl der Gemeinden zwischen Spitzabrechnung und Pauschale nicht mehr möglich.

Für die Entschädigung von NS-Opfern habe das Haus zunächst sieben Millionen Mark veranschlagt, diesen Ansatz jedoch verringert, weil nach realistischer Einschätzung des Bedarfs (auch durch das Finanzministerium) nur 4,5 Millionen Mark benötigt würden. Dann ging der Staatssekretär auf die Personalentwicklung ein. Sein Haus habe ohne Erfolg die Rettung von 78 Stellen versucht, die zugunsten der Einzelpläne 05 und 06 hätten geopfert werden müssen. Anders sei die Entwicklung der z. A.-Stellen für nach der Ausbildung zu übernehmende Polizeianwärter.

So seien vor drei Jahren mehr Anwärter eingestellt worden, als jetzt benötigt würden. Die Fehleinschätzungen lägen einerseits in der Tatsache, daß Polizeibeamte später als erwartet in den Ruhestand gingen, andererseits weibliche Bedienstete in viel geringerem Umfang als geschätzt von der Möglichkeit des Mutterschaftsurlaubs Gebrauch machten. Hinzu komme die Tatsache, daß nicht mehr so viele Polizisten in Berufe der freien Wirtschaft wechseln. Heute müsse prognostiziert werden, wie viele Vakanzen es voraussichtlich in vier Jahren bei der Polizei geben werde. In solch langen Zeiträumen könnten Veränderungen nie ausgeschlossen werden. Das Zusammentreffen der verschiedenen Ursachen führe dazu, daß es 1997/1998 insgesamt 1200 Beamte mehr geben werde, als dies den politischen Absichten entspricht. Natürlich müsse dieser Überhang schnellstens abgebaut werden.

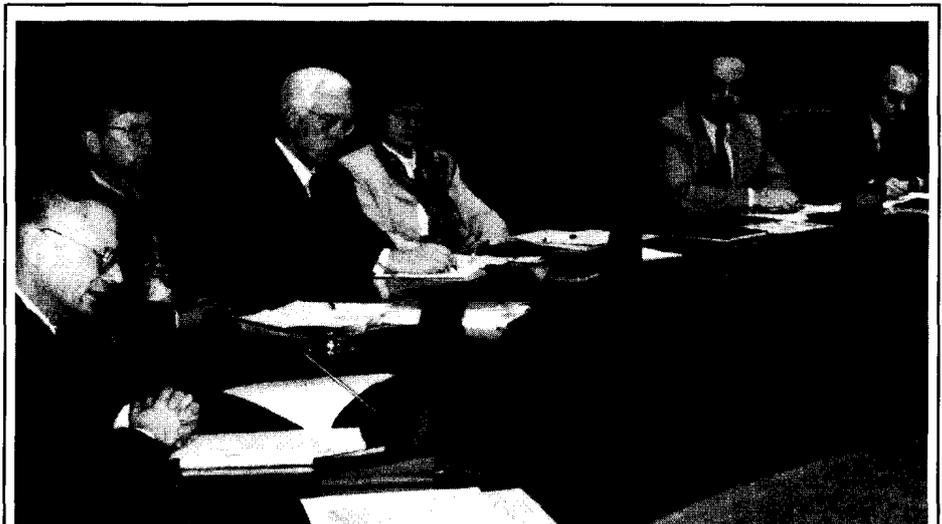
Der Staatssekretär wandte sich dann den Baumaßnahmen zu. An der Neubaupolitik in Köln werde festgehalten. Wenn die liegenschaftlichen Voraussetzungen bis 1997 geschaffen würden, sei sichergestellt, daß der Neubau des Polizeipräsidiums in die Reserveliste Bau aufgenommen wird.

Für den Umbau in Siegburg habe es 1996 nur einen Planungsansatz gegeben. Da es in der Reserveliste Bau für die Polizei sehr eng war, würde das Vorhaben 1997 nicht fortgeführt. Stefan Frechen kritisierte für die SPD, daß für die Planung hohe Summen veranschlagt waren und bei den Betroffenen Hoffnungen geweckt wurden, nun aber das Projekt aufgegeben oder für längere Zeit verschoben werde. Er setze jedoch großes Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit des Ministeriums bei der Hebung bestimmter Projekte in die Prioritätenliste.

Zum Thema Flexibilisierung führte Riotte aus, bei der Ausweitung der Modelle für die Kreispolizeibehörden sei Vorsicht geboten. Zum Umstieg in neue Steuerungsmodelle gehöre als Globalmaßnahme die Budgettierung. Im Modellversuch sei innerhalb einer bestimmten Titelgruppe alles gegenseitig deckungsfähig. Eine Ausweitung auf den gesamten Haushalt der Polizei könne erhebliche Auswirkungen auf die Globalsteuerung der Haushaltspolitik des Bundes, der Länder und der Gemeinden haben, wenn beispielsweise nicht mehr sichtbar sei, ob Sachausgaben im Rahmen der Budgettierung in Investitionen münden.

Allen anderen Behörden sei jedoch weitgehende Flexibilisierung eingeräumt. So könnten etwa eingesparte Personalausgaben für Investitionen oder Sachausgaben verwendet werden, könnte auch ein Prozent der Gesamtausgaben der Polizei in das nächste Haushaltsjahr übertragen werden. Es sei nun möglich, viele Entscheidungen von der Landesebene auf die Kreispolizeibehörden zu delegieren. Zu den nachgefragten Auswirkungen der Organisationsuntersuchung des Ministeriums verwies Riotte auf die sich aus dem Haushaltsplan ergebende Gesamtzahl der bis zum Jahr 2000 einzusparenden Stellen.

Auf die Frage Roland Appels (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) nach der Umwandlung von fünf Planstellen der Besoldungsgruppe A 9 mittlerer Dienst nach A 11 für Polizeivollzugsbeamte in der Titelgruppe des Verfassungsschutzes erklärte er abschließend die haushaltstechnischen Hintergründe und stellte fest, dies sei keinesfalls ein Hinweis darauf, daß im Ministerium tätige Beamte der Polizei schneller die höhere Besoldungsstufe erreichten als ihre restlichen Kollegen.



Mit der Mehrheit der anwesenden Ausschußmitglieder der CDU-Fraktion hat der Ausschuß für Haushaltskontrolle (Vorsitzender Wilhelm Riebniger, CDU, zweiter von rechts) in die auf Antrag der CDU zustande gekommene Sondersitzung den Finanzminister des Landes „zitiert“. Thema war dabei der Dienstreiseerlaß des Finanzministers vom 5. Februar dieses Jahres, mit dem nach Auskunft des Ministeriumssprechers Dr. Jockel (links im Bild) versucht wird, durch Bündelung der Buchung von Reisen der Ressorts der Landesregierung und der nachgeordneten Behörden in der Hand eines Vermittlers, der First-Reisebürogruppe, nennenswerte Rabatte zu erzielen (ein Nachlaß von fünf Prozent auf alle Reiseleistungen steht zur Debatte) und dadurch Haushaltseinsparungen zu erreichen. Zu keiner Zeit, so die Darstellung, sei es als nötig erachtet worden, den Minister mit der Angelegenheit zu befassen. Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) teilte mit, er habe sich nach Bekanntwerden von Veröffentlichungen der CDU-Landtagsfraktion in dieser Sache erst einlesen müssen. Das durch den Erlaß betroffene Haushaltsvolumen bezifferte der Ministeriumssprecher mit etwa sechs Millionen, bei 95 Millionen Mark insgesamt, die für Reisekosten im Landeshaushalt veranschlagt seien. Bei Vertragsabschluß sei von einer Beteiligung der Westdeutschen Landesbank an dem Unternehmen nichts bekannt gewesen, erklärte das Finanzministerium. Teilnehmer der Sitzung war auch der Landesrechnungshof, an seiner Spitze die Präsidentin Ute Scholle (dritte von rechts); rechts im Bild Ausschußassistent Günter Baumann.

Foto: Schälte



Die Präsidentin des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen, Ute Scholle, hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt den Prüfbericht 1996 übergeben. In einer Pressekonferenz im Landtag vertrat die Präsidentin die Auffassung, daß das Land auf längere Sicht mit Schulden in Höhe von 145 Milliarden Mark leben müsse. Die Prüftätigkeit des Landesrechnungshofs hat nach Darstellung von Frau Scholle zu Rückflüssen von nachweislich mehr als 52 Millionen Mark in die Landeskasse geführt. Bild: Schälte

Stadterneuerung schafft eine Million Arbeitsplätze

Auch Dorferneuerung Impulsgeber

Den Städten, Gemeinden und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen wurden für Stadterneuerungsmaßnahmen von 1980 bis 1995 Zuwendungen in Höhe von 10,6 Milliarden Mark gewährt.

Das teilte Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD) in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Eckhard Uhlenberg mit. Nach Angaben der Ministerin hat das Land hiervon 8,4 Milliarden Mark aus eigener Kraft aufgebracht, 2,2 Milliarden Mark waren Bundesfinanzhilfen. Frau Brusis wies darauf hin, für 1996 sei ein Stadterneuerungsprogramm mit einem Mittelvolumen von rund 437 Millionen Mark verkündet worden.

Sie erläuterte, durch den Einsatz dieser Mittel in der Vergangenheit sei es gelungen, die Städte und Gemeinden trotz erheblichen strukturellen Wandels zu stabilisieren und

zugleich Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Hierdurch sei ein Investitionsvolumen angestoßen worden, das mindestens eine Million Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert habe. Zur Dorferneuerung stellte die Ministerin fest, diese sei seit 1982 ein Schwerpunkt der Entwicklung des ländlichen Raumes. Sie sei Impulsgeber für die Ökologie und die heimische Wirtschaft. Seit 1982 hätten Fördermaßnahmen von rund 320 Millionen Mark Investitionen von mehr als 700 Millionen Mark ausgelöst (Drs. 12/1123).



Eine Parlamentarierdelegation aus Äthiopien hat den Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) begrüßt worden. Eine Diskussion der äthiopischen Gäste, die sich auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland aufhielten, mit Mitgliedern des Ausschusses für Innere Verwaltung schloß sich an. Foto: Schälte

Professor Wolfgang Hufschmidt, Rektor der Folkwang-Hochschule in Essen, ist von Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) in den Ruhestand verabschiedet worden. Nach ihren Worten war das Leben des Professors für Komposition seit 30 Jahren mit dem „Kulturland Nordrhein-Westfalen“ verbunden. Professor Hufschmidt, 1934 in Mülheim a. d. Ruhr geboren, stand der Hochschule acht Jahre als Rektor vor. Unter seiner Leitung erbrachte die Einrichtung beispielhafte Leistungen in den Partien Musical, Schauspiel, Musiktheater und Tanz. Nachfolger Hufschmidts ist Professor Edmund Illerhaus, der seit 1969 als Professor für Gesang an der Essener Hochschule lehrt.

Einige Anwärter auf Ausbildung bei der Polizei müssen warten

Nur 833 und nicht, wie im Landeshaushalt 1996 vorgesehen, 1 700 junge Männer und Frauen werden in diesem Jahr ihre Ausbildung bei der Polizei gegonnen haben. Nachdem in den letzten Jahren die Zahl der Ausbildungsplätze stetig erhöht wurde, konnten in diesem Jahr nicht alle Absolventen des Auswahlverfahrens eingestellt werden.

Die wichtigste Ursache dafür sei jedoch nicht die angespannte Haushaltslage, sondern die Tatsache, daß weniger Polizisten auf eigenen Wunsch aus dem Dienst ausschieden, berichtete Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Willi Zylajew (CDU). Der Innenminister betonte, daß bei der Planung von Ausbildungsstellen zwar die Zahl der Beamten, die aus Altersgründen in den Ruhestand gehen, exakt anzugeben sei, alle anderen Gründe für ein Ausscheiden aus dem Polizeidienst jedoch nicht. Solche Gründe sind z. B. die Versetzung zu einem anderen Dienstherrn oder das Ausscheiden aus dem Dienst auf eigenen Wunsch. Aufgrund der in diesem Jahr knapper gewordenen freien Stellen konnten zum 1. April nur 406 Auszubildende eingestellt werden, zum 1. September lediglich 266 und zum 1. Oktober nur 161.

Die Zusage der Einstellung bleibt jedoch für alle Bewerber, die das Auswahlverfahren erfolgreich absolviert haben, bestehen. Bewerber, die in diesem Jahr nicht eingestellt werden konnten, können im nächsten Jahr ihren Ausbildungsplatz antreten. Einstellungstermin sind dann für den mittleren Dienst der 1. April 1997, auf Wunsch der Bewerber auch der 1. Oktober 1997, für den gehobenen Dienst der 1. September 1997 (Drs. 12/1206).

Literatur

Ein Land mit Kohle und Stahl

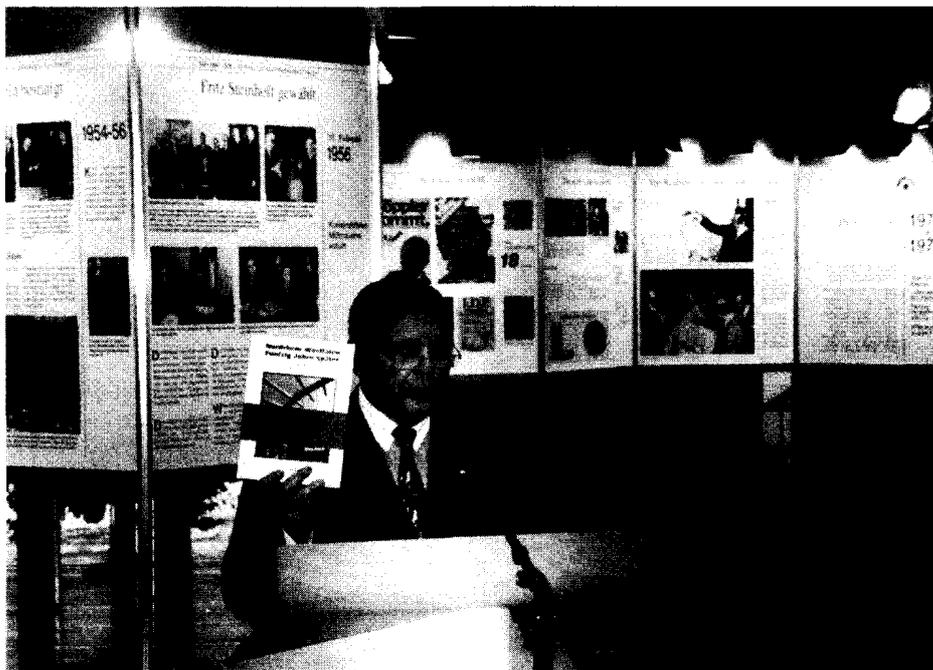
Gerhard Brunns und Jürgen Reuleckes „Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946–1996“ ist ein Handbuch, dessen Qualität in der Reichhaltigkeit der Ansätze liegt, die die Entwicklung des Landes von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis heute skizzieren. Anhand exemplarischer Aspekte soll es seinem Leserkreis – den Mitgliedern der Politischen Bildung – ermöglichen, verschiedene Wendungen, die das Land genommen hat, in ihrem Kontext zu vertiefen. Mit besonderem Augenmerk auf der mentalitätsgeschichtlichen Analyse werden Eindrücke, Gefühle, Hoffnungen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger des Landes wiedergegeben. Den Schwerpunkt aber legen die Autoren auf die Darstellung der Jugendgeschichte. Dabei wird die institutionelle Arbeit des Landes ebenso erwähnt wie die in Eigenverantwortung gegründeten Jugendvereine. Gleichzeitig verweisen Brunn und Reulecke aber auch auf die Ausbruchversuche der Jugendlichen aus den für sie vorgesehenen Strukturen. Lebendig wird das Bild von Rockern der 50er, Hippies der 70er Jahre oder der „Online-Generation“ von heute aufgeworfen.

Daneben bemühen sich die Verfasser auch um einen Einblick in wirtschafts- und verfassungsgeschichtliche sowie politische Ereignisse der letzten 50 Jahre.

Die Montanindustrie ist nur ein Beispiel, das herangeführt wird, um zu zeigen, welchen Erschütterungen das Land ausgesetzt wurde. Solange Kohle und Stahl für das Wohl eines Großteils der Landesbevölkerung sorgten, wurden auch die politischen Verhältnisse nicht in Frage gestellt. Doch bereits nach der ersten Kohlekrise wurde die Forderung nach einem umfassenden Strukturwandel laut, der den drohenden Untergang der gesamten Ruhrgebietsregion noch einmal abwenden sollte. Die Debatten um das Für und Wider eines Strukturwandels geben Brunn und Reulecke auch im Zusammenhang mit dem politischen Machtwechsel von der CDU zur SPD im Jahre 1966 ausführlich wieder. Strukturwandel „von dem Land von Kohle und Stahl zu einem Land mit Kohle und Stahl“, wirtschaftlicher Bedeutungsverlust und Öffnung des europäischen Marktes fordern neue Denkmodelle und ganz neue Politikfelder. Die Verfasser zeigen hier besonders deutlich die Dynamik des Landes NRW, das sich auch heute noch ständig neu orientieren muß.

Vor diesem Hintergrund läßt sich zusammenfassen: Die Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens ist eine durch und durch lesenswerte Darstellung prägnanter Ereignisse, die sich im Laufe von 50 Jahren angesammelt haben. Auf 250 Seiten bietet es seinen Lesern einen gelungenen Überblick über die Geschichte. Jenen, die zu bestimmten Teilgebieten mehr wissen wollen, haben die Autoren eine umfangreiche und aktuelle Biographie an die Hand gegeben.

Dalia Scripic (Brunn, Gerhard/Reulecke, Jürgen, Kleine Geschichte von Nordrhein-Westfalen 1946–1996, Hrsg. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen)



Gutes Stück Demokratiegeschichte

„50 Jahre sind für die Menschheitsgeschichte nur ein Augenblick.“ Mit diesem Satz begann Landtagspräsident Ulrich Schmidt seine Rede zur Eröffnung der Ausstellung „50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen“ am 30. September im Eingangsfoyer des Parlaments. Er fuhr fort, 50 Jahre Frieden, Freiheit und Demokratie hingegen seien, zumal für die deutsche Geschichte, beispiellos. Es seien die Briten gewesen, die 1946 das Land NRW gegründet und die Abgeordneten des ersten Landtags ernannt hätten. Das sei, auch wenn die Entscheidungsbefugnisse dieses Parlaments noch sehr begrenzt gewesen seien, ein erster Schritt hin zur parlamentarischen Demokratie und hin zur föderativen Ordnung gewesen. Der Präsident fuhr fort, die Ausstellung zeichne den Weg nach, den das Land genommen habe. Der Landtag als höchstes Verfassungsorgan Nordrhein-Westfalens und als zentraler Ort der politischen Auseinandersetzung habe durch seine Entscheidungen die Entwicklung des Landes gestaltet, gefördert, in die richtigen Bahnen gelenkt. Das Votum der Wählerinnen und Wähler, angefangen von der ersten Landtagswahl am 20. April 1947 bis zur letzten Wahl am 14. Mai 1995 habe zu völlig unterschiedlichen politischen Konstellationen in NRW geführt. Die Bürgerinnen und Bürger hätten mit ihren Stimmen entscheidenden Einfluß auf die Politik genommen und für einschneidende Veränderungen gesorgt. Sie hätten Alleinregierungen ermöglicht wie zwischen 1958 und 1962 für die CDU und zwischen 1980 und 1995 für die SPD. Sie hätten Parteien den Einzug in den Landtag verwehrt wie in den 50er Jahren der KPD und dem Zentrum und jüngst der FDP. Und sie hätten die GRÜNEN erstmals 1990 mit Mandaten ausgestattet. Diese Ausstellung zeige, daß der Landtag NRW ein gutes Stück Demokratiegeschichte geschrieben habe. Der Präsident berichtete ferner, die Ausstellung sei als Wanderausstellung konzipiert. Sie solle ab 1997 in Rathäusern, Sparkassen, Schulen und anderen Einrichtungen gezeigt werden. Des weiteren schildere ein anderes Projekt, ein Film, im Zeitraffer die wichtigsten Etappen der Landesgeschichte. Mit dem Buch „Nordrhein-Westfalen fünfzig Jahre später“ unterstütze der Landtag die wissenschaftliche Forschung. Ein weiterer Band „Das Land und seine Abgeordneten“ sei eine Verbeugung vor den Frauen und Männern, die von 1946 bis heute als Abgeordnete die Politik des Landes bestimmt hätten.

Foto: Schälte



Eine finnische Parlamentarierdelegation des finnischen Ausschusses für Bildung hat den Landtag besucht und ist von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (M.) zu einem Meinungsaustausch über bildungs- und kulturpolitische Fragen empfangen worden. Rechts im Bild der SPD-Abgeordnete Manfred Degen.

Foto: Schälte

SPD-Fraktion

Risikokapital für kleine und mittlere Unternehmen

„Wir wollen in Nordrhein-Westfalen einen Beteiligungsfonds einrichten, um Unternehmen Risikokapital zur Verfügung zu stellen.“ Dieses Zitat der SPD-Landtagsfraktion ist nach den Worten ihres wirtschaftspolitischen Sprechers, Bodo Hombach, einer „der wichtigsten wirtschaftspolitischen Anstöße der Koalition in dieser Legislaturperiode“. Der Fonds solle mit mindestens 100 Millionen Mark ausgestattet werden. Damit ließen sich über Kredite bis zu einer Milliarde Mark mobilisieren. Kapital, das für zukunftsfrüchtige Unternehmen mit marktfähigen Produkten zur Verfügung stehen soll.

Bei der Erläuterung der Initiative führte Hombach aus: „In Deutschland gibt es bislang keinen funktionierenden Finanzmarkt für Risikokapital. Wir benötigen aber einen eigenständigen Markt für das Zukunftskapital, um Neugründungen und innovative Unternehmen, die expandieren wollen, zu fördern. Die deutsche Unternehmensfinanzierung ist bisher vorrangig auf Kreditfinanzierung ausgerichtet. Gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen ist die auf Sicherheiten zur Abdeckung des Risikos basierende Kreditgewährung jedoch unzureichend. Risikokapitalanlagen in Unternehmen sind steuerlich gegenüber anderen Vermögensanlagen benachteiligt. Diese Fehlsteuerung steuerlicher Subventionierung führt dazu, daß sich die Vermögensanlage in Deutschland einseitig auf Immobilienfonds, Schiffbau oder Immobilienerwerb konzentriert, während die für die Entwicklung unserer Produktions- und Dienstleistungsstandorte wichtige Beteiligungsfinanzierung unbeachtet bleibt. In der Rezession müssen viele kleine Unternehmen mangels Eigenkapital Konkurs anmelden. Da der Bund bisher keine geeigneten Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Beteiligungskapital geschaffen hat, besteht in Nordrhein-Westfalen dringender Handlungsbedarf. Deshalb schlagen die wirtschaftspolitischen Sprecher und Sprecherinnen der beiden Koalitionsfraktionen die Bildung eines „Beteiligungsfonds NRW“ vor. Bei der Bereitstellung des Risikokapitals durch den Fonds steht die Abschätzung des wirtschaftlichen Erfolgs im Mittelpunkt. Die Zukunftsfähigkeit und der Innovationsgehalt der Produkte und deren Marktchancen sollen national wie international abgeschätzt werden. Der Beteiligungsfonds soll mindestens mit einem Kapital von 100 Millionen Mark ausgestattet werden. Es geht vorrangig darum, privatwirtschaftliche Mittel bereitzustellen. Sein Hauptaugenmerk soll der Fonds auf kleine und mittlere Unternehmen richten.“

CDU-Fraktion

Dienstreiseerlaß: CDU hat weiter Aufklärungsbedarf

Der CDU-Sprecher für Haushaltskontrolle im Landtag, Michael Breuer, hat „weiterhin hohen Aufklärungsbedarf darüber, ob beim Reisekostenerlaß von Finanzminister Schleißer alles mit rechten Dingen zugegangen ist“. Die von der CDU beantragte Sondersitzung des Fachausschusses habe erstaunliche Erkenntnisse ans Tageslicht gebracht, faßte Breuer zusammen. Dieser Erlaß weist alle Landesbediensteten an, Dienstreisen nur noch über die WestLB-Tochter First abzuwickeln. Breuer:

- Finanzminister Schleißer habe mehrfach eingeräumt, bis zur Pressekonferenz der CDU im September nichts von diesem Erlaß gewußt zu haben. „Sechs Monate lang wird aus angeblichen Einspargründen die Buchung von Dienstreisen sämtlicher Landesbediensteter zentralisiert, ohne daß der Finanzminister darüber ein einziges Wort gehört haben will? Was herrschen in dem Hause eigentlich für Zustände? Schleißers Aussage kann man auch als Versuch interpretieren, sich auf Kosten dieses peinliche Eingeständnisses vom Erlaß zu distanzieren“, erklärte der CDU-Sprecher.
 - Bereits anderthalb Jahre, bevor sich die Ressorts im Finanzministerium im August 1995 mit dem Einholen von Angeboten konkret beschäftigen, habe die First-Gruppe im März 1994 in einem Schreiben an die Staatskanzlei angeboten, für das Land NRW die Abwicklung der Dienstreisen zu übernehmen. Anfang 1995 habe es dann direkte Gespräche mit dem Finanzministerium gegeben.
 - Der im Ausschuß referierende Abteilungsleiter habe eingeräumt, daß ein Rabatt von 5 Prozent in der Reisebranche üblich sei und
 - daß es entgegen der Pressemitteilung Schleißers als Antwort auf die CDU-Pressekonferenz keine ordnungsgemäße öffentliche Ausschreibung gab und
 - daß einzelne Behörden durchaus kostengünstiger buchen könnten.
- Breuer: „Für die CDU verdichtet sich mehr und mehr der Verdacht, daß durch den Reiseerlaß Schleißers die Option verbaut wurde, mehr einzusparen, als es jetzt möglich ist. Dann stellt sich natürlich wieder die Frage nach dem Grund für diesen Erlaß. Und an diesem Punkt stoßen wir erneut auf eine mögliche Interessenkollision des Finanzministers und des WestLB-Vertreters Schleißer.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

DIE GRÜNEN-Fraktion

Steinkohle: Land taugt nicht zum Ausfallbürgen

Die neueste Hiobsbotschaft aus Bonn: Der Bund will seinen Beitrag zur Steinkohlefinanzierung bis zum Jahr 2005 um mehr als die Hälfte auf 4,5 Milliarden Mark kürzen, fordert jedoch im gleichen Atemzug das Land NRW auf, seine Hilfen nahezu zu verdoppeln, nämlich auf 1,5 Milliarden Mark. Für die notwendigen Maßnahmen zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen will der Bund keinen müden Pfennig hinzuzahlen.

Die Bundesregierung nimmt es mit ihrem Kahlschlag-Konzept offensichtlich in Kauf, daß in den Steinkohleregionen der gleiche wirtschaftliche Niedergang ausgelöst wird, wie er in vielen Regionen Ostdeutschlands zu beobachten ist. Damit nehmen bornierte Finanztechnokraten den betroffenen Regionen die Chance, den unvermeidlichen Strukturwandel in einem überschaubaren Zeitraum und aus eigener Kraft zu bewältigen. Zum positiven Ansehen der Politik trägt dieser Vorstoß aus Bonn auch nicht gerade bei: Während der Bundeskanzler sich pathetisch zur Steinkohle bekennt, schafft der Finanzminister vollendete Tatsachen. Die Menschen in den Steinkohleregionen werden somit zu Spielbällen einer konzeptionslosen, kurzatmigen Sparpolitik, die zwar kurzfristig einige Milliarden Mark einspart, aber schon mittelfristig um so größere wirtschaftliche Probleme schafft.

Es ist ungeheuerlich, daß die gleiche Bundesregierung, die mit der Vermögensteuer eine zentrale Einnahmequelle der Länder beseitigen will, nun von NRW sogar einen noch höheren Beitrag zu den ohnehin schon erdrückenden Kohlelasten verlangt. Schon heute ist NRW nur mit äußerster Mühe in der Lage, seine notwendigen Aufgaben in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik zu finanzieren. Für weitere Belastungen bleibt da kein Raum.

Besonders enttäuschend ist die Tatsache, daß der Bund nun offenbar von seiner früher geäußerten Absicht abrückt, einen Teil der freiwerdenden Subventionsmittel für den Strukturwandel und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen bereitzustellen. Der Bund weist auch das von der IGBE und der Ruhrkohle vorgelegte Konzept für eine mittelfristige, sozial- und regionalverträgliche Reduzierung von Förderung und Beschäftigung im Steinkohlenbergbau zurück. Die Betroffenen selbst hatten einen Vorschlag vorgelegt, der für sie die Schmerzgrenze aufzeigt, ohne die Gesellschaft insgesamt zu überfordern. Innerhalb von zehn Jahren sollten die Belegschaften halbiert werden; diese Entwicklung würde es ermöglichen, innerhalb von rund 20 Jahren den heimischen Steinkohlenbergbau auslaufen zu lassen, wie es auch das Steinkohlekonzept von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorsieht. Anstelle eines Konsenses sind die Zeichen jetzt auf wirtschaftlichen Niedergang einer ganzen Region gestellt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf, die gültigen Verträge zur Steinkohlefinanzierung einzuhalten. Nun ist die CDU in NRW gefordert, ihre Parteifreunde in Bonn zur Vernunft zu bringen und auf Vertragstreue zu verpflichten.

Wissenschaftszentrum ...

(Fortsetzung von Seite 7)

Teile der Grundlagenforschung an den Hochschulen würden in Gefahr geraten, wenn man ihnen diese interdisziplinäre Aufgabe aufbürde. Das, was in den letzten acht Jahren am Wissenschaftszentrum entstanden sei, habe die damals vom Landtag gehegten Hoffnungen voll bestätigt.

Für die CDU erklärte deren stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ruth Hieronymi, gerade für NRW sei die Zukunftsfähigkeit ein zentrales Thema. Zu den Fragen Zukunft der Arbeit und Zukunft der Mobilität habe der Landtag inzwischen Enquetekommissionen eingerichtet. Sie hoffe, daß der Landtag diese Frage in enger Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum beleuchten werde. Auch sie sehe die Notwendigkeit, noch sehr viel stärker als früher interdisziplinär zu arbeiten. Ohne Interdisziplinarität könnten die meisten gesellschaftlichen Fragen nicht mehr beantwortet werden.

Dienst am Land

Für die GRÜNE-Fraktion führte deren Sprecherin Gisela Nacken aus, Professor Kaiser habe gesagt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Wissenschaftszentrums verstünden ihre Arbeit auch als Dienst an diesem Land. Genauso empfinde sie das, was das Wissenschaftszentrum tue, als ein großes Kapital, mit dem die Politikerinnen und Politiker dieses Landes wuchern könnten. Für wichtig halte sie ferner, daß der Charakter des Wissenschaftszentrums problemübergreifend sei. Das fehle in der Politik leider auf vielen Ebenen. Aber sie habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß es auch in der Politik gelinge, wichtige Themen quasi interdisziplinär anzugehen.

Franz Riscop (CDU), Landtagsabgeordneter, ist im Oktober dieses Jahres 25 Jahre Fraktionsvorsitzender der CDU Königswinter. Dem Rat der Stadt gehört er seit 1961, dem Landtag seit 1980 an.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (0211) 884 23 03,
884 23 04 und 884 25 45, T-Online: *56801#, FAX
884 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (0211) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche



Dr. Irmgard Klingbeil (CDU)

Gewachsen ist das politische Engagement der Zahnärztin Dr. Irmgard Klingbeil, als sie bei der Arbeit in den Schulpflegschaften ihrer vier Kinder merkte, daß viele der dort anstehenden Fragen ihre Lösung erst auf anderen Ebenen finden konnten. So ist sie 1977 in die CDU eingetreten. Die Annahme ihres ersten politischen Mandats im Kreistag von Gütersloh im Jahre 1980 hat sie sich aber nicht leichtgemacht. Ihr war bewußt, daß sie danach ihrer Familie nicht mehr so viel Zeit und Kraft widmen könnte, wie zuvor und vor allem ihren Kindern einen höheren Grad an Selbständigkeit abfordern mußte.

Rasch kamen neue politische Aufgaben in der Familien- und Schulpolitik sowie der Arbeit für Behinderte hinzu. Das führte schließlich zur Wahl von Irmgard Klingbeil zur Aufsichtsratsvorsitzenden der „Gemeinnützigen GmbH Werkstatt für Behinderte im Kreis Gütersloh“, in der heute 600 Behinderte an mehreren Orten betreut und beschäftigt werden. Neben den Werkstätten bestehen zwei Wohnheime, ein weiteres Wohnheim und eine zusätzliche Werkstatt sind geplant. Zwar erfordern ihre Aufgaben in diesem Amt viel Zeit und Kraft, aber nirgendwo sonst wird die Tätigkeit so aufmerksam registriert und mit dankbarer Zuwendung belohnt. So will sie die Arbeit für Behinderte auch nach ihrer Wahl in den Landtag weiterführen. Mitarbeit unter anderem im „Kinderschutzbund“, der „Deutschen Liga für das Kind“ und im „Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten“ beweisen ihr besonderes Engagement.

Stellvertretende Landrätin des Kreises Gütersloh war Dr. Irmgard Klingbeil 1988 bis 1994, seit 1988 ist sie Mitglied im Bezirksvorstand der CDU Ostwestfalen-Lippe, 1993 bis 1995 außerdem noch im CDU-Landesvorstand NRW. Zur Wahl in den Landtag meint sie, dahinter habe nicht nachdrückliches eigenes Karrierestreben gestanden, sondern der Wunsch des bisherigen CDU-Abgeordneten Karl-Ernst Strothmann aus Gütersloh nach Ablösung. Immerhin hat sie sich noch gegen zwei Gegenkandidaten durchgesetzt, bis sie von der NRW-CDU als Landtagskandidatin aufgestellt wurde. Die Gütersloher Politikerin hat in den Nachkriegsjahren ein hartes Flüchtlingschicksal gehabt. Ihre Eltern und zwei Geschwister hatten in Halle/Saale gelebt und kamen nach der Flucht über die damalige innerdeutsche Grenze zusammen in einem einzigen zehn Quadratmeter großen Zimmer unter. Unter schwierigen Bedingungen mußte sie dort die Wissenslücken auffüllen, um den Anschluß an das westdeutsche Gymnasium zu finden. Nach dem Abitur 1955 studierte sie als Werkstudentin Zahnmedizin in Marburg/Lahn, München und Göttingen. Nach zweijähriger Arbeit in einer zahnärztlichen Praxis heiratete sie und legte ihre Doktorprüfung ab. Danach wurde sie Hausfrau: „Ich wollte meine Kinder selbst großziehen.“

Geringschätzung für jene Mütter, die sich vorrangig um Familie und Kinder kümmern, hat Irmgard Klingbeil in der praktischen Umsetzung der Familienpolitik immer wieder gestört. Demgegenüber vermißt sie ein Gegengewicht in der öffentlichen Meinung, das eine Entscheidung für die nach ihrer Meinung für Kinder außerordentlich wichtige Phase des Aufwachsens in der Familie stärker wertet. Dazu würde nach ihrer Ansicht auch eine Erleichterung des Wiedereinstiegs von Frauen in den Beruf gehören, der gegenwärtig oft nicht mehr gelingt. „Da wird sich in den Köpfen noch viel ändern müssen“, meint Dr. Irmgard Klingbeil. Viele der jungen Männer freilich hätten jetzt schon eine andere Einstellung und erleichterten ihren Frauen die Beibehaltung der beruflichen Tätigkeit, indem sie sich selbst stärker an Haus- und Familienarbeit beteiligten.

Bei der Zuweisung der Ausschußmitgliedschaften im NRW-Landtag wurde Dr. Irmgard Klingbeil Mitglied im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung – „eine Fortführung der bisherigen Beschäftigung mit Schulen“ – sowie im Ausschuß für Kultur, der nach ihrer Meinung inzwischen sehr notwendige Funktionen zu übernehmen hat. Im Ausschuß für Schule und Weiterbildung sowie im Ausschuß für Frauenpolitik wurde sie Stellvertretendes Mitglied.

Der Zugang zu vielen auf der kommunalen Ebene nicht verfügbaren Informationen macht für die CDU-Abgeordnete die Arbeit im Landtag besonders interessant. Solches Wissen zwischen den verschiedenen Ebenen weiterzugeben und deren Arbeit miteinander zu verzahnen, gilt ihr als ein Teil ihrer Aufgaben. Frau Dr. Klingbeil sieht sich selbst als einen optimistischen Menschen. Mit der zunehmenden politischen Arbeit aber mußte sie ein Hobby aufgeben, das ihr und ihrem Mann über viele Jahre hin Freude gemacht hat: Den Tanzsport.

Peter Weigert

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 16. bis 28. Oktober 1996

- 16.10. **Klaus Stallmann** (CDU), 51 J.
17.10. **Horst Steinkühler** (SPD), 60 J.
20.10. **Erika Rothstein** (SPD), 61 J.
20.10. **Walter Bieber** (SPD), 48 J.
23.10. **Bernhard Schemmer** (CDU), 46 J.
25.10. **Carina Gödecke** (SPD), 38 J.
28.10. **Hermann Jansen** (SPD), 65 J.



Hermann Jansen (SPD), Landtagsabgeordneter aus Mönchengladbach, vollendet am 28. Oktober 1996 sein 65. Lebensjahr. Er war von 1971 bis 1983 Betriebsratsvorsitzender. Im gleichen Jahr wurde er Gewerkschaftssekretär der IG Metall Mönchengladbach. Der SPD gehört der Jubilar seit 1963 an. Mitglied des Landtags ist er seit Mai 1985. Im Landesparlament arbeitet der Abgeordnete als ordentliches Mitglied im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie im Sportausschuß und im Verkehrsausschuß mit. Zu Hause in Mönchengladbach hat er den Vorsitz der AOK-Vertreterversammlung inne und ist Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt.

★

Horst Steinkühler (SPD), Landtagsabgeordneter aus Oerlinghausen, begeht am 17. Oktober seinen 60. Geburtstag. Der ehemalige Industriemeister in der Textilindustrie, gehört seit Mai 1980 dem Landtag an. Er ist ordentliches Mitglied im Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie im Petitionsausschuß. Seit 1957 ist Horst Steinkühler Mitglied der SPD. Von 1974 bis 1986 war er Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Oerlinghausen und von 1981 bis 1992 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Lippe. Er hatte ferner von 1981 bis 1988 den Vorsitz im Bezirksausschuß des Bezirks Ostwestfalen-Lippe der SPD inne. Von 1984 bis 1989 war er Bürgermeister der Stadt Oerlinghausen.

Bücher zum 50jährigen Bestehen des Landtags

Aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens hat der Landtag zwei Bücher herausgegeben, die ohne Kosten schriftlich über die Pressestelle des Landtags bezogen werden können. Es handelt sich um den Band 9 der Schriften des Landtags Nordrhein-Westfalen unter dem Titel „50 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen — Das Land und seine Abgeordneten“ sowie um den Band „Nordrhein-Westfalen — Fünfzig Jahre später“ von Wolfram Köhler.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Die Saatkrahe hat die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) zum „Tier des Monats Oktober“ bestimmt (Bild oben). Phantasievolle Menschen fühlen sich im Herbst manchmal an Hitchcocks Thriller „Die Vögel“ erinnert. Denn Oktober und November sind die Monate des Krähenzugs. Dann machen sich Saatkrahentrupps aus Nord- und Nordosteuropa auf den Weg in Richtung Süden. Diese Durchzügler und Wintergäste vereinigen sich mit den Saatkrahnen, die in Nordrhein-Westfalen beheimatet sind. Scharenweise sind die metallisch blauschwarz schimmernden Vögel mit der hellen Hautpartie am Schnabelansatz dann auf Grünland, Äckern und Deponien zu beobachten. Allerdings sind sie im Gegensatz zu Hitchcocks Vögeln nicht aggressiv. Die herbstlichen Ansammlungen dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die in NRW brütenden Saatkrahnen nicht mehr sehr zahlreich sind. Nur 6000 Brutpaare haben die Ornithologen dieses Jahr gezählt. Saatkrahnen stehen heute unter Naturschutz und dürfen nicht mehr bejagt werden. Auch um den Feldhamster (Bild rechts) steht es nicht zum besten. Die Landesanstalt plant in seinem Fall ein Artenhilfsprogramm mit gezielten Schutzmaßnahmen zu seiner Erhaltung. Zum Lebensraum des Feldhamsters gehören die fruchtbaren Ackerlandschaften der Börden. Aufgrund der intensiven Bodennutzung hat sich sein Vorkommen dort stark reduziert. Bekannt ist sein Vorkommen im Raum links des Rheins zwischen Bonn, Düsseldorf, Roermond und Aachen. Das meerschweinchengroße Tier mit dem gelblich-braunen Rücken lebt von Kräutern, Knollen, Wurzeln und Körnern, verschmäht aber auch Schnecken und Insekten nicht. In fruchtbaren, tiefgründigen, trockenen Böden findet der Nager die Bedingungen, die er für die Anlage seines unterirdischen Baus benötigt. Im Spätsommer und Herbst kann man die armdicken Ausgangslöcher auf abgeernteten Stoppelfeldern gut erkennen. Aber auch Wegraine, Böschungen und Brachen dienen dem Feldhamster als Heimat.



Fotos: LÖBF

Gabriele Sikora (SPD) ist auf Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN vom Landtag als Mitglied der Versammlung der Regionen Europas (VRE) benannt worden. Frau Sikora tritt damit die Nachfolge des SPD-Abgeordneten **Erich Heckelmann** an, der aus dem Landesparlament ausge-

schieden ist. Nordrhein-Westfalen ist Mitgliedsregion der VRE. Jede in der VRE vertretene Region verfügt in der Hauptversammlung über zwei Sitze. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung wird einer dieser Sitze durch ein Mitglied des Landtags wahrgenommen.